

REZENSIONEN

Kęstutis Kasparas, *Lietuvos karas (Der litauische Krieg)*. Kaunas: Lietuvos politinių kalinių ir tremtinių sąjunga 1999, 624 S.*

Die Geschichtsschreibung der Sowjetzeit hat sich als eine Mischung aus Fakten, Fälschungen und Propaganda herausgestellt. Vor mehr als zehn Jahren wurde in Litauen erneut begonnen, die Nachkriegsgeschichte zu erforschen. Derzeit wird dem Thema des Partisanenkriegs große Aufmerksamkeit geschenkt. Seit 1990 wurden viele Artikel verfasst, Memoiren von Partisanen veröffentlicht, mehrere Periodika¹ herausgebracht und Dokumentarfilme gedreht. Als die Archive geöffnet wurden, war man bemüht, sowohl sowjetische Quellen als auch Dokumente von Partisanen² zu veröffentlichen. Jedoch gibt es nur wenige wissenschaftliche Studien, die sich nicht ausschließlich Rankes Konzeption verpflichtet fühlen. Erwähnenswert ist die Monografie des Exilhistorikers K. Girnius³ über den „Partisanenkrieg in Litauen“, die vor einem Jahrzehnt geschrieben wurde und ihren wissenschaftlichen Wert noch nicht verloren hat. Unter den Quellenpublikationen des zurückliegenden Jahrzehnts nehmen die Bücher „Lietuvos partizanai 1944–1953 m.“⁴ sowie „Pasipriešinimo istorija. 1944–1953 metai“⁵ eine herausragende Stellung ein, da ihnen die Verbindung von Archivmaterial, Dokumenten von Partisanen und Erinnerungen von Augenzeugen gelingt. In diesem Zusammenhang steht auch das 1999 erschienene Buch von K. Kasparas „Lietuvos karas“. Den Zeitraum des Partisanenkampfs bezeichnet der Autor aufgrund der bewaffneten militärischen Auseinandersetzungen als litauischen Widerstandskrieg oder einfach als litauischen Krieg (S. 15).

* Aus dem Litauischen übersetzt von Claudia Sinnig, Berlin.

- 1 In den Periodika „Laisvės kovų archyvas“ und „Genozidas ir rezistencija“ werden Probleme der sowjetischen und deutschen Okkupation sowie die Geschichte des Widerstands erörtert.
- 2 Erwähnenswert sind die Dokumentensammlungen „Laisvės kovos 1944–1953 metais“ (Der Freiheitskampf in den Jahren 1944–1953). Kaunas 1996, und „Partizanai apie pasaulį politiką ir save“ (Die Partisanen über die Weltpolitik und sich selbst). Vilnius 1998.
- 3 K. Girnius, *Partizanų kovos Lietuvoje (Partisanenkämpfe in Litauen)*. Vilnius 1990.
- 4 N. Gaškaitė, D. Kuodytė, A. Kašėta, B. Ulevičius, *Lietuvos partizanai 1944–1953 m.* (Die litauischen Partisanen in den Jahren 1944–1953). Kaunas 1996.
- 5 N. Gaškaitė, *Pasipriešinimo istorija. 1944–1953 metai* (Geschichte des Widerstands. Die Jahre 1944–1953). Vilnius 1997.

Die aktiven Kämpfe gegen die Sowjets zwischen 1944 und 1953 werden in der Geschichtsschreibung traditionell in drei Perioden unterteilt, von denen die erste (1944–1946) als Phase spontaner Kämpfe gilt, die zweite (1946–1948) durch gut organisierte Partisanenverbände charakterisiert wird, während die dritte (1948–1953) sich durch die Schaffung einer einheitlichen Partisanenführung und der schließlichen Niederschlagung des Widerstands hervorhebt. Die neue Monografie erforscht zum ersten Mal nur die erste Periode der Widerstandskämpfe, die der Autor als offensive Periode bezeichnet (S. 15).

Einen wichtigen Platz im Buch nimmt ein Überblick über Quellen und Historiographie ein. Die größte Aufmerksamkeit wird dabei den im Litauischen Sonderarchiv (ehemals KGB-Archiv) lagernden Akten zuteil, wobei zugleich die Frage erörtert wird, inwieweit die sowjetischen Dokumente verlässlich sein können. Kürzer wird das Material behandelt, das in anderen litauischen Archiven lagert (S. 35). Die Aussagekraft der Dokumente und Erinnerungen wird kritisch bewertet und auf verschiedene Fehler hingewiesen (S. 43). Publikationen, angefangen von sowjetischen Fälschungen (S. 36) und endend mit den Arbeiten von Historikern aus der jüngsten Zeit (S. 67), werden umfassend besprochen. Kasparas äußert sich scharf über Beiträge in heutigen Zeitungen und Zeitschriften; er erblickt in ihnen einen schreibwütigen Primitivismus, der eine „mangelnde Achtung vor dem Leser und der Vergangenheit seines Landes“ (S. 51) zeige. In „Lietuvos karas“ wird damit die bisher umfassendste Übersicht über Quellen und Historiographie gegeben.

Schwerer fällt eine Einschätzung der Darstellung selbst. Das größte Interesse des Autors gilt den Aktionen der Partisanen (der Schaffung erster Organisationsstrukturen, den Kampfhandlungen an sich, Änderungen der Taktik sowie dem Kampf gegen Kollaborateure). Aber dies ist keine Geschichte des Partisanenkriegs im engeren Sinne, denn Kasparas versucht, eine Gesamtbild der Ereignisse, die sich gegen die zweite sowjetische Okkupation und den Terror richteten, zu entwerfen: vom Widerstand gegen die Einberufung in die Armee bis zum Scheitern der ‚Wahlen‘. Gleichzeitig werden die Peripetien der internationalen Situation aufgezeigt, die die Voraussetzungen für die Besetzung Litauens schufen, insbesondere die Entwicklung der Politik der Nichtanerkennung der gewaltsamen Annexion und die wirklichen Einstellungen der westlichen Verbündeten, die sich mit den Sowjets gut stellen wollten (S. 69–94). Das Buch gibt eine kritische Wertung der Untergrundorganisationen und ihrer Verbindungen zu den Partisanen. Der Historiker bemüht sich um eine neue Sicht auf die Ent-

wicklung des organisierten Widerstands und polemisiert mit Girnius über die Wichtigkeit der Litauischen Befreiungsarmee (S. 182-187).

Bereits im Laufe der ersten zwei Jahre änderte sich naturgemäß die Taktik des Partisanenkampfes. Ganz am Anfang hatten sich große Gruppen gebildet, die ziemlich offen handelten, Zusammenstöße mit großen Militärformationen nicht mieden und für kurze Zeit Kleinstädte besetzten. Die Partisanen, die einen fast offenen Krieg führten, erlitten große Verluste. Später begann man, die Taktik zu ändern, sich in kleinere Gruppen zu teilen, konspirativer zu handeln und mit den Kräften hauszuhalten. Hinsichtlich des Taktikwandels hebt die bisherige Historiographie im allgemeinen den Übergang zwischen den Perioden des Partisanenkrieges hervor. Kasparas dagegen bemüht sich, detailliert zu verfolgen, wie sich die Handlungsweise der Partisanen in jenen beiden Jahren veränderte.

Leider stößt man in der Monografie auch auf grobe Fehler. Wenden wir uns zunächst dem bereits erwähnten historiographischen Überblick zu. Kasparas schreibt: „Hin und wieder kann nur ein einziger Satz, ausgesprochen von einem autoritativen Historiker, die Schlussfolgerungen einer ganzen Arbeit austreichen“ (S. 63). Als Beispiel dient ihm die Studie von Gaškaitė, „Pasipriešinimo istorija. 1944–1953 metai“, die Egidijus Aleksandravičius im Vorwort kritisch bewertet. Doch dramatisiert Kasparas die Situation, indem er die Bemerkungen von Aleksandravičius nur teilweise zitiert und sie in verzerrende Zusätze einbettet.

In den Passagen über Eigentumsrequirierungen und Konfiszierungen durch die Partisanen berücksichtigt er nicht die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden, von ihm synonym gebrauchten Begriffen (S. 280). Das ‚Partisanenrecht‘ reglementierte die Art und Weise der Versorgung streng, unter anderem auch die Anwendung von Konfiskation und Requirierung. Bei der Requirierung wurde ein Teil der Werte genommen und dem Besitzer eine Quittung gegeben. Requiriert wurde nur von reicheren Einwohnern, die die Kämpfer nicht durch Spenden unterstützten. Konfiszierungen dagegen waren Bestrafungen, und das Eigentum wurde ohne Gegenleistung einbehalten. Sie wurden angewendet gegen Bürger, die sich am Volk „schuldig“ gemacht hatten, oder gegen jene, die mit den „Bolschewiken“ gemeinsame Sache machten. Deshalb erscheint es fragwürdig, wenn der Autor fast überall schreibt, dass die Partisanen den einen oder anderen sowjetischen Amtshalter oder „stribas“ (lit. Bezeichnung von Kollaborateur, aus dem russischen „istrebiteľ“; dt: „der Vernichter“; d. Red.)

mit Requirierung und nicht Konfiszierung seines Eigentums bestrafen (S. 276, 428 u. 444).

Ein Überblick über die Geschichte des Widerstands sollte die Ereignisse allseitig widerspiegeln, ohne davon auszugehen, etwas befindete sich jenseits der Grenzen der Forschung oder sei weniger bedeutsam. Im Buch wird die Frage überhaupt nicht gestellt, ob es unrechtmäßige Handlungen der Partisanen, unnötige Zusammenstöße oder Fälle von Eigenmächtigkeit gab. Von vornherein scheint alles klar zu sein, denn der Autor behauptet: „jede Liquidierung und jeder Überfall hatte einen Grund und wurde hervorgerufen oder provoziert durch die eine oder andere Handlung der betroffenen Person selbst“ (S. 272). Wahrscheinlich ist es meistens auch so gewesen, jedoch sollte darauf hingewiesen werden, dass die Nachkriegszeit in Litauen auch eine Zeit persönlicher Konflikte, von Denunziationen und von Abrechnungen war, sodass Gewalt sich nicht nur zwingend gegen Schuldige richtete. Zum „Spitzel“, „sowjetischen Aktivisten“ oder „Bolschewikisierenden“ konnte man nicht selten durch eine Denunziation rachsüchtiger Nachbarn werden, um dann von den Partisanen zusammengeschlagen zu werden oder eine noch härtere Strafe zu erhalten. Die Führung der Partisanen bemühte sich auf jede Weise, übereilte oder unangemessene Bestrafungen der Bevölkerung zu vermeiden. Rache übende Kämpfer oder nachlässige Vollstrecker der Rechtsordnung gerieten daher selbst schnell vor das Kriegsgericht.

Eine in Kasparas' Monografie entwickelte Grundthese behandelt die sowjetischen Bestrebungen, das Land offen zu kolonisieren und seine bisherigen Bewohner physisch zu vernichten, d.h. einen Genozid an Litauern zu verüben. Aber die These stützt sich auf bloße Behauptungen (S. 175, 179 u. 374), und nur an einigen Stellen wird zu erklären versucht, weswegen der sowjetische Terror nach Meinung des Autors als Genozid zu bezeichnen ist. Im Anschluss an einen Überblick über die Strafaktionen des NKVD behauptet Kasparas: „Die von Beginn der Besetzung an verübten Kriegsverbrechen nahmen im Winter 1944/45 offen den Charakter des Genozids an. (...) Der Mord an unreifen Jugendlichen und alten Männern mit körperlichen Gebrechen und die Verbrennungen von Höfen konnten weder legitimiert noch erklärt werden durch die Sowjetisierung, die Mobilisierung oder selbst die Notwendigkeit des Kampfs gegen die Partisanen“ (S. 256). Aber etwas später liefert der Autor eine andere Erklärung: „(...) was aus Sicht der ortsansässigen Bevölkerung sinnlose Grausamkeit war, war aus der Sicht der Besatzer bewusste, gut durchdachte Politik: da sie den Widerstand bis zum 1. Januar 1945 vernichten wollten, muss-

ten alle bestraft werden, ‚ohne Sentimente‘, nach dem Prinzip ‚der beste Litauer ist ein toter Litauer‘“ (S. 256). Niemand bezweifelt die mörderischen Handlungen der Sowjets, aber solche Schlussfolgerungen entsprechen nicht der Definition des Begriffs Genozid. An anderer Stelle passt sich der Autor der Konjunktur an und erklärt, dass „die am meisten terrorisierten Menschen die Familien der Partisanen (Eltern, Brüder und Schwestern, Kinder, andere Verwandte) waren sowie ihre Bekannten, die man verdächtigte, zu ihnen Verbindungen zu unterhalten, und jene, die sie unterstützten. Die auf Verwandtschaft beruhende legale Verantwortlichkeit bezeugt, dass das Wesen der Unterdrückung des Widerstands nicht in der Vernichtung der Regimegegner bestand, sondern im Genozid am gesamten litauischen Volk“ (S. 376). Hier wird versucht, den Genozid mit einer fehlerhaften Argumentation zu begründen. Eine auf Verwandtschaft beruhende legale Verantwortlichkeit kann auf die Terrorisierung unschuldiger Menschen hindeuten, sie beweist aber noch nicht das Bestreben, ein ganzes Volk zu vernichten, denn sie überschreitet die Grenzen von Familien und Verwandtschaft nicht. Die Verwandten der Partisanen gerieten ins Visier von NKVD, KGB und „stribai“ vor allem, weil man sie anzuwerben und mit ihnen die Kämpfer aus den Wäldern zu locken versuchte.⁶ Die Überredungsversuche waren von Gewalt begleitet. Nicht wenige Partisanen unterhielten Verbindungen mit ihren in der Legalität lebenden Familien und erhielten von ihnen wichtige Informationen sowie materielle Hilfe. Den Besatzern erschienen Repressalien gegen die Familien der Partisanen als durchaus effektives Mittel, mit dem die Kämpfer demoralisiert und zu ihrer ‚Legalisierung‘ angeregt werden konnten. Die Sowjets hatten zweifellos ihre eigene Vorstellung von Recht, aber Begriffe wie „Volksfeind“ und „Familie eines Volksfeinds“ wurden nicht nach nationalen Kriterien angewendet.

Im Buch wird behauptet, dass die Handlungen der Sowjets gegen die Litauer als Volk gerichtet waren. Als Ziel der Einberufung zur sowjetischen Armee wird das Bestreben bezeichnet, „die Blüte des Volkes – die Jugend und die jungen Männer – im Kriegsfeuer zu vernichten, dadurch die weitere biologische Entwicklung des Volkes zum Stehen

⁶ Es ist wichtig zu verstehen, dass die Quelle des Terrors in erster Linie das verbrecherische sowjetische System war, das die Verbannung der Partisanenfamilien legalisierte. Andererseits litten die Verwandten der Kämpfer stark unter den eigenmächtigen Handlungen aller möglichen Beamten und „stribai“. Für diese Verbrechen ist teilweise das sowjetische System selbst verantwortlich, denn es tolerierte solche Eigenmächtigkeiten recht weitgehend.

zu bringen und freien Lebensraum für Kolonisten aus den ‚Bruderrepubliken‘ zu schaffen“ (S. 163). Es sieht so aus, als habe der Autor den Sowjets die Idee vom ‚Lebensraum‘ zugeschrieben. Jedoch bewegen rein militärische Aspekte die Sowjets zur erzwungenen Einberufung von litauischen Staatsbürgern (nicht nur von Litauern, sondern auch von Polen, Weißrussen, Russen und anderen) in die Armee, denn es ging darum, den Krieg gegen Deutschland schneller zu gewinnen.

Stellenweise werden Fakten aus den Quellen recht frei übernommen. So sind aus den weit über 100 getöteten NKVD-Soldaten, die Daumantas erwähnt, im Buch „Lietuvos karas“ nur etwa 100 NKVD-Soldaten geworden (S. 265). Vielleicht hatte der Autor ja gute Gründe, solche Veränderungen vorzunehmen, aber dann hätte er sie erklären müssen. Eine Erklärung verlangt auch die Übersicht über die Säuberungsaktion von Žuvintas-Paliai, in deren Zusammenhang behauptet wird: „Die Opfer auf Seiten der Besatzer werden nicht erwähnt, aber es waren nicht weniger als die Verluste der Partisanen“ (S. 394).

Es ist nicht leicht, die Monografie von Kasparas abschließend zu beurteilen. Sie liefert einerseits viele neue Fakten über die erste Etappe des Partisanenkriegs (z.B. die Umstände des Eintreffens des stellvertretenden NKVD-NKGB-Kommissars Kruglov in Kaunas, S. 236 u. 247). Das überzeichnete Bild der Untergrundorganisationen wird richtiggestellt, und das Ausmaß der sowjetischen Verbrechen mit einer Fülle von konkreten Beispielen aufgezeigt. Andererseits ist das Buch mit eindeutigen Wertungen des Autors durchsetzt. Am Ende sei deshalb ein Satz von Kasparas zitiert: „(...) für eine wirkliche Darstellung der Geschichte des Widerstands sind bestimmte moralische Eigenschaften vonnöten (ein Konformist wird niemals den Sinn eines kompromisslosen Opfers verstehen und seiner Konzeption nur das anpassen, was für ihn heute nützlich ist)“ (S. 65). Vielleicht ist es ja auch so. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass für die Geschichtswissenschaft das Bemühen um Unparteilichkeit und die Vermeidung einer Idealisierung jedweden Ereignisses das wichtigste Fundament ist.

Gintautas Žebelis, Klaipėda

Sajūdis Klaipėdoje. Dokumentinė knyga (Der Klaipėdaer Sajūdis. Ein dokumentarisches Buch), hrsg. v. Kostas Kaukas. Klaipėda: Klaipėdos universiteto leidykla 1998, 440 S., zahlreiche Abbildungen.*

Die Entstehung des Sajūdis in Klaipėda lässt sich nicht aus dem allgemeinen litauischen Kontext herauslösen. Die ersten Nachrichten über die Herausbildung einer nationalen Bewegung erreichten die Stadt im Sommer 1988. Damals erschienen in Klaipėda die Texte der berühmten Vorlesung „Staat und Kultur“ von Arvydas Juozaitis im Künstlerverband und etwas später auch Videoaufnahmen vom Meeting der Litauischen Freiheitsliga („Lietuvos Laisvės Lyga“) am 15. Juni an der Kathedrale in Vilnius. Am 6. Juli versammelten sich im Saal des Instituts für Denkmalerhaltung viele der späteren aktiven Sajūdis-Mitglieder (Gintaras Tomkus, Vytautas Šliogeris, Edmundas Andrijauskas, Dionizas Varkelis und andere). Auf der Sitzung wurde eine Resolution über die Gründung der Initiativgruppe Klaipėda der Litauischen Bewegung für Umgestaltung (i.e. Perestrojka; d. Red.) angenommen.¹ Am 10. Juli wurde begonnen, die erste Publikation des Klaipėdaer Sajūdis, „Persitvarkimo naujienos“ („Nachrichten über die Umgestaltung“), vorzubereiten, die nach einigen Ausgaben in „Mažioji Lietuva“ („Kleinlitauen“) umbenannt wurde. Die Zeitung veröffentlichte sowohl verschiedene aktuelle Berichte aus der Stadt als auch Nachrichten aus anderen litauischen Städten.

Am 3. Oktober 1988 fand die städtische Sajūdis-Konferenz statt, in deren Verlauf auch endgültig der aus 25 Mitgliedern bestehende Rat der Umgestaltungsbewegung „Sajūdis“ der Stadt Klaipėda gebildet wurde. Das erste Aktionsprogramm wurde im Juli 1988 veröffentlicht. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um eine Mischung aus nationalen und demokratischen Ideen unter dem Deckmantel kommunistischer Rhetorik. Anfangs war man bemüht, Konfrontationen mit offiziellen Instanzen zu vermeiden, deshalb wurde ein Großteil der praktischen Unternehmungen auf politisch weniger bedenkliche Themen gelenkt: Ökologie und Kultur. Die erste große Versammlung der Initiativgruppe war ein am 4. August am Karton- und Zellulosekombinat organisiertes ökologisches Meeting. In der Stadt fanden sich

* Aus dem Litauischen übersetzt von Claudia Sinnig, Berlin.

¹ Erinnerungen von E. Andrijauskas, in: K. Kaukas, Sajūdis Klaipėdoje (Der Klaipėdaer Sajūdis). Klaipėda 1998, S. 23.

verschiedene zu kritisierende Bereiche, wie etwa die Hafengebiete oder die minimale Ausstattung der Stadtreinigung. Zu einer ganz Litauen erfassenden Veranstaltung wurde die Menschenkette um die Ostsee am 3. September, als sich an der Küste etwa 100 000 Menschen versammelten.

Die Aktionen mit politischem Charakter entsprachen den in ganz Litauen organisierten Veranstaltungen. Am 23. August fand eine Zusammenkunft mit vielen tausend Menschen statt, die an den Molotov-Ribbentrop-Pakt erinnerte. Am 19. Oktober gab es eine feierliche Veranstaltung, zu der die litauische Fahne auf dem Turm des Musiktheaters gehisst wurde. Anfang 1989 wurde zum ersten Mal seit dem Krieg des Anschlusses des Memellands an Litauen gedacht, der 66 Jahre zurücklag, und am 16. Februar nahmen an der Gedenkveranstaltung zur Ausrufung der Unabhängigkeit Litauens ungefähr 30 000 Menschen teil.²

Im Frühjahr 1989 lässt sich schließlich eine klare Hinwendung des Sajūdis zur Politisierung seiner Aktivitäten feststellen, da man an den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR teilnahm und sich Ende 1989 auf die Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR und der örtlichen Vertretungen vorbereitete.

Bei der Betrachtung der Tätigkeit des Sajūdis in Klaipėda und seines Einflusses auf verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Lebens stoßen wir auf mehrere Probleme. Für einen wesentlichen Zug und Erfolgsgaranten ließe sich die Fähigkeit beschreiben, Menschen vieler unterschiedlicher Bildungswege, Interessen und Anschauungen um sich zu scharen, die dieselben Ideen vereinigten. Aber wie lange kann eine so uneinheitliche Verbindung geschlossen und effektiv funktionieren? Warum wurde die fundamentale Idee der Unabhängigkeit langfristig nicht zu einem einenden, sondern zu einem trennenden Faktor? Die Organisierung einer Volksbewegung ist mit der Notwendigkeit der Mobilisierung der ganzen Gesellschaft direkt verbunden. Wie lang muss ein Volk erweckt werden? Wie und auf welche Weise tut man es?

Entgegen der Besonderheit der Stadt, in der in den Jahren des sowjetischen Systems ein dominierender Kreis von Menschen mit technischer Bildung entstanden war, bildeten eher Geisteswissenschaftler und Künstler den Organisationskern des Sajūdis: der Journalist Gintaras Tomkus, die Architekten Vytautas Šliogeris und Edmundas Andrijauskas, der Geograf Eugenijus Gentvilas, die Historiker

² Kaukas, Sajūdis (wie Anm. 1), S. 427.

Vytautas Plečkaitis und Rimantas Ulevičius oder der Schriftsteller Kostas Kaukas. Technokraten wie Sigitas Kudarauskas oder K. Miniotas stellten einen vergleichsweise kleinen Anteil dar. Die grundlegenden ideellen Impulse, die auf Resonanz in breiten Schichten der Gesellschaft stießen, stammten von den Geisteswissenschaftlern, während die Technokraten um Einfluss bei der praktischen Regierung des Staates bemüht waren.

Die Vorbereitung verschiedener öffentlicher Aktionen hatte eine große positive Bedeutung für die Mobilisierung des Volkes. Das Streben nach Unabhängigkeit, die Verurteilung und Analyse des Molotov-Ribbentrop-Pakts und die klare Position der Opposition gegen die offizielle Politik der Machthaber bildeten Anknüpfungspunkte für ein qualitativ neues politisches Bewusstsein der Gesellschaft. Aber der äußere Hintergrund solcher Veranstaltungen, der die Menschen am stärksten beeinflusste, nahm nicht selten theatralische Züge mit allen charakteristischen Elementen an. Das schmerzhaftes Gedenken an die 50-jährige Zugehörigkeit zur Sowjetunion beeinflusste häufig auch ihrem Wesen nach positive, optimistische Feste, auf denen eine feierliche, konzentrierte und ernsthafte Stimmung vorherrschte. In diesem Sinne ist auch das 1989 erstmals öffentlich stattfindende Gedenken an den Anschluss des Memellands an Litauen am 15. Januar 1923 zu verstehen. Die Veranstaltungen an jenem Tag ähnelten eher einem Gedenken an einen Unglückstag in der Geschichte des Volkes als an eine Feier: Opfermessen für die Gefallenen, Segnungen von Kränzen und Fahnen. Die allgemeine Stimmung wurde durch die Reden verstärkt. Der Philosoph Arvydas Juozaitis meinte: „Dies taten zum Opfer bereite Menschen und das Volk dieser Menschen. Wir haben bewiesen, dass die tiefsten seelischen Bestrebungen untrennbar verbunden sind mit physischem Opfer, mit dem physischen Tod. Wenn wir bereit sind, für unser Land zu sterben, dann ist es unseres.“³

Dieses in den ersten Jahren der Emanzipation des Volkes entstandene Modell gesellschaftlicher Veranstaltungen hat sich leider auch nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit nicht geändert. Es lässt sich insgesamt die Herausbildung einer bestimmten Struktur bemerken: heilige Messe – feierliche Prozession – Meeting. In diesem Kontext ließe sich einerseits die wirklich bemerkenswerte gesellschaftliche Mobilisierung jener Zeit und das damit verbundene Zusammengehörigkeitsgefühl erblicken. Aber einen anderen Aspekt dieser

³ Arvydas Juozaitis, *Laisvė (Freiheit)*, in: *Mažioji Lietuva* vom 16. Januar 1989.

Politik benannte der Philosoph Arvydas Šliogeris: „Ihrem Wesen nach war die Politik der Sąjūdis rituell und charismatisch. Deshalb ist es logisch, dass die größten Siege dieser Politik in rituellen Handlungen erblickt werden – der Menschenkette um das Meer, dem Baltischen Weg, in Reden und Meetings. So überwuchert der Ritualismus die pragmatischen Elemente.“⁴

Bei den am 26. März stattfindenden Wahlen der Abgeordneten zum Obersten Sowjet der UdSSR wurden alle drei von der Sąjūdis aufgestellten Kandidaten gewählt: Vytautas Čepas, Sigitas Kudarauskas und Zita Šličytė. Dieses Ereignis rief große Beachtung hervor und wurde als wichtiger Sieg der Anhänger der Sąjūdis bezeichnet.

Dennoch legte Sąjūdis in der politischen Arena mehr Gewicht auf die in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 beginnende Vorbereitung zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR im Februar 1990. Im Zusammenhang mit diesen Wahlen erfolgte die wirkliche Politisierung des Sąjūdis.

Max Weber war der Auffassung, dass für den Fortgang der westlichen Zivilisation auf der Herrschaftsebene Juristen mit Universitätsabschluss einen entscheidenden Einfluss hätten.⁵ In diesem Sinne lassen sich viele Klaipėdaer Sąjūdis-Mitglieder, die Politiker werden wollten, entweder zu den Technokraten (Stasys Malkevičius, Sigitas Kudarauskas) oder zu den Geisteswissenschaftlern (die Mathematiklehrerin R. Hofertienė, der Psychologe Vytautas Čepas, der Historiker Vytautas Plečkaitis) zählen. Echte Juristen waren nur Narcizas Rasiavičius und Zita Šličytė.

Die bereits erwähnten Probleme sowie das Nichtvorhandensein politischer Parteien spiegelten sich in der Herausbildung der Wahlblöcke und -programme wider. Die wesentlichen Besonderheiten dieser Phase drückte der Philosoph Vytautas Radžvilas aus: „In der Wahlplattform (des Sąjūdis) gibt es das Wichtigste einfach nicht – wie soll das alles verwirklicht werden? (...) Dem Sąjūdis als Massenbewegung des Volkes fehlen v.a. Spezialisten, die man ohne Zögern in die Herrschaftsstrukturen schicken könnte. Wie bezaubernd ein Mensch als Persönlichkeit auch sein mag, er muss kompetent sein.“⁶

⁴ Arvydas Šliogeris, Sąjūdžio žingsnis į politiką: principai ir faktai (Der Schritt des Sąjūdis in die Politik: Prinzipien und Fakten), in: Atgimimas vom 9. Februar 1990.

⁵ Max Weber, Politika kaip profesinis pašaukimas (Politik als Beruf), in: Politologija (Politologie), Vilnius 1991, S. 36 f.

⁶ Vytautas Radžvilas, Rinkimai – dvi nuomonės (Die Wahlen – zwei Meinungen), in: Atgimimas vom 29. September 1989.

Diese Probleme scheinen in vielen Wahlerklärungen des Klaipėdaer Sąjūdis auf. Ein Teil ist von emotionalem Populismus⁷ gekennzeichnet, ein anderer von Begrenztheit, während ihre Grundakzente unter Berücksichtigung nur der jeweils eigenen, nicht selten recht spezifischen beruflichen Besonderheiten gebildet wurden. In ihnen vermischen wir besonders ein gesamtstaatliches Denken und Deklarationen globalerer Veränderungen im Leben des Landes beim Übergang vom sowjetischen System zum kapitalistischen. Dass dies kein kurzlebiges Problem war, zeigten schon die Schwierigkeiten im postsowjetischen wirtschaftlichen und politischen Leben Litauens.

Ideelle Unstimmigkeiten begannen schon bei den Wahlen zum Stadtrat im Jahre 1989 deutlich zu werden. Die zentrale Uneinigkeit bestand in der Frage, wie und auf welche Weise die Unabhängigkeit Litauens erreicht werden sollte. Es kristallisierten sich zwei Meinungen heraus: Die einen Sąjūdis-Mitglieder sprachen sich für einen möglicherweise langsameren, jedoch durchdachten und auf rationalem Handeln begründeten Weg aus. Die andere, radikaler eingestellte Gruppe erblickte in der Unabhängigkeit im Wesentlichen einen auf sein eigenes Ziel gerichteten Prozess, für sie bestand der höchste Wert in der Tatsache der Ausrufung der Unabhängigkeit an sich; deshalb sollte man zu ihr so schnell wie möglich voranschreiten.

Dieser Widerspruch, der im Laufe des Jahres nur schärfer wurde, erreichte seinen Höhepunkt im Juni des Jahres 1989, als Vytautas Plečkaitis vorschlug, im Stadtrat eine radikale Fraktion zu gründen.⁸ Obwohl diese Idee nicht verwirklicht wurde, blieb die formale Spaltung erhalten. Sie wurde besonders deutlich, als sich die Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR näherten. Die Kritik an der Zugehörigkeit zur Litauischen Kommunistischen Partei (LKP) wurde zu einem grundlegenden Wahlargument, dessen Kernargument darin bestand, ein Mitglied der Litauischen Kommunistischen Partei könne kein wahrer Kämpfer für die Unabhängigkeit sein.

Es wurde schon erwähnt, dass ein wichtiger Erfolgsgarant der Sąjūdis in der Fähigkeit bestand, Menschen verschiedener Einstellungen und Weltanschauungen zu vereinigen. In den Reihen der Unabhängigkeitsbewegung waren von Anbeginn ihrer Existenz nicht wenige Vertreter der LKP zu finden. Die litauische Intelligenz der Sowjetzeit durchlebte einige wesentliche Transformationen. Die stille,

⁷ Stabdyti dvasinį moralinį genocidą (Den geistig-moralischen Genozid stoppen), in: *Mažioji Lietuva* vom 7. Februar 1990.

⁸ *Kaukas, Sąjūdis* (wie Anm. 1), S. 242.

apolitische Existenz garantierte ein recht gut versorgtes Leben und gesellschaftliches Ansehen, denn Alternativen zur sowjetischen Kultur, einen kulturellen Pluralismus gab es nicht. Deshalb irrte zur Zeit der Emanzipierung des Volkes so mancher Intellektuelle zwischen der kommunistischen Vergangenheit und nationalen Ambitionen umher. Die einen Kommunisten versuchten, auch im Sajūdis die Verbindung zur Partei zu erhalten,⁹ und vermieden es dabei nicht, das noch in der Sowjetzeit entstandene Bild vom Schriftsteller als einer Person mit besonderem Ansehen¹⁰ auszunutzen, der zur öffentlichen Beichte oder Reue¹¹ übergang (Kostas Kaukas, Aleksandras Žalys). Andere KP-Mitglieder bemühten sich, sich von der Partei ganz abzugrenzen (Narcizas Rasimavičius).¹²

Andererseits ist das Beispiel des langjährigen Vorsitzenden des Klaipėdaer Exekutivkomitees Alfonsas Žalys erwähnenswert, der während der Sowjetzeit ein eher unbedeutender Funktionär war, jetzt aber eine konstruktive Politik verfolgte, die der Stadt viel Nutzen einbrachte. Žalys war wohl der erste Vertreter der sowjetischen Herrschaft, der sich offen für die Grundideen des Sajūdis aussprach. Das Exekutivkomitee unterstützte viele vom Sajūdis ausgerichtete Aktionen. Seine moderate Haltung bzw. die Vermeidung des Schwankens zwischen verschiedenen ideologischen Polen demonstrierte die Möglichkeit eines anderen Handlungsmodells in der sich verändernden Situation.

Von der anfänglichen Einheit des Sajūdis im Jahre 1988 war am Ende des darauffolgenden Jahres, als sich die Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR näherten, nichts mehr übrig geblieben. Am leichtesten war es, bei möglichen Konkurrenten im Wahlkampf die Mitgliedschaft in der LKP zu kritisieren. Es entstand eine seltsame Situation, denn von den 25 Mitgliedern des Stadtrats des Sajūdis waren elf Kommunisten und vier von ihnen Mitglieder des Zentralkomitees der Partei. Diese Position vertraten insbesondere Zita Šličytė, Narcizas Rasimavičius und Vytautas Plečkaitis.¹³

⁹ Kreipimasis į Lietuvos ir Klaipėdos komunistus (Das Hinwenden zu den Kommunisten Litauens und Klaipėdas), in: *Mažioji Lietuva* vom 18. Oktober 1989.

¹⁰ Girdzijauskas, Atviras laiškas (Offener Brief), in: *Literatūra ir menas* vom 12. Mai 2000.

¹¹ Kaukas, Sajūdis (wie Anm. 1), S. 328.

¹² Ebenda, S. 324.

¹³ Ebenda, S. 323.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1989 traten neue Widersprüche zutage, und zwar zwischen den Mitgliedern des Stadtrates und ihrem Publikationsorgan „Mažioji Lietuva“, in dem viele Klaipėdaer Sajūdis-Mitglieder arbeiteten. Im Herbst 1989 kam es zum Konflikt. Die Journalisten der Zeitung wollten die finanziellen Angelegenheiten selbstständig verwalten und damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Andererseits war ein Teil des Stadtrats mit der gegen Sajūdis in den Veröffentlichungen geübten Kritik nicht einverstanden und der Ansicht, die Zeitung solle ein Medium sein, das nur dem Stadtrat genehme Informationen verbreite. Dieser Widerspruch ist deswegen interessant, weil er einige Tendenzen zutage treten lässt, gegen die sich die Sajūdis-Mitglieder selbst ausgesprochen hatten: die Existenz nur einer Meinung und die Unannehmbarkeit von Kritik. Dies war nicht der einzige Fall in Litauen. Auf ähnliche Probleme stießen auch andere Sajūdis-Publikationen wie „Vasario 16“, „Atgimimas“ und „Respublika“. Auf große Resonanz stieß in Klaipėda der im Oktober 1989 in „Mažioji Lietuva“ veröffentlichte Artikel von Vytautas Radžvilas „Sajūdiso erozija“ („Die Erosion von Sajūdis“),¹⁴ in dem der Versuch unternommen wurde, einen kritischen Blick auf einige Aspekte der Tätigkeit des Sajūdis zu werfen. Die Reaktion eines Teils der Sajūdis-Anhänger war recht stürmisch. Die Kritik wurde als eine schlaue gesponnene Verschwörung gesehen, Ideen von dunklen Mächten und Sicherheitsdiensten kursierten. Die Nutzung von feindlichen Kräften und Verschwörungstheorien als Argument wurde zu einer wichtigen Waffe im Kampf gegen Kritik, die sich besonders nach der Ausrufung der Unabhängigkeit in Litauen verbreitete. Kurz und knapp drückte das Wesen solcher Erklärungen Ende 1989 Audrius Butkevičius aus: „Sollen uns die Feinde kritisieren.“¹⁵

Der Sajūdis und mit ihm auch seine Presse stiegen als Gegengewicht zum sowjetischen System auf, das viele Sphären der Gesellschaft kontrolliert hatte. Ein Jahr nach seiner Entstehung fand bereits im Sajūdis selbst eine Diskussion über „Rechte und Pflichten“ der Presse statt.¹⁶ Das Argument eines gewichtigen Teils der Sajūdis-Aktivisten bestand in der Aussage: „Von welcher Freiheit redet Ihr, wenn vor uns der schwere Weg in die Unabhängigkeit liegt.“¹⁷

¹⁴ Vytautas Radžvilas, *Sajūdiso erozija* (Die Erosion von Sajūdis), in: *Mažioji Lietuva* vom 4. Oktober 1989.

¹⁵ *Mažioji Lietuva* vom 17. November 1989.

¹⁶ V. Bartusevičius, *Pasvarstymas apie apynasrį „Mažajai Lietuvai“* (Überlegung zum Maulkorb für „Mažioji Lietuva“), in: *Mažioji Lietuva* vom 7. Februar 1990.

¹⁷ Ebenda.

Nachdem sich „Mažioji Lietuva“ von ihm losgelöst hatte, verwirklichte der Stadtrat des Sąjūdis seine verlegerischen Ambitionen im Januar 1990 in der neuen Zeitung des Sąjūdis „Klaipėdos keleivis“ („Der Reisende Klaipėdas“), deren Redakteur Kostas Kaukas wurde. Dass dieser Schritt nicht für die Gesellschaft, sondern nur für den Stadtrat notwendig war, bezeugt die Tatsache, dass von der Zeitung nur einige Ausgaben erschienen, um im Wesentlichen als Wahlkampfbulletins für die verbliebene Zeit bis zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR zu dienen.

Der Anfang des Jahres 1990 bezeichnet eine neue Etappe, während der die Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR und die Ausrufung der Unabhängigkeit stattfanden, die Einfluss sowohl auf die Gesellschaft als auch auf den Sąjūdis selbst hatten. Die Politisierung der Bewegung führte zu einigen neuen Tendenzen. Einige Sąjūdis-Aktivisten begannen, eine politische Karriere zu verfolgen, andere zogen sich aus der aktiven Tätigkeit zurück. Auf diese Weise verließen zur Jahreswende 1989/90 einige der Klaipėdaer Gründer die Bewegung: Vytautas Šliogeris, Edmundas Andrijauskas und Gintaras Tomkus. Tomkus befasste sich mit der Herausgabe von „Mažioji Lietuva“, und für Andrijauskas wurde die konfliktgeladene Atmosphäre unannehmbar, die damals in der Bewegung herrschte.¹⁸

Bei den am 24. Februar 1990 stattfindenden Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR siegten alle in Klaipėda vom Sąjūdis unterstützten Kandidaten: E. Gentvilas, R. Hofertienė, P. Giniotas, J. Karvelis, Narcizas Rasimavičius, S. Malkevičius, Vytautas Plečkaitis und auch der Vorsitzende des Exekutivkomitees Alfonsas Žalys.

Aidas Rūtė, Klaipėda

¹⁸ Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 383.

Saulius Sužiedėlis, Historical Dictionary of Lithuania. Lanham, Md./London: The Scarecrow Press, Inc. 1997, XXXIV u. 382 S. (European Historical Dictionaries. 21).

Der in den USA aufgewachsene und dort lehrende Osteuropahistoriker litauischer Herkunft, Saulius Sužiedėlis, Mitherausgeber des „Journal of Baltic Studies“ und Verfasser wichtiger Studien zur Ge-

schichte Südwestlitauens (Užnemunė) und einer Kirchengeschichte Litauens, hat als Alleinautor die anspruchsvolle Aufgabe auf sich genommen, ein historisches Wörterbuch über Litauen zu entwickeln. Auch wenn er seine Arbeit im Vorwort als eine „Einführung für den Nichtspezialisten, der einen Wegweiser zu den wesentlichsten Meilensteinen der Vergangenheit Litauens benötigt“, bezeichnet (S. IX), ist damit der Anspruch auf einen umfassenden Überblick mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit nicht aufgegeben. Eher scheint in dieser Begrenzung ein gewisses Understatement zu liegen, denn der Band wird gewiss in manchen Einzelheiten dem Informationsbedürfnis des Fachpublikums gerecht. Ebenso sicher dient er jedoch der raschen oder auch punktuellen Unterrichtung aller, denen das Land an Nemunas (Memel) und Nėris historisch und aktuell fremd war und ist.

„Wenige Länder haben so extreme Wechselfälle der Geschichte erfahren wie Litauen“, bemerkt der Reihenherausgeber (Jon Woronoff) in seiner kurzen Einleitung (S. VII) und spielt damit auf die Epochen zwischen der mittelalterlichen europäischen Großmacht und dem faktischen Verschwinden Litauens aus der öffentlich wahrgenommenen europäischen Geschichte an. Vier dem Wörterbuch zu Anfang beigegebene Kartenskizzen machen diese höchst unterschiedlichen historischen Situationen zwischen dem Großfürstentum und der gegenwärtigen Republik sinnfällig. Eine Chronologie der wesentlichsten Daten und eine 46 Seiten umfassende Einführung in das Land, seine Bevölkerung und Geschichte bis 1996 leiten den Band ein, wobei der Schwerpunkt auf den Entwicklungen und Ereignissen des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts liegt.

Dem folgt das eigentliche Wörterbuch zwischen den Stichwörtern „Academy of Sciences“ und „Žemaitija“, mit Personennamen, Ortsbezeichnungen und Sachbegriffen. Eindeutig dem litauischen Ethnos zuzuordnende Namen scheinen in heutiger litauischer Schreibweise auf, werden oft in Klammern durch die polnischen, russischen oder deutschen Versionen ergänzt. Umgekehrt wird bei anderen, vorwiegend aus der älteren Geschichte bekannten Namen verfahren, deren Träger sich selbst polnisch schrieben, etwa die Mitglieder der Familie „Radziwill“, die in Klammern auch als „Radvila“ oder „Radvilas“ geführt werden. Ähnlich verläuft der Umgang mit Ortsnamen: „Tilsit“ wird mit der deutschen Bezeichnung eingeordnet, denen wiederum das litauische „Tilžė“ und das russische „Sovetsk“ beigelegt wurden. Spezifisch litauische Sachbegriffe wie „Taryba“ oder „Sajūdis“ bleiben meist original und erklären sich aus dem Artikeltext. Andere dagegen sind englisch gelistet wie die „Teutonic Knights“ oder „Riflemen's

Union“, wo wiederum die litauische Bezeichnung „Šaulių Sąjunga“ in Klammern folgt. Was im ersten Fall sinnvoll erscheint, weil es sich nicht um eine litauische Organisation handelt, wird im zweiten zweifelhaft, wo es um die spezifischen militärischen Freiwilligenverbände in der Republik zwischen den Weltkriegen geht. Gelegentlich helfen Querverweise aus dem englischsprachigen Dilemma mit der verwickelten litauischen Historie und ihren linguistischen Niederschlägen: So wird man am alphabetischen Ende vom Stichwort „Žemaitija“ wieder zurückverwiesen auf die auch im Englischen gebräuchliche lateinische Form „Samogitia“, die auch in der europäischen Geschichte die größte Rolle spielte. Ein wirklich stringentes Prinzip ließe sich für die Gestaltung der Einträge kaum durchhalten, die pragmatischen Lösungen werden dem Englisch Lesenden das Auffinden gesuchter Stichwörter nicht wirklich erschweren, zumal im „Appendix“ die wichtigsten Ortsnamen viersprachig synchronisiert zu finden sind. Dort gibt es auch eine chronologische Auflistung der litauischen Herrscher und litauisch-polnischen Könige sowie der jeweils regierenden Politiker der Zeit nach 1918.

Bemerkenswert ist die ausführliche und sorgfältig gegliederte Bibliographie, die Sužiedėlis dem Wörterbuch beigegeben hat. Bemerkenswert deshalb, weil der Autor im Hinblick auf das des Litauischen nicht mächtige Publikum weitgehend auf Veröffentlichungen in litauischer Sprache verzichtete und zur politischen Geschichte und Kultur des Landes zahlreiche Titel zusammentrug, die in polnischer, russischer und westeuropäischen Sprachen zugänglich sind. Naturgemäß finden sich unter dieser Bedingung überwiegend gedruckte Quellen und Sekundärliteratur in englischer, weniger in deutscher und französischer Sprache. Erfreulich, dass in diesem Rahmen auch eine drei Seiten umfassende Bibliographie zur Geschichte der Juden in Litauen zu finden ist, die auch unter mehreren Stichwörtern im lexikalischen Teil berücksichtigt wird. Außerhalb des anglo-amerikanischen Blickfeldes des Verfassers blieben jedoch einige wesentliche deutschsprachige Publikationen. Bei fast vollständiger Auflistung der einschlägigen Periodika fehlen zum Beispiel das „baltische Jahrbuch“ und die ihm nachfolgenden „Annaberger Annalen“. Ebenso wurden die inzwischen 15 Bände der Jahrestagungen des Litauischen Kulturinstituts in Lampertheim nicht berücksichtigt. Dass unter den raren fremdsprachigen Gesamtdarstellungen der Geschichte Litauens M. Hellmanns „Grundzüge der Geschichte Litauens“ fehlen, mag ja Zufall sein, ihr Autor beklagte sich allerdings schon seinerzeit, sie sei – aus unterschiedlichen Gründen – sowohl in Sowjetlitauen als

auch bei Rezensenten in der Emigration auf Ablehnung gestoßen. Nach dem Zufallsprinzip zusammengewürfelt erscheinen die sechs Titel, die am Schluss der Bibliographie zu Preußisch-Litauen angeführt werden (S. 372). Dazu gab es auch schon vor 1996 wichtigere Arbeiten in deutscher und englischer Sprache.

Der weitgehende Verzicht auf litauischsprachige Literatur in der Bibliographie entbindet den Verfasser von der Aufgabe, in nennenswertem Umfang wissenschaftliche Arbeiten aus den Jahrzehnten der Sowjetrepublik aufzunehmen. Schaut man die Gliederungspunkte ab „Soviet Lithuania (1940–1941)“ bis zur wiedererlangten Unabhängigkeit durch, entdeckt man keinen Titel mehr, der in Litauen oder sonst irgendwo in der Sowjetunion erschienen wäre. Die hier zu findenden Studien, ganz überwiegend von Exillitauern verfasst, widmen sich in der Mehrzahl der Unterdrückung und dem litauischen Widerstand dagegen. Dem entspricht ganz augenfällig die Wahrnehmung von Geschichte in der erwähnten Chronologie des Geschehens zu Anfang des Bandes: Ereignishaft in Daten ab 1944 gefasst, erscheint die Geschichte der Sowjetrepublik Litauen fast ausschließlich als eine Chronik des Widerstandes gegen die Okkupation und die schließliche Selbstbefreiung daraus.

Wenn der Leser bei erster, flüchtiger Kenntnisnahme den Eindruck gewinnt, die gut 45 Jahre währende politische Geschichte der Litauischen Sowjetrepublik (Lietuvos TSR) habe im Übrigen keinerlei erwähnenswerte Daten und Vorgänge aufzuweisen, muss das wohl der Perspektive des Autors zugeschrieben werden. Es ist der Blickwinkel des Auslandslitauers und des dennoch am nationalen Geschick nicht unbeteiligten Historikers, der die Darstellung insgesamt prägt. Innerhalb der einzelnen Artikel tritt dieser Eindruck jedoch oft in den Hintergrund, zumal hier auch den Protagonisten des kommunistischen Regimes faktenreiche Beiträge gewidmet sind. In der kurzen Bewertung einzelner Persönlichkeiten und ihrer Tätigkeit für oder gegen Bevölkerung und Land, etwa des langjährigen Chefs der KP Litauens, Antanas Sniečkus (S. 275 ff.), dürfte man in Litauen selbst mitunter auf andere Akzente stoßen. Dass der gesamte Band vom Topos der wiedererrungenen Unabhängigkeit dominiert wird, verraten gleichwohl zahlreiche Artikel des Wörterbuches. So wird zum Stichwort „Kaunas“ (S. 149 ff.) die ältere Geschichte der Stadt relativ ausführlich behandelt, für die Sowjetzeit nur die Industrialisierung in einem Satz erwähnt und gleich darauf wieder der antisowjetische Widerstand mit der Selbstverbrennung des Studenten R. Kalanta

(1972) sowie die besondere Rolle der Unabhängigkeitsbewegung in der Stadt 1989/90 thematisiert.

Für den Nutzer der angesprochenen Zielgruppe legt diese Art selektiver Darstellung der jüngsten Geschichte Litauens etwas Vorsicht beim Umgang mit dem Band nahe. Er wird aber andererseits auch für diesen Zeitraum Informationen finden, die er anderorts nur mit erheblichem Aufwand erreichen könnte. So sind zum Beispiel die Artikel über politische und gesellschaftliche Organisationen in der ersten Republik zwischen 1920 und 1940 in ihrer gedrängten Präzision besonders wertvoll, ebenso die Auskünfte über die verschiedenen Widerstandsbewegungen in Litauen und in der Emigration. In Wörterbüchern zur Geschichte muss man nicht unbedingt Beiträge zur kulturellen Entwicklung finden. Umso erfreulicher, dass im vorliegenden „Dictionary“ Stichwörter zu den wichtigsten Leitfiguren der Kirchen- und Kulturgeschichte und Artikel zu Sprache und Literatur (S. 165 ff. bzw. 172 ff.) Litauens enthalten sind. Leider fehlt Entsprechendes über Musik und Theater, obwohl beides gerade für die nationale Identitätsfindung im 20. Jahrhundert und das kulturelle Selbstbewusstsein in der Gegenwart eine bedeutende Rolle spielte und spielt.

Hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und statistischen Daten für die jüngste Vergangenheit ist zu beachten, dass sie den Stand von 1996 wiedergeben und deshalb, wie bei Arbeiten der enzyklopädischen Spezies nicht anders möglich, sechs Jahre später teilweise überholt sind. Die geringe Halbwertszeit solcher Informationen ist aber auch der stürmischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Litauen selbst zuzuschreiben. Das macht eine baldige Neuauflage dieses Nachschlagewerkes wünschenswert.

Manfred Klein, Keutschach/See

Mažosios Lietuvos enciklopedija (Kleinlitauische Enzyklopädie) (MLE). Bd. 1: A-Kar. Vilnius: Mokslo ir Enciklopediju Institutas 2000, 776 S., zahlreiche Abbildungen.

Der erste Band der Kleinlitauischen Enzyklopädie (MLE) stellt einen gewissen Höhepunkt in der Erforschung der Geschichte und des Kulturlebens Preußisch-Litauens aus litauischer Sicht dar. In das

alphabetisch geordnete Nachschlagewerk mit ca. 3000 Artikeln fließen Erkenntnisse von rund 200 renommierten, sich seit langem mit der Thematik beschäftigenden Autoren aus Litauen und dem Ausland ein. Unter den Autoren finden wir alles, was Rang und Namen hat, als Chefredakteur zeichnet der Sprachwissenschaftler Z. Zinkevičius, sein Stellvertreter ist der bekannte Erforscher der Architektur Preußisch-Litauens, M. Purvinas, ein Kleinlitauer.

Besonders aktiv waren Kleinlitauer aus Kanada und den USA: Der Vorsitzende des Kleinlitauischen Fonds (Mažosios Lietuvos Fondas), Vilius Péteraitis, Sprachwissenschaftler wie auch Organisator und Koordinator, trug tatkräftig – auch materiell – dazu bei, dass die Enzyklopädie in dieser Form erscheinen konnte.

Wer über Litauen schreibt, kann die Geschichte der Beziehungen zu Preußisch-Litauen nicht ausblenden. Diese Beschäftigung mit Preußisch-Litauen hat in Litauen selbst eine lange Tradition, denn hier liegt die Wiege der gedruckten litauischen Schriftkultur. Und nicht nur das: Das nationale und kulturelle Zusammenwachsen Litauens zu einer Nation kann man sich ohne den Einfluss aus Ostpreußen schlechthin nicht vorstellen. Hingewiesen sei im Vorfeld der anzudeutenden Enzyklopädie auf einige Studien:

1970 erschien ein Sammelband mit Texten deutschsprachiger Autoren des 19. Jahrhunderts zur Ethnographie Kleinlitauens in litauischer Übersetzung.¹ Erwähnt seien auch die Studien der exillitauischen Forscher Martin Brakas² und des bereits genannten Vilius Péteraitis.³ Péteraitis prägte mit seinen Forschungen zu Fluss- und Wassernamen in Ostpreußen entscheidend das kartographische Konzept der Enzyklopädie. 1995 erschienen unter der Ägide des unermüdlichen Sammlers und Erforschers der traditionellen litauischen Kultur und Mythologie, Norbertas Vėlius, die beiden wohl umfangreichsten Sammelbände zur Geschichte, Ethnografie und Volksüberlieferung der Kleinlitauer, die sich selbst als Lietuvininkai oder Mažlietuviai bezeichneten.⁴ Doch auch Institutionen haben viel zu den Forschungen beigetragen: Stellvertretend seien das Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Uni-

¹ Lietuvininkai (Kleinlitauer), hrsg. v. V. Milius. Vilnius 1970.

² Lithuania Mirror, hrsg. v. M. Brakas. New York 1976.

³ Vilius Péteraitis, Mažoji Lietuva ir Tvanksta (Kleinlitauen und „nordwestliches Ostpreußen“). Vilnius 1992.

⁴ Lietuvininkų kraštas (Das Land der Kleinlitauer), hrsg. v. Norbertas Vėlius. Kaunas 1995; Lietuvininkų žodis (Das Wort der Kleinlitauer), hrsg. v. dems. Kaunas 1995.

versität Klaipėda/Memel sowie die seit 1993 von A. Hermann und A. Lepa herausgegebene Zeitschrift „Annaberger Annalen“ erwähnt.

Die vorliegende Enzyklopädie stellt in ihrer Gesamtheit mehr dar als eine Zusammenfassung der eben erwähnten Forschungen, sie zeichnet vielmehr auch ein bestimmtes Bild vom dem, was man unter *Mažoji Lietuva* (Kleinlitauen) im Sinne der Herausgeber verstehen soll, und zwar in historischer, geografischer und ethnischer Hinsicht: „Die MLE umfasst das historische Kleinlitauen – vom Memelland im Norden bis Goldap im Süden, von Labiau im Westen bis nach Litauen im Osten; anders gesagt: die historischen Gebiete Nadrauen, Schalauen und Pilsaten, deren Anschluss an Litauen der Kleinlitauische Rat 1919 auf der Versailler Friedenskonferenz gefordert hatte – und die benachbarten Gebiete, in denen nur vereinzelt Kleinlitauer lebten, also den nordwestlichen Teil oder die Königsberger Region (*Tvanksta*), zu der das ganze Samland und Natangen sowie die nördlichen Teile von Barten und dem Ermland gehören.“⁵

Dieser Definition entsprechend sind die Landkarten zu Kleinlitauen gestaltet (Innenseite des Buchdeckels, S. 31, 125 u. 368). Der Rezensent möchte die Bedeutung des Kleinlitauischen Rates von 1919 nicht in Frage stellen; doch selbst wenn man die gewöhnungsbedürftigen Bezeichnungen *Pilsotas* (für Memelland) und *Tvankstė* (für Königsberg) akzeptiert, so ist es doch schlicht bedauerlich, dass eindeutig deutsche Stadtgründungen (z.B. Memel) an keiner Stelle der Karten als solche vermerkt sind. Zudem ist bekannt, dass der litauische Einfluss in den größeren ostpreußischen Städten nur rudimentär war.

Orientiert man sich als deutschsprachiger Leser an den Landschaftsbezeichnungen nach dem Preußischen Wörterbuch,⁶ dann zählt nach dem Willen der Herausgeber der Enzyklopädie zu Kleinlitauen nicht nur das nördlich und südlich des Memelflusses (lit. *Nemunas*) liegende Memelland und die östlichen Gebiete, sondern auch das nördlich und südlich des Pregel (lit. *Prieglius*) liegende Samland, Natangen und Barten, nach Süden hin ein Gebiet bis zur sog. Potsdamer Linie, die sich in etwa vom Frischen Haff, südlich von Heiligenbeil (lit. *Šventapilė*) über Goldap (lit. *Galdapė*) bis zum polnischen Kreis Suwałki erstreckt.

Hierzu sei differenzierend angemerkt, dass der litauische Einfluss (z.B. in Form des Eindringens von Lituanismen in die niederpreußische Mundart, das niederdeutsche Platt) sicher im Memelland und den

⁵ Vilius Pėteraitis, Vorwort, in: MLE, S. 11.

⁶ Preußisches Wörterbuch, hrsg. v. E. Riemann. Bd. 1, Lfg. 1 (Einführung). Neumünster 1974, S. 3.

östlichen Gebieten am stärksten verbreitet war, wie bereits die Sprachuntersuchungen von Natau⁷ und Ziesemer⁸ belegen, dass aber nicht von einer durchgehenden litauischen Sprachebene ausgegangen werden kann.

Die beiden Bände des Preußischen Wörterbuchs von Herrmann Frischbier (Berlin 1882/83) legen Zeugnis für den erheblichen Einfluss der litauischen Sprache auf das niederdeutsche Platt gegen Ende des 19. Jahrhunderts ab. Selbst in plattdeutschen Textsammlungen nach 1945, z.B. Alltagserzählungen aus Ostpreußen, lassen sich verblüffend viele Lituanismen nachweisen.⁹ Diese lassen sich einerseits über Wörterbücher und vergleichbare Quellen in ihrem Sprachbestand bis auf ethnografische Eingrenzungen seit dem 18. Jahrhundert belegen, andererseits bilden sie in den Texten integrierte situative Sprachfärbungen, die den Sprechern in ihrem Quellenhorizont gar nicht bewusst sein müssen, d.h. sie sind in den vorliegenden Texten niederdeutsch-ostpreußischer Sprecher lebendiger Sprachbestand. Der Wochenmarkt in Gumbinnen hieß bis 1945 Turgus (lit. turgus), wohin man sich mit dem Krepisch (lit. krepšis, Korb, Beutel) auf den Weg machte, um nur ein Beispiel anzuführen. Dass das Sprachrepertoire einer mennonitischen Erzählerin aus dem Kreis Elchniederung noch in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts¹⁰ über 100 Lituanismen aufweist, zeigt doch, wie tief litauisches Sprach- und Gedankengut auch unter der deutschsprachigen Bevölkerung Ostpreußens verbreitet war.

Dies betrifft besonders die praktisch allgegenwärtigen Orts- und Gewässernamen altpreußischen bzw. litauischen Ursprungs. Daher ist es besonders verdienstvoll, dass die Orts- und Gewässernamen in der MLE alphabetisch deutsch-litauisch, polnisch-litauisch und russisch-litauisch (S. 759-775) aufgelistet werden, da viele dieser Namen im Zuge der ‚Kolonisierung‘ von deutscher Seite (insbesondere im Jahre 1938) und von sowjetischer Seite nach 1945 von der Landkarte verschwanden.

Hervorzuheben ist, dass das Bild Kleinlitauens in der MLE auf einer spezifischen Interpretation von Ethnos und Volk fußt. Unter ethnischer Kultur (lit. etninė kultūra) der Kleinlitauer wird die historisch gewachsene Gesamtheit der materiellen und geistigen Erzeugnisse

⁷ Otto Natau, *Mundart und Siedlung im nordöstlichen Ostpreußen*. Königsberg 1937.

⁸ Walther Ziesemer, *Die ostpreußischen Mundarten*. Breslau 1924.

⁹ Ulrich Tolksdorf, *Eine ostpreußische Volkserzählerin*. Marburg 1980; Reinhard Goltz, Martin Schröder, *„Eck vertäll miene Jeschichte“*. Marburg 1997.

¹⁰ Tolksdorf, *Volkserzählerin* (wie Anm. 9), S. 25.

verstanden und darauf hingewiesen, dass die litauischen Bauern über Jahrhunderte einen eigenen nationalen Identitätstypus entwickelt haben. Diese gut dokumentierte traditionelle bäuerliche Kultur geriet im Zuge des gerade gegen Ende des 19. Jahrhunderts sich beschleunigenden Akkulturationsprozesses immer mehr in die Defensive. Politische, wirtschaftliche und über die staatlichen Institutionen auch kulturelle und sprachliche Dominanz des Deutschen führte zu einem spezifischen Anpassungsdruck, sodass das Litauische an den Rand gedrängt wurde.

Für diesen Vorgang wird etwas unglücklich ein Begriff, der für unser Thema weder international noch im großem Litauischen Wörterbuch¹¹ nachweisbar ist, gewählt, nämlich Ethnozid (lit. etnocidas). Anders als beim Genozid, der physischen Vernichtung eines Volkes, handelt es sich hier nach Ansicht der Herausgeber um die systematische Ausrottung ethnischer Eigenschaften, und damit der nationalen Identität und kulturellen Eigenheit eines Volkes, wofür die Chiffren Germanisierung und Kolonisierung stehen. Dieser Prozess habe dazu geführt, dass bis 1940 wesentliche Elemente der kleinlitauischen materiellen und geistigen Kultur verschwanden.

Die Schwäche der Interpretation liegt eindeutig in der Nichtbeachtung der beiden Kategorien „Ethnos“ und „Demos“. Es macht wenig Sinn, quasi mit dem Lineal ethnische Grenzen (lit. etninės ribos) zu ziehen und zu versuchen, die Bevölkerung in klar umrissene Ethnien einzuordnen, um sie dann mit spezifischen nationalen Eigenschaften und einem besonders gearteten nationalen Willen auszustatten. Selbst wenn sich der Autor des Stichworts „etnocidas“ hier auf den großen preußischen Gewährsmann Immanuel Kant berufen könnte, der sich in der „Nachschrift eines Freundes“ zu Christian Gottlieb Mielckes „Littauisch-deutsches und Deutsch-littauisches Woerterbuch“ von 1800 über die Bildung und Erhaltung der Reinigkeit der littauischen Sprache äußerte („Ein von allem Hochmuth, oder einer gewissen benachbarten Nation, wenn jemand unter ihnen vornehmer ist, ganz unterschiedener Stolz, oder vielmehr Gefuehl seines Werths, welches Muth andeutet und zugleich für seine Treue die Gewaehr leistet.“¹²), so bleiben das planimetrische Spiele, die der sozialen Realität entbehren.

¹¹ Lietuvių kalbos žodynas (Litauisches Wörterbuch). 2. Aufl., Vilnius 1968.

¹² Immanuel Kant, Nachschrift eines Freundes, in: Littauisch-deutsches und Deutsch-littauisches Wörterbuch, hrsg. v. Christian Gottlieb Mielcke. Königsberg 1800.

Die ostpreußische Kultur- und Sprachenlandschaft erinnert eher an einen bunten Flickenteppich, auf dem in historischer, geografischer und sozialer Dimension verschiedene Ethnien (Deutsche, Litauer, Polen und Juden) in einem mehr oder weniger direkten Kommunikationsprozess dem Land jene Farbe gaben, durch das es sich auszeichnete.

Im Zweiten Weltkrieg und danach fand durch nazistische und stalinistische Terrormaßnahmen eine systematische physische Vernichtung bzw. Vertreibung der eingewohnten Bevölkerung statt, sodass nach 1945 auch das staatstragende deutsche Element von der Landkarte verschwand. So haben die Ereignisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg das fragliche Gebiet grundsätzlich ethnisch, sozial und kulturell verändert.

In seinem Geleitwort fasst der Redaktionsleiter Zinkevičius das Anliegen der MLE wie folgt zusammen: „Die größte Bedeutung wird der litauischen Sachwelt Kleinlitauens zuteil. An zweiter Stelle stehen dann unsere stammesverwandten Prussen, die dieses Gebiet einst bewohnten, an dritter Stelle – die Sachwelt der Deutschen, die dieses Gebiet über lange Zeit hinweg regierten, und schließlich die neueste, unserem Gedächtnis gegenwärtige aufgesetzte russische Schicht“ (S. 16). Entsprechend diesem Leitmotiv befasst sich der größte Teil der ca. 3000 Artikel mit kleinlitauischen Persönlichkeiten, Forschern und Freunden, historischen Personen (880), gefolgt von Ortschaften (490), Flüssen und anderen Naturgegenstände (280), sowie Burg- und Grabanlagen (170). 160 Beiträge sind Vereinen, Glaubensgemeinschaften und ev. Pfarrern gewidmet, 140 dem Presse- und Verlagswesen usw.

An dieser Stelle soll noch besonders auf das umfangreiche Bild- und Fotomaterial aus verschiedenen privaten Archiven hingewiesen werden. So befinden sich am Ende eines jeden Buchstabens wertvolle ergänzende Fotos von Kulturdenkmälern, Landschaften, Persönlichkeiten usw., was das Gesamtbild der MLE optisch entscheidend auflockert.

Wie immer man die Inhalte der Enzyklopädie bewertet, die Herausgeber und Autoren haben große Arbeit geleistet, und eine weitere Beschäftigung mit dem Thema Ostpreußen und Kleinlitauen, sei es von litauischer oder deutscher Seite, wird dieses Werk nicht ignorieren können.

Gerhard Bauer, Bielefeld

1941 m. birželio sukilimas. Dokumentų rinkinys (Der Juniaufstand 1941. Eine Dokumentensammlung), zusammengest. v. Valentinas Brandišauskas. Vilnius: Lietuvos Gyventojų Genocido ir Rezistencijos Tyrimo Centras 2000, 378 S.

Die Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs ist mittlerweile auch in Litauen in vollem Gang. Berücksichtigt man, dass in Litauen freie Forschung erst seit 1988 möglich ist, dann kann man nur staunen, wie schnell die litauischen Historiker begonnen haben, auch diese Forschungslücke zu schließen. In den letzten fünf Jahren ist dazu eine ganze Reihe bedeutender Monografien erschienen.¹ Dabei stehen vor allem die Ereignisse der ersten Kriegsmonate in Litauen, also Juni bis September 1941, im Mittelpunkt des Interesses der Historiker und besonders der Öffentlichkeit. Der am 23. Juni 1941 ausgebrochene Aufstand gegen die zurückweichende Rote Armee und die Racheakte gegen die Juden und sowjetische Aktivisten in den ersten Kriegsmonaten wurden nach dem Krieg von der litauischen Gesellschaft unterschiedlich gesehen. Die Organisatoren und Teilnehmer des Aufstandes, die 1944 größtenteils Litauen verließen und ins Exil gingen, verklärten den Aufstand und damit ihre eigenen Aktivitäten und blendeten heikle Themen wie die Zusammenarbeit mit den Nazis und die Beteiligung am Judenmord weitgehend aus. Eine solchermaßen idealisierte und verfälschte Sicht aus dem Exil wurde nach 1990 von der Öffentlichkeit im freien Litauen mehrheitlich übernommen und fand Anhänger im konservativen Lager. Den Höhepunkt einer solchen Bewertung stellte der schlecht vorbereitete Versuch der Konservativen Partei im Parlament im Sommer 2000 dar, den 23. Juni zum staatlichen Feiertag auszurufen. Das verheerende Echo im Ausland, aber vor allem die eindeutigen Aussagen litauischer Historiker bewogen schließlich den damaligen Parlamentspräsidenten Landsbergis, den Staatspräsidenten zu bitten, das bereits angenommene Gesetz nicht zu unterschreiben.

¹ Valentinas Brandišauskas, *Siekiai atkurti Lietuvos valstybingumą (1940.06–1941.09)* (Bemühungen um die Wiederherstellung der litauischen Staatlichkeit [Juni 1940 bis September 1941]). Vilnius 1996; Arūnas Bubnys, *Vokiečių okupuota Lietuva (1941–1944)* (Litauen unter deutscher Besatzung [1941–1944]). Vilnius 1998; Petras Stankeras, *Lietuvių policija 1941–1944 metais* (Litauische Polizei 1941–1944). Vilnius 1998; *Lietuvos žydų žudynių byla. Dokumentų ir straipsnių rinkinys* (Die Akte des Mordes an litauischen Juden. Sammlung von Dokumenten und Abhandlungen), zusammengest. v. Alfonsas Eidintas. Vilnius 2001.

Die Ereignisse der ersten Kriegsmonate spalten damit noch immer die Öffentlichkeit, nicht aber die Historikerzunft in Litauen. Diese durchschaute sehr schnell die idealisierende Darstellung und trug entscheidend zur Entmythologisierung des Aufstandes und vor allem zum Eingeständnis der litauischen Beteiligung am Judenmord bei.

Ein Problem bei der Erforschung der Ereignisse der ersten Kriegsmonate ist der Mangel an Primärquellen. Die zahlreichen nach dem Krieg verfassten Erinnerungen sind nicht als authentische Zeugnisse anzusehen. Schon 1941/42 war man allerdings um ‚Authentizität‘ bemüht. Sowohl die Aufständischen als auch die nach Russland geflüchtete sowjetlitauische Regierung erließen Anweisungen, Erlebnis- und Situationsberichte der ersten Kriegsmonate zu verfassen. Am 7. Juli 1941 wies der damalige Innenminister der Provisorischen Regierung in Kaunas alle lokalen Behörden an, Berichte über die örtlichen Juniereignisse zu erstellen. Auch das im Juli 1941 errichtete „Museum über den Roten Terror“ sowie das Partisanenbüro zogen bald schriftliche Erkundigungen ein. Die Sowjets ihrerseits befragten im Sommer 1942 nach Russland geflüchtete Funktionäre über ihre Erlebnisse auf der Flucht. Alle diese zeitnahen Quellen wurden nach dem Krieg in litauischen Archiven aufbewahrt, von sowjetischen Behörden und Historikern ausgewertet und in Teilen veröffentlicht.² Nach 1988 dienten sie unter anderem dem Herausgeber dieser Dokumentation dazu, eine Monografie über den Aufstand von 1941 zu verfassen.³ Die Veröffentlichung der Dokumente stellt daher keine Sensation dar, erleichtert es aber den Forschern und besonders einem breiten Publikum, die damalige Situation, die Sichtweise von Handelnden und Betroffenen sowie die Atmosphäre der Zeit zu verstehen. Sensationell war dagegen die Entdeckung der Sitzungsprotokolle der Provisorischen Regierung in der Litauischen Nationalbibliothek Ende 2000, also kurz nach Erscheinen der hier zu besprechenden Dokumentation. Die Protokolle wurden bereits Anfang 2001 veröffentlicht.⁴ Sie ergänzen und erweitern die Dokumentation von Brandišauskas.

² Masinės žudynės Lietuvoje 1941–1944. Dokumentų rinkinys (Massenmorde in Litauen 1941–1944. Dokumentensammlung). Tl. 1-2, Vilnius 1965–1973.

³ Brandišauskas, Siekiai atkurti (wie Anm. 1).

⁴ Lietuvos laikinoji vyriausybė. Posėdžių protokolai 1941 m. birželio 24 d. – 1941 m. rugpjūčio 4 d. (Litauische Provisorische Regierung. Sitzungsprotokolle vom 24. Juni 1941 bis zum 4. August 1941), zusammengest. v. Arvydas Anušauskas. Vilnius 2001.

Die uns vorliegende Dokumentensammlung ist in fünf Abschnitte gegliedert: 1) Anweisungen zum Sammeln der Berichte; 2) Berichte über die Kämpfe gegen die Rote Armee; 3) Berichte über den Wiederaufbau der lokalen Verwaltung und deren Tätigkeit; 4) Das Tagebuch des Erzbischofs Juozapas Skvireckas; 5) Erlebnisberichte sowjetischer Aktivisten.

Obwohl die einfordernden Behörden sehr klare Vorgaben machten, ähneln die Berichte nicht selten Heldensagen. Die Aussagekraft der einzelnen Darstellungen ist daher nicht sehr groß, sie wurden oft von einfachen Menschen geschrieben, deren Wirkungsradius eingeschränkt und deren Kenntnis ausschließlich auf ihren Ort beschränkt war. Aber auch führende Persönlichkeiten waren auf Gerüchte und später auf eine durch die deutsche Zivilverwaltung zensierte Berichterstattung angewiesen, wie das Tagebuch des Erzbischofs Juozapas Skvireckas verdeutlicht. In langen Passagen wiederholt Skvireckas Schlagzeilen der wenigen ihm zugänglichen litauischen und deutschen Zeitungen. Das Tagebuch ist mit wenigen Ausnahmen in seiner Banalität fast erschreckend. Der Erzbischof ist mehr am Frontverlauf und an der Sicherung seines Besitzes als am Schicksal seiner Landsleute und besonders der Juden interessiert. Schlagartig wird die Feststellung von Liudas Truska verständlich, Litauen habe weder 1940 noch 1941–1944 „politisch und historisch denkende Führer“ besessen.⁵ In ihrer Gesamtheit geben die Berichte jedoch die verworrene und dramatische Situation der ersten Kriegswochen recht plastisch wieder. Aus ihnen wird die Begeisterung der meisten Litauer über den Einmarsch der Deutschen deutlich, der die ungeliebte Sowjetherrschaft beendete, aber auch der Hass auf die litauischen Kommunisten und vor allem auf die Juden, denen man generell Verrat am litauischen Staat und Zusammenarbeit mit den Sowjets vorwarf, obwohl das in Wirklichkeit nur punktuell geschah. Offensichtlich wurde der Aufstand zudem keineswegs generalstabsmäßig vorbereitet. Die Aufständischen handelten in der Regel spontan. Es fehlte ihnen an Bewaffnung und Führung. Die Kriegshandlungen beschränkten sich auf die Besetzung von Verwaltungsgebäuden und Festnahmen sowjetischer Funktionäre und versprengter Rotarmisten. Die neu errichteten lokalen Behörden, vielfach mit Beamten aus der Unabhängigkeitszeit besetzt, führten zumindest am Anfang die Anweisungen der deutschen Besatzer äußerst willfährig aus. Auch Anordnungen zur

⁵ Liudas Truska, 1941–1944: kas buvo lietuvių priešas Nr. 1 (Wer war 1941–1944 der Feind Nr. 1)?, in: Kultūros Barai (2002), H. 4, S. 85–90.

Einrichtung von Ghettos für Juden, ihre Ausgrenzung aus der Öffentlichkeit und die Beschlagnahme ihres Eigentums fanden bei den litauischen Aufständischen Zustimmung, zumal die Provisorische Regierung, die immerhin noch zwei Monate lang ein Schattendasein führen durfte, in ihren Erlassen an die lokalen Behörden die deutschen Befehle weiterleitete. Wer aber in den Berichten Belege für Morde an Juden sucht, wird enttäuscht werden. Es gibt bestenfalls Andeutungen, denn die Täter wussten, dass sie mit solchen Taten alle Grenzen überschritten und in der litauischen Gesellschaft keine Anerkennung finden würden. Die litauische Gesellschaft war bereit, die Juden auszugrenzen und auszubeuten, aber eine massenhafte Ermordung stand auf einem anderen Blatt. Folgt man einer neueren Publikation, dann ermordeten etwa genau so viele Litauer Juden, wie andere Litauer Juden retteten, obwohl Hilfe für die Juden in der Regel mit dem Tode bestraft wurde.⁶

Die Texte der Sammlung verdeutlichen auch die Hintergründe für den – geschichtlich gesehen – unerwarteten Hass der Litauer auf die Juden: Nicht so sehr antisemitische oder rassistische Gründe, sondern die Gleichsetzung von Juden und Kommunisten bewog einen Teil der Partisanen, sich am Holocaust zu beteiligen.⁷

Arthur Hermann, Heidelberg

⁶ Das Judentum in Vilnius gibt die Zahl der geretteten Juden mit 3000 an. An der Rettung beteiligten sich ca. 2700 Litauer. In Judenmorde waren ca. 2000-3000 Litauer verwickelt. Vgl. *Lietuvos žydų* (wie Anm. 1), S. 163 u. 190.

⁷ Joachim Tauber, 14 Tage im Juni: Zur kollektiven Erinnerung von Litauern und Juden. Vortrag auf der Jahrestagung des Litauischen Kulturinstituts 2001 (im Druck).

Alfonsas Eidintas, Vytautas Žalys, Alfred Erich Senn, Lithuania in European Politics. The Years of the First Republic, 1918–1940, hrsg. v. Edvardas Tuskenis. New York: St. Martin's Press 1997, 250 S.*

Im anzuzeigenden Buch geht es um die Entwicklung des litauischen Volkes im 20. Jahrhundert, wobei die Phase der litauischen Republik zwischen 1918 und 1940 im Mittelpunkt der Betrachtungen steht. Die wichtigsten Autoren des Buches, Alfonsas Eidintas und Vytautas Žalys, sind im sowjetischen Litauen aufgewachsene Historiker, die es

* Aus dem Litauischen übersetzt von Claudia Sinnig, Berlin.

aber vermocht haben, sich wissenschaftliche Qualifikationen der Gegenwart anzueignen. Die von Eidintas geschriebenen Kapitel spiegeln stärker das Leben im Innern Litauens wider, während Žalys sich mit der internationalen Lage Litauens von 1918 bis 1940 befasst. Einführung und Schlussteil des Buches hat der US-Historiker Alfred Erich Senn geschrieben, einer der wichtigsten Spezialisten für litauische Geschichte im Westen. Das Buch trägt somit Züge einer kollektiven Monografie. Da sich Eidintas und Žalys bei der Abfassung ihrer Texte auf Arbeiten von Historikern aus Litauen gestützt haben, die sich von früheren ideologischen Vorgaben gelöst haben, stellt das Buch eine Art Quintessenz der Bemühungen der litauischen Historiografie und, wie eine positive Rezension bemerkt, auch ein Modell für zukünftige Forschungen dar.

Obgleich im Zentrum des Buches die Existenz des litauischen Staates von 1918 bis 1940 steht, ist ein Teil der Entstehung des modernen litauischen Volkes im 19. Jahrhundert, ein anderer der Situation nach dem Zusammenbruch der Staatlichkeit im Jahre 1940 bis zu seiner Wiederherstellung 1990 gewidmet. Die Begründung für ein solch weites Ausgreifen gibt Senn am Beginn des Buches: „The purpose of this book is to explain how Lithuanian national consciousness grew from an unstructured instinct to a firm sense of nationhood in the course of this century“ (S. 1).

Senn tendiert also dazu, dem litauischen Volk nicht den Status eines historischen Volkes (im Sinne Hegels) zuzuerkennen. Ihm zufolge hatten die Litauer im Jahre 1918 keinerlei staatliche Strukturen, ja selbst die kulturelle Identität sei nicht klar definiert gewesen. Aber 20 Jahre Eigenstaatlichkeit hätten ein starkes litauisches Selbstverständnis geschaffen, das für die Okkupanten nicht mehr „verdaubar“ gewesen sei, was 1991 von mehr als einem sowjetischen Funktionär bedauert worden sei, denn ohne das „Wespennest“ Litauen wäre das Leben in der Sowjetunion leichter gewesen. Senns These, 1918 habe nicht eine litauische Nationalbewegung einen litauischen Staat geschaffen, sondern erst die Existenz der Staatlichkeit bis 1940 habe ein litauisches Nationalbewusstsein hervorgebracht, dürfte von manchen litauischen Autoren nicht unwidersprochen akzeptiert werden.

Denn das würde bedeuten, dass die Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1918–1920 weniger von lokalen als vielmehr von äußeren Ereignissen bestimmt wurde. Obwohl es kein Kriterium gibt, mit dem sich bestimmen ließe, in welchem Maße innere und äußere Ereignisse eine Rolle gespielt haben, lässt sich eine wichtige methodologische Grundhaltung wahrnehmen: Senn schlägt in seiner Einfüh-

rung vor, sich von einem kühlen, objektiven Blick „von außen“ auf das Forschungsprojekt leiten zu lassen und sich damit gleichsam von litauischen Sentiments abzugrenzen.

Alfonas Eidintas indessen, obgleich Meister eines flüssigen und undogmatischen Stils, erzählt breit, fast enzyklopädisch von der Entstehung des litauischen Staates, seiner inneren Entwicklung und seinem Untergang und bleibt doch, so scheint es, „im Innern“ des zu beschreibenden Objekts. Dies signalisieren Kapitelüberschriften wie „Restoration of the State“ oder „The Nation creates its State“. Die Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar 1918 schildert er beispielsweise auf traditionell ‚litauische‘ Weise: Die Mitglieder der Taryba treffen sich an diesem 16. Februar und verkünden die Souveränität; sowohl die Hausnummer des Gebäudes als auch der Zeitpunkt werden minutiös registriert.

Jedoch bleibt völlig unklar, auf welche realpolitische Logik sich dieser Akt stützen konnte. Bekannt ist, dass seine Besonderheit darin bestand, die eigentliche Entscheidung über die litauische Staatsform und Grenzen einem Gründungsseimas zu überlassen. Praktisch bedeutete dies freie Wahlen auf einem Gebiet von etwa vier Gouvernements, in denen Einwohner litauischer Nationalität schwerlich auch nur die Hälfte der Bevölkerung ausmachten. Was für ein Litauen hätte ein solcher Seimas ausrufen können, wo doch die späteren Parlamente – zwar von einer litauischen Mehrheit gewählt, jedoch auf einem halb so großen Gebiet – nur mit Mühe regierungsfähige Mehrheiten zu Stande brachten? 1926 wurde dann auch diese Mehrheit abhängig von den Stimmen der nationalen Minderheiten, und bald darauf endete die Epoche des Parlamentarismus in Litauen insgesamt.

Aber Eidintas mag keine Komplikationen. Ruhig beschreibt er, welche Parteien an den Wahlen zum Gründungsseimas teilnahmen, wann die Wahlen stattfanden und wie sich die Stimmen auf die 112 Sitze verteilten; für ihn scheint es nicht wichtig zu sein, dass bei den Wahlen zum Gründungsseimas nicht einmal die Hälfte der nach dem Wahlgesetz vorgesehenen 229 Abgeordneten gewählt wurde.

Auf S. 43 steht fälschlicherweise, dass die vom Gründungsseimas angenommene provisorische Verfassung das Eigentumsrecht garantiert habe. Dieses Recht wurde mehr oder weniger nur respektiert, solange die Rechte (die Nationale Fortschrittspartei und die Christlich-Demokratische Partei) regierte. Der von der Mitte und der Linken dominierte Gründungsseimas jedoch machte den Weg für die Umverteilung des Bodens frei, und es bleibt bis heute unklar, wie man die Landreform bewerten soll. Traditionell wird die Meinung vertre-

ten, dass die Aufteilung des Bodens unter der Mehrheit der Litauer den Bolschewismus in Litauen verhindert habe. Jedoch belegen konkrete Forschungen, dass 1920 ausgerechnet Sowjetrussland die litauische Regierung zu einer radikalen Bodenreform aufforderte. Eidintas registriert wenigstens die negative Einstellung der „*tautininkai*“ zur Bodenreform (S. 48).

Im Zentrum der Betrachtungen von Eidintas' Darstellung steht das politische System Litauens und sein Einfluss auf das litauische Selbstverständnis. Dies ist ein sehr wichtiger Aspekt, denn eine der Ursachen für den Untergang des Staates bestand zweifelsohne in der Unfähigkeit, ein Gleichgewicht zwischen legislativer und exekutiver Gewalt herzustellen. Jedoch wird aus den Passagen nicht ersichtlich, ob es überhaupt Bemühungen gab, ein solches Gleichgewicht zu schaffen.

Insgesamt rechtfertigt sich die „registrierende“ Methode von Eidintas zumindest teilweise. Sie entlässt den Verfasser zwar aus der Pflicht tieferer Analyse und dem Ausloten verschiedener Optionen, gestattet es aber immerhin, dort etwas zu schreiben, wo andere vielleicht nichts geschrieben hätten.

Žalys demonstriert ein stärkeres Bemühen, der Introvertiertheit zu entkommen. Sein Abschnitt zu „*Lithuania's Geopolitical Situation and the Dimensions of Lithuanian Foreign Policy*“ besticht gleichzeitig durch Gründlichkeit und Kompaktheit. Das ganze Wesen der litauischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit wird durch einige treffende Wendungen ausgedrückt, wie z.B. „*unwilling revisionism*“ (S. 60) oder „*[it is] sometimes difficult to understand whether Lithuania was carrying out its own policy, or whether the Soviet Union was using it as a Trojan horse in the Baltic*“ (S. 64).

Bei seinen starken Verallgemeinerungen vermeidet Žalys nicht immer ein Abrutschen ins Tendenziöse, vor allem, wenn es um Details geht. Beispielsweise bezeichnet er die Strategie der Litauer im Herbst 1920 treffend als „*having put all their eggs in the Russian basket*“ (S. 73). Dennoch hält er den polnischen Angriff auf Litauen am 22. September 1920 lediglich für einen zufällig nutzbaren Vorwand, damit Litauen die russischen Bolševiki durch sein Territorium ziehen lassen konnte. Er übersieht dabei, dass nach dem litauisch-russischen Vertrag vom 6. August 1920 die Rote Armee das Recht erhielt, sich auf dem Litauen zuerkannten Territorium entlang der Linie Grodno – Lida – Molodetschno festzusetzen und Litauen praktisch während des gesamten September 1920 sowohl diplomatisch (in den Verhandlungen mit Polen in Kaunas, Kalvarija und Suwałki) die Sowjetunion unterstützte als auch militärisch (fast die ganze Armee wurde in der

Region Suwałki – Augustów zusammengezogen) die russische Armee absicherte. Man versprach sich davon sowohl eine Garantie für die eigene Sicherheit als auch eine Möglichkeit, die zukünftige Rote Armee zu kontrollieren (sic!). Erst die Nachricht von der russisch-polnischen Übereinkunft in Riga öffnete den Litauern die Augen für den Korb, in den sie ihre Eier besser hätten legen sollen.

Žalys stellt zu Recht fest, dass nach dem Marsch von General Želigowski die Litauer die Losung „Ohne Vilnius werden wir nicht ruhen“ annahmen. Doch wird nicht deutlich, was diese Parole praktisch bedeutete. Unerwähnt bleibt die bekannte Tatsache, dass litauische Diplomaten die Sowjets um Hilfe bei der Verhinderung des Plebiszits Ende 1920 baten¹ und sich wegen des Hymans-Projekts im Sommer 1921² an Moskau wandten. Andererseits unterstreicht Žalys stark die Absage der litauischen Regierung vom März 1922 an ein Engagement mit den Sowjets: „Kaunas rejected Moscow’s offer of cooperation and refused to join a military alliance with Soviet Russia“ (S. 104). Dagegen werden die im Dezember 1925 dem nach Kaunas gereisten sowjetischen ‚Außenminister‘ Čičerin von litauischer Seite vorgelegten Projekte über ein militärisches Bündnis diplomatisch als „proposals, some of them far reaching“ (S. 109) bezeichnet.

Hier geht es, um nicht missverstanden zu werden, nicht allein um Ausdrucksweisen. Meiner Meinung nach schätzt Žalys die Situation nach dem Herbst 1920 nicht völlig zutreffend ein. Zwar gibt er Polen die Schuld an der Okkupation von Vilnius, weiß aber keine Alternativen aufzuzeigen: Was wäre geschehen, wenn z.B. Polen gezwungen gewesen wäre, seine Truppen aus Vilnius abzuziehen? Und wenn die Litauer mit der Losung „Ohne Vilnius werden wir nicht ruhen“ nicht letztlich dazu beitrugen, ihren eigenen Staat zu zerstören, dann bleibt unklar, was genau sie mit dieser Losung beabsichtigten.

Ein gewisser Impuls für diese Unbestimmtheit geht wohl von Senn selbst aus, denn in seiner Einführung zieht er die unerwartete Parallele, Polen habe aus der Geschichte nichts gelernt, da es im Herbst 1920 wie schon 1569 zu Zeiten der Lubliner Union eine gemeinsame Grenze mit Russland angestrebt habe, was zur Folge ge-

¹ Vgl. z.B. den Bericht von D. Zaunius vom 21. Dezember 1920 über ein Gespräch mit A. Joffe, in: Zentrales Staatsarchiv Litauens, F. 383, Ap. 7, B. 76, S. 6.

² Vgl. Dokumenty vnešnej politiki SSSR (Dokumente zur Außenpolitik der Sowjetunion). Bd. IV, Moskva 1960, S. 31 u. 432.

habt habe, dass es zwischen Litauen und Russland keine gemeinsame Grenze gegeben habe (S. 8). Jedoch hängt dieser effektvolle Vergleich insofern in der Luft, als Senn keine Alternative aufzuzeigen vermag.

Es ist schade, dass aus der Darstellung von Žalys aus irgendeinem Grund die Hintergründe der Entstehung der Baltischen Entente „herausgefallen“ sind. Vielleicht blieb deshalb auch die weitere Erörterung der so genannten Neutralitätspolitik der baltischen Staaten und Litauens unzureichend.

Eidintas, Žalys und Senn sind Autoren, deren Stil und Auffassungen recht unterschiedlich sind, aber das von ihnen gemeinsam betreute Projekt überzeugt. Ein modernes Bild Litauens im 20. Jahrhundert ist entstanden. Geholfen haben dabei zweifellos Professionalität und Erfahrung der Autoren, aber auch die gelungene verlagstechnische Gestaltung des Buches dürfte zum Erfolg beitragen.

Česlovas Laurinavičius, Vilnius

Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente, hrsg. v. Wolfgang Benz u. Marion Neiss. Berlin: Metropol-Verlag 1999, 183 S.

Die Öffnung der litauischen Archive und die verstärkte Auswertung von Materialien, die im Zuge von Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in Deutschland, den Vereinigten Staaten, Australien und Litauen gesammelt wurden, hat in den 90er Jahren der Erforschung des Holocaust in Litauen einen starken Schub verliehen. Der zu besprechende kleine Sammelband mit Aufsätzen und Dokumenten ging aus einer Konferenz mit litauischen, amerikanischen und deutschen Historikern hervor, die im Dezember 1996 im Berliner Institut für Antisemitismusforschung stattfand und der Diskussion der neueren Forschungsergebnisse diente.

Der Eröffnungsaufsatz des amerikanischen Historikers Mike MacQueen, infolge seiner Ermittlungstätigkeit für das Washingtoner Justizministerium bei der Verfolgung litauischer Kriegsverbrecher einer der besten Kenner der litauischen Archive, ist in seiner englischen Erstfassung einer der anregendsten Überblicke zum Kontext des Holocaust in Litauen. In überzeugender Weise diskutiert MacQueen die Wirkung des litauischen Nationalismus sowie der außenpolitischen Ereignisse der Jahre 1938 bis 1941 auf die spezifische Er-

scheinungsform des Antisemitismus in Litauen. In Verbindung mit der traditionellen katholisch-ländlichen Judenfeindschaft und den antijüdischen Verdrängungskampagnen im wirtschaftlichen Bereich in den 30er Jahren lud sich der litauische Antisemitismus stark auf. Ein besonderes Anliegen der Arbeiten MacQueens ist es, immer wieder danach zu fragen, ob nicht ein Teil der antisemitischen Schubkraft aus der eigenen litauischen Verstrickung in das Sowjetregime und deren Verleugnung herrührt. Zuverlässig stellt MacQueen im Weiteren die Mordphasen während der deutschen Besatzung dar und betont zu Recht die große Rolle, die den rechtsextremen Führungskräften im litauischen Militär- und Polizeiparat seit Ende Juli 1941 zukam. Die Teilnahme von litauischen Schutzmannschaftsbataillonen an den Massenmorden und – wieder ein Spezifikum MacQueens – die Tätigkeit der litauischen Sicherheitspolizei besonders im Vilnius-Gebiet werden quellengestützt erörtert. Hierzu eine kleine faktische Korrektur: Die lange kursierenden Zahlen zu den sowjetischen Deportationen im Juni 1941 (35 000 Deportierte, darunter 6 000 Juden) sind überhöht und wurden mittlerweile nach unten korrigiert. Im Juni 1941 fielen etwa 17 500 Personen, darunter knapp 3 000 Juden, der Deportation ins Innere der Sowjetunion zum Opfer. Die hier vorgelegte deutsche Fassung ist leider schlecht übersetzt und daher mit vielen kuriosen Stilblüten versehen – bis hin zu Rückübersetzungen aus dem Englischen von bereits publizierten deutschen zentralen Quellen. Der Text sollte in der etwas längeren englischen Fassung in dem 1998 erschienenen Heft der „Holocaust and Genocide Studies“, das den Holocaust in Litauen behandelt, gelesen werden.¹

Jürgen Matthäus, einer der besten Historiker zur deutschen Besatzungspolitik in Litauen während des Zweiten Weltkrieges, gelingt es in seinem Aufsatz zur deutschen Besatzungspolitik im Ersten Weltkrieg, die Monografien von Gerd Linde (1965), Abba Strazhas (1993) und Vejas Gabriel Liulevičius (2000) zu ergänzen.² Basierend auf Akten aus litauischen Archiven fragt Matthäus nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Besatzungsre-

¹ Michael MacQueen, *The Context of Mass Destruction: Agents and Prerequisites of the Holocaust in Lithuania*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 12 (1998), Nr. 1, S. 27-48.

² Gerd Linde, *Die Deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg*. Wiesbaden 1965; Abbas Strazhas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall OberOst, 1915-1917*. Wiesbaden 1993; Vejas Gabriel Liulevičius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*. Cambridge 2000 (*Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare*. 9).

gime vor allem in weltanschaulicher Hinsicht. Seine Untersuchung zu der unteren deutschen Verwaltungsebene, den Kreishauptmännern, im Ersten Weltkrieg zeigt, dass die deutsche Militärverwaltung wie überhaupt das kaiserliche Offizierskorps antisemitisch dachte. Die Juden galten zwar noch nicht als Trägergruppe marxistisch-revolutionärer Ideen, doch betrachtete die deutsche Judenpolitik sie bereits vor allem als ‚wirtschaftliches‘ und ‚hygienisches‘ Problem. Es gab keine direkt antisemitische Politik. Die jüdische Eigenständigkeit im Land, das Gemeinde- und Publikationswesen wurde beibehalten, die jüdischen Feiertage geachtet. Das größte Problem für die Juden Litauens stellte die Verarmung durch die angestrebte Monopolisierung des Handels seitens der Militärverwaltung dar. Doch selbst diese Verdrängungspolitik blieb noch weit hinter der russischen Deportationspraxis des Jahres 1915 zurück. Als 1941 die Deutschen Litauen überfielen, rechnete keiner der älteren Juden mit einer genozidalen antijüdischen Politik der Besatzer.

Der zweite Aufsatz von MacQueen zu den Beziehungen zwischen Polen, Litauern und Juden in Vilnius von 1939 bis 1944 ist ein exzellenter Überblick zu den komplizierten Verhältnissen in dieser multiethnischen Stadt, dessen Schwerpunkt auf Fragen nach den polnischen Organisationen und ihren Aktivitäten liegt. Für den Rezensenten, der des Polnischen nicht kundig ist, ist MacQueens Auswertung der polnischen Literatur, die in den letzten Jahren fundierte Arbeiten vorgelegt hat, von hohem Wert. Der Autor zeichnet ein recht düsteres Bild der polnisch-jüdischen Beziehungen während der Zwischenkriegszeit. Er schildert die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polen und Litauern 1938/39 und informiert bündig und präzise über die sowjetische und deutsche Besatzung.

Knut Stang, dessen Beitrag nachträglich in den Konferenzband aufgenommen wurde, fasst einen Teil seines 1996 erschienenen Buches zur Kollaboration in Litauen zusammen.³ Leider wiederholt Stang zahlreiche Spekulationen, schlicht falsche Darstellungen und kurzschlüssige Behauptungen, die schon in Besprechungen seines Buches durch die litauischen Historiker Saulius Sužiedėlis und Arvydas Anušauskas sowie durch den Rezensenten kritisiert wurden – wie sich

³ Knut Stang, *Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden*. Frankfurt a.M. 1996.

zeigt, ohne nachhaltiges Echo auf Seiten des Autors.⁴ Stang bettet seine Darstellung in den Versuch ein, Theorien der britischen Kolonialismusforschung auf die deutsche Politik in Litauen anzuwenden. Mir scheint der Erkenntnisgewinn jedoch gering zu sein.

In einem kurzen, informativen Text berichtet Ruth Kibelka über die sowjetischen Morde kurz vor Kriegsausbruch im Juni 1941 vor allem in Rainiai und Pravieniškis, denen mehrere hundert Häftlinge zum Opfer fielen. Kibelka gibt die Fakten nach dem grundlegenden Buch von Anušauskas⁵ wieder, und es gelingt ihr, einige lesenswerte Schlaglichter auf die Geschichtspolitik der litauischen Gesellschaft zu werfen.

In seinem zweiten Aufsatz geht es Jürgen Matthäus darum, dass die Ermordung der Juden nicht lediglich von der Umsetzung Berliner Beschlüsse her erklärt werden kann, sondern in Wechselwirkung mit komplexen, vor Ort wirksamen Einflussfaktoren zu untersuchen ist. Matthäus hat diesen Ansatz bereits 1997 in dem ausgezeichneten Begleitband zur Ausstellung des US Holocaust Memorial Museum über das Ghetto in Kaunas erläutert.⁶ Im Anschluss an neuere Arbeiten, vor allem von Dieter Pohl zu Galizien und Christian Gerlach zu Weißrussland,⁷ versucht er, die These anhand der Geschichte des Ghettos in Kaunas mit neu erschlossenem Material aus litauischen Archiven zu illustrieren. Doch vermag das Ergebnis nicht ganz zu überzeugen. Die quellennah und gekonnt geschriebenen Passagen zum Ghetto stehen relativ unverbunden neben den übergreifenden Thesen. Denn diese fußen vor allem auf Überlegungen zur weltanschaulichen Disposition und der faktischen Tätigkeit der verschiedenen Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei, und eben nicht auf der konkreten Geschichte des Ghettos und dessen Einbettung in die deutsche Besatzungspolitik. Zu pauschal erscheint es mir zudem, die in

⁴ Saulius Sužiedėlis, in: *Journal of Baltic Studies* 39 (1998), Nr. 1, S. 84-88; Arvydas Anušauskas, in: *Genocidas ir Rezistencija* 3 (1998), Nr. 1, S. 121-128, und in: *Lietuvos Rytas* vom 15. Januar 1998; Christoph Dieckmann, in: *Repression und Kriegsverbrechen. Die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in West- und Südeuropa. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik* 14 (1997), S. 184-190.

⁵ Arvydas Anušauskas, *Lietuvių tautos sovietinis naikinimas 1940-1958* (Die sowjetische Vernichtung des litauischen Volkes 1940-1958). Vilnius 1996.

⁶ *Hidden History of the Kovno Ghetto*. United States Holocaust Memorial Museum. Boston (u.a.) 1997.

⁷ Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*. München 1996; Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*. Hamburg 1999.

Litauen außergewöhnlich hohe jüdische Opferzahl allein aus dem Zusammentreffen von deutscher ‚Gründlichkeit‘ und litauischer Kollaborationsbereitschaft erklären zu wollen, wie Matthäus meint (S. 101). Deutsche ‚Gründlichkeit‘ und Kollaborationsbereitschaft gab es schließlich in allen deutsch besetzten Gebieten, und Matthäus konkretisiert seinen Verweis auf regionale Interessen und selbstverursachte Sachzwänge auf der Basis eines radikalisierten Antisemitismus nicht (S. 102). Gleichwohl liefert er einen gelungenen knappen Querschnitt zur mörderischen deutschen Politik in Litauen. Hervorzuheben ist auch, dass er sensibel und nüchtern nach Handlungsspielräumen der jüdischen Verwaltung innerhalb des Ghettos in Kaunas fragt. Einerseits fungierte sie tatsächlich als deutsches Herrschaftsinstrument, andererseits versuchten die führenden Personen mit Elchanan Elkes an der Spitze gleichwohl, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Los der jüdischen Bevölkerung in dieser „ökonomisch vorübergehend nützlichen, aber jederzeit liquidierbaren Zwangsgemeinschaft“ (S. 109) zu erleichtern. Doch ließen der permanente Ausnahmezustand und der ständige extreme materielle Mangel faktisch wenige Möglichkeiten offen.

Fast 40 % des Buches macht der vier Texte umfassende Dokumententeil aus. Angesichts der Fülle des neu zugänglichen unveröffentlichten Materials erscheint die Entscheidung bedauerlich, zwei Texte (die Erzählung von Józef Mackiewicz zur Mordstätte Paneriai bei Vilnius und den autobiografischen Text von Abraham Wajnryb zum Ghetto Vilnius) aufzunehmen, die bereits an leicht zugänglicher Stelle (Bd. 10 der Dachauer Hefte 1994) erschienen sind.

Die beiden übrigen Dokumente stammen aus dem Ermittlungsverfahren gegen das Einsatzkommando 3 der deutschen Sicherheitspolizei. Dabei handelt es sich zum einen um den hochinteressanten Bericht des ehemaligen SA-Sturmführers Gustav Hörmann, den dieser 1946 vor der jüdischen historischen Kommission in Landsberg abgab. Hörmann war seit Frühjahr 1942 der für das Ghetto in Kaunas zuständige Beamte des deutschen Arbeitsamtes und gehörte damit zu einer der wichtigsten deutschen Gruppen, die mit der Politik gegenüber den Juden in Litauen befasst waren. Sein Bericht gewährt einen seltenen Einblick in die Mentalitäten und Aktivitäten der deutschen Täter vor Ort. Bei der Fülle der von Hörmann erwähnten Personen sowie der zahlreichen Ungenauigkeiten seiner Erinnerung in Bezug auf Daten und Zahlen wäre eine genauer kommentierte Edition sinnvoll gewesen. Dennoch wird der Wert der Veröffentlichung des Dokumentes auch durch die leider häufigen Fehler bei der Übertra-

gung der Vorlage nicht in Frage gestellt. Der Grund für den Abdruck der Aussage des ehemaligen Ghettopolizisten Jehoshua Rosenfeld aus dem Jahre 1957 erschließt sich hingegen nicht. Zwar rekapituliert Rosenfeld nüchtern die zahlreichen Massenmorde durch Deutsche und Litauer im Ghetto Kaunas, doch sind die wesentlichen Informationen bereits mit zum Teil größerer Präzision im Aufsatz von Matthäus zur Geschichte des Ghettos gegeben worden.

Man kann bei der Lektüre dieses ersten, viele Themenbereiche ansprechenden deutschsprachigen Sammelbandes zum Judenmord in Litauen viel lernen. Etwas mehr Sorgfalt bei der Übersetzung, Kommentierung und Lektorierung hätten dem Buch allerdings gut getan.

Christoph Dieckmann, Frankfurt a.M./Freiburg

Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944, hrsg. v. Wolfgang Benz, Konrad Kwiet u. Jürgen Matthäus. Berlin: Metropol Verlag 1998, 305 S. (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945. 6).

Ein gutes Lesebuch erkennt man in der Regel daran, dass man es möglicherweise in einer einzigen Sitzung von der ersten bis zur letzten Seite durchliest, darüber hinaus aber auch später immer wieder zur Hand nimmt. Während letzteres für den von Wolfgang Benz, Konrad Kwiet und Jürgen Matthäus edierten Band „Einsatz im Reichskommissariat Ostland“ durchaus zutrifft, kann von ersterem sicher keine Rede sein – ein Umstand, der die erfolgreiche Arbeit der drei Herausgeber noch unterstreicht. Der Untertitel erklärt, warum. „Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944“ sind demnach in dem Band versammelt, der als sechster in der sich durchweg durch hohe wissenschaftliche Qualität auszeichnenden Reihe „Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945“ erschienen ist.

Insofern mag mancher die Bezeichnung „Quellensammlung“ dem hier gewählten „Lesebuch“ vorziehen. Dennoch liegt der Gewinn des Bandes gerade auch in seiner Fähigkeit, durch das Nebeneinander verschiedener Dokumente weniger den Eindruck eines historiografischen

Puzzles zu erzeugen als vielmehr ein durchaus geschlossenes und aussagekräftiges Bild der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu vermitteln. Diese Kohärenz allerdings beruht vor allem auf dem Schrecken und der Bestürzung, den die abgedruckten Zeugnisse vermitteln – und wer wollte davon schon rund 270 Seiten am Stück lesen?

Für die Zusammenstellung der Dokumente haben die drei Herausgeber einen wahren Archivmarathon absolviert und mehr als ein Dutzend Einrichtungen von den USA über Israel bis zu verschiedenen deutschen Lesesälen nach einschlägigem Material durchforstet. Ihren besonderen Wert erhält die Sammlung jedoch durch den überwiegenden Anteil von Exzerpten aus Beständen der erst seit kurzem und immer noch nicht leicht zugänglichen Archive Litauens, Lettlands, Estlands und Weißrusslands. Sprachliche Probleme und eine vergleichsweise altmodische Infrastruktur – von der geografischen Entfernung einmal abgesehen – erlauben nur selten den schnellen Zugriff, sondern erfordern meist ausgedehnte Arbeitsaufenthalte. Den immensen historiografischen Wert der in den Staats-, aber auch in den Bezirksarchiven (hier vor allem das Oblastarchiv Brest) einer Bearbeitung harrenden Materialien belegt schon die limitierte Auswahl des Herausgebertrios.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Sammlung ist die mörderische deutsche Besatzungspolitik vor allem gegen die jüdische Bevölkerung im Reichskommissariat Ostland (RKO), jenem Kunstprodukt deutscher Okkupationsverwaltung, das aus den ebenso typisch wie unzutreffend stets in einen Topf geworfenen baltischen Staaten sowie Teilen Weißrusslands gebildet wurde. Neben dem Reichskommissariat Ukraine kann einzig das RKO als Case study für zumindest ansatzweise in die Tat umgesetzte deutsche Neugestaltungsziele auf sowjetischem Territorium gelten. In allen anderen Fällen wie etwa dem geplanten Kommissariat Moskau verminderte der Kriegsverlauf die Umsetzung aller Ostreich- und Lebensraumutopien.

Folgerichtig stehen am Anfang des Bandes auch die „Rahmenplanungen“ der deutschen Eliten. Von ihnen aus schreitet die Präsentation der Dokumente sowohl in Zeit und Raum als auch im Konkretisierungsniveau voran. Auf die noch in Deutschland konzipierten allgemeinen Regelungen der Vorbereitungsphase folgen daher die Morde der so genannten ersten Tötungswelle im zweiten Halbjahr 1941, an die sich ihrerseits die Ghettoisierung, die zweite Tötungswelle 1942/43 und schließlich die abschließende Phase der Konzentrationslager anschließen. Die Gewichtung ist dabei durchaus nicht einheitlich, was wohl auch auf die ungleiche Überlieferungsdichte für die ein-

zelen Abschnitte und hier insbesondere die Jahre 1941 und 1944 zurückzuführen ist. Neben einer ausführlichen Dokumentation der Rahmenplanungen bildet daher die Mittelphase des Ghetto-Systems einen klaren Schwerpunkt. Kaum mehr als ein Epilog ist dagegen der den KZs gewidmete Abschnitt. Dies ist insofern bedauerlich, als es wünschenswert gewesen wäre, den bislang wenig beachteten Lagern in den sowjetischen Gebieten eine stärkere Gewichtung einzuräumen. Insbesondere hätte dies auch die Möglichkeit gegeben, den Weg von West nach Ost und vom Beginn des Ostfeldzuges im Sommer 1941 bis zur Räumung des RKO drei Jahre später kreisförmig nachzuzeichnen. Die Illustration der nur in einleitenden Ausführungen angedeuteten Odyssee deportierter Juden von Klooga und Salaspils über Stutthof nach Auschwitz und Dachau hätte dabei auch zu zeigen vermocht, dass die Leiden der Besatzungszeit für viele Opfer auch nach dem Abzug der deutschen Truppen noch nicht beendet waren.

Das Ausmaß der vor allem der jüdischen Bevölkerung zugefügten Leiden wird dabei durch das Fehlen eines diskursiven, kommentierenden Filters mit oft brutaler Direktheit präsentiert. Während das in den Erzählfluss eingereihte Zitat eine fast zwangsläufig historisierende Distanz mit sich bringt, macht die Aneinanderreihung der 260 vollständig oder auszugsweise wiedergegebenen Dokumente nur allzu deutlich, was die abstrakten Bilanzen der Mörder wirklich bedeuteten. Aus Estland konnte schon Ende 1941 der judenfreie Status des Landes gemeldet werden, in Litauen überlebten kaum 5% der einst großen jüdischen Gemeinde. Nur unwesentlich mehr Menschen entgingen Einsatzgruppen, Wehrmacht und einheimischen Kollaborateuren in Lettland und Weißrussland. Diese Zahlen füllt „Einsatz im Reichskommissariat Ostland“ mit Details des Vernichtungsprozesses.

Mit blankem Entsetzen liest man den Bericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Litauen, SS-StdF Karl Jäger, wonach das Infektionskrankenhaus im Ghetto von Kaunas „nebst Einrichtung, Kranken und Med. Personal in Brand“ gesetzt wurde (S. 188). Zutiefst erschütternd ist auch für den mit derartigen Dokumenten vertrauten Historiker die Kälte in der Sprache der Mörder, wenn der SS- und Polizeistandortführer Libau Tag für Tag den Wetterbericht Seite an Seite mit der Statistik ermordeter Juden ins Kriegstagebuch einträgt und dazu noch den guten Gesundheitszustand seiner Männer betont (S. 90-98). Von den Herausgebern selbst hervorgehoben wird das – übrigens nicht nur in Kaunas, sondern auch in Vilnius und Šiauliai ausgesprochene – Verbot von Geburten im Ghetto und die drohende Erschießung schwangerer Frauen als „Absage an jede Zivilisation“

(S. 9). Jäger dagegen zuckte bei der Erörterung entsprechender Vorschläge – ähnlich wie in seinen bekannteren Berichten, in denen er pedantisch und mit Krämerseele jedes Exekutionsopfer des EK 3 einzeln auflistete – nicht einmal mit der sprichwörtlichen Wimper (S. 111). In der Tat sind wenige Dokumente klarere Zeugnisse der Barbarei als Jägers Meldungen an seine Vorgesetzten, wohl auch, weil bei ihm im Gegensatz zu seinen EK- und SK-Kollegen die brutale Sprache kaum durch Intellekt und euphemistisches Tarnvokabular gebremst wurde. Zwei größere, weitgehend unbekannte Berichtfragmente Jägers im vorliegenden Band zeugen von dieser „besonderen Qualität“.

Indes waren es nicht allein die üblichen SS-Verdächtigen, kaltblütige Mörder wie Jäger und Eduard Strauch oder fanatische Antisemiten wie Kurt von Gottberg, die den Völkermord betrieben. Unter den übrigen Besatzungsorganen wie auch unter der einheimischen Bevölkerung fanden sie nicht nur Helfer, sondern auch Männer ‚mit Ideen und Eigeninitiative‘. Zu den stärksten Momenten des Bandes gehören daher die vielen Befehle und Weisungen von Wehrmachts-offizieren, die aktiv zur Entrechtung, Diskriminierung und Verfolgung von Juden, Kommunisten und so genannten Partisanenverdächtigen – ein Sammelbegriff für alle unerwünschten Individuen und Gruppen – beitrugen. Von derartigen Anordnungen lassen sich übrigens noch Dutzende weitere allein im Freiburger Bundesarchiv-Militärarchiv finden. Dass Ghettoisierungs- und Kennzeichnungsmaßnahmen durchaus nicht nur in Ausführung höherer Befehle erfolgten, sondern regelmäßig auch genuiner Eigenmotivation entsprangen, wird deutlich, wenn der Ortskommandant Riga die „Vernichtung des Judentums zur Aufgabe des deutschen Volkes“ und damit auch der ihm unterstellten Männer erklärt (S. 170). Oder wenn ein Oberstleutnant in Minsk alle Russen per se als „geschulte Verbrecher schlimmster Sorte“ betrachtet und seine Bildung mit dem Hinweis unterstreicht, „als Dienstanweisung [kämen] nur Karl May oder Edgar Wallace in Frage“ (S. 78). Und auch die Reichsbahn hat ihren Auftritt als Zuarbeiter der Vernichtung durch Deportation nach Fahrplan. Die Sorge galt dabei weniger dem Schicksal der als quasi-freiwillige „Aussiedler“ oder offen als „Juden“ apostrophierten Opfer als vielmehr dem Zustand der Waggons am Ende der Reise. Möglichst sollten daher die Insassen selbst die Reinigung nach Ankunft ausführen (S. 133 f.).

Die große Anschaulichkeit der Vielzahl entsprechender Quellenfunde wird noch intensiviert durch die sinnvoll eingeschobenen

Fallbeispiele. Insbesondere die intensiven und detaillierten Dokumentationen des Ghetto-Systems in Kaunas und der Verknüpfung von „Bandenkampf“ und Judenmorden in Baranowice 1942/43 tragen erheblich zur Verdichtung des Gesamtbildes bei, in geringerem Maße auch das Beispiel Lettlands im Zuge der ersten Mordwelle im zweiten Halbjahr 1941.

Etwas problematisch erscheint indes eben jene Einteilung in zwei große Wellen, die die Herausgeber erklärtermaßen von Raul Hilbergs klassischer Unterscheidung übernehmen.¹ Gerade mit Blick auf das Ostland deuten neuere Studien aber darauf hin, dass Differenzierungen vor allem innerhalb der ersten Mordwelle – nämlich nach Zielgruppen und Selektionskriterien – erforderlich sind.² Mit der Ausdifferenzierung der ersten stellt sich deshalb – auch in dem hier versammelten Quellenmaterial – die so genannte zweite Welle vor allem als regionale Schwerpunktverlagerung auf die weißrussischen Territorien dar. Während in den baltischen Staaten bis zum Spätherbst und Winter 1941 die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung in sukzessiven Ausweitungen der Mordaktionen bereits ausgelöscht worden und der finale Schritt lediglich infolge des eklatanten (Fach)Arbeitskräftemangels ausgeblieben war, lebten im „Generalbezirk Weißruthenien“ Anfang 1942 noch rund 130 000 Juden. Auf ihre Ermordung konzentrierten die deutschen Besatzer daher 1942/43 ihre Bemühungen, die ihr besonderes Gepräge durch den gerade in Weißrussland zunehmend eskalierenden Partisanenkampf erhielten. Das stellt auch der vorliegende Band deutlich heraus.

Ist dies letztlich eine Frage der historischen Beurteilung, so betrifft ein eher grundsätzlicher Kritikpunkt das bedauerliche Defizit an estnischen Dokumenten in der Sammlung, das wohl aus dem vergleichsweise geringen jüdischen Bevölkerungsanteil resultiert. Hinzufügen ließe sich außerdem, dass der Rezensent sich mancherorts einen vollständigen Abdruck der Dokumente mit Verteiler, Betreff etc. und eine Ermittlung aller Vornamen für das Register gewünscht hätte.

¹ Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*. 3 Bde., 9., erneut durchgesehene Aufl., Frankfurt a.M. 1999.

² Christoph Dieckmann, *Der Krieg und die Ermordung der litauischen Juden*, in: *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, hrsg. v. U. Herbert. Frankfurt a.M. 1998, S. 292–329; Peter Longgerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*. München/Zürich 1998, S. 362–369.

Diesen unbedeutenden Mängeln stehen jedoch die gute Auswahl und Präsentation des Quellenmaterials, die hervorragenden Schaubilder und die souveränen Einleitungen zu den einzelnen Abschnitten, in denen Wolfgang Benz' oft gezeigtes Talent zur Verdichtung ohne Verkürzung zum Tragen kommt, gegenüber. Hervorzuheben ist zudem der Umstand, dass mit dem Völkermord im RKO ein in der deutschen Öffentlichkeit eher unbekannter Teil der deutschen Besatzungsherrschaft explizit thematisiert wird. Zentraler Vorwurf an den Band von Benz, Kwiet und Matthäus kann daher nur sein: Er ist zu kurz.

Kim Christian Priemel, Freiburg i.Br.

Heinz Teufel, Dietmar Willoweit, Land am Kurischen Haff. Eine Bildreise. Hamburg: Ellert & Richter 2000, 96 S. mit zahlreichen Abbildungen.

Menschen und Orte am Kurischen Haff halten Nachsaison. „Kurschskaja Saliw“ nennen seine Anrainer heute das Haff oder auch „Kuršių Marios“. Dem Ende der Prussen ist das Ende der Deutschen gefolgt, und mit ihnen gingen die Kuren und bald alle der alteingesessenen Litauer. Die Deutschen kommen wieder, als Gäste, und mit ihnen Bilderbücher wie das hier zu besprechende. Nur kommen sie nicht mehr aus Königsberg, sondern aus Berlin und Papenburg, aus Stuttgart und vielleicht auch aus Freising. Rauschen und Nidden, Swetlogorsk und Nida, Neukuhren und Schwarzort, Pionerskij und Juodkrantė werden wieder „Asyl der Professoren, der Pastoren, der Gymnasialdirectoren, der Beamten und des ganzen unseligen Geschlechts der Hieronymus Jobse, welche hier ihre Herbarienseelen vier Hundstagswochen lang vom feuchten Seewind durchziehen lassen. Alle Tage um 10 Uhr Morgens sieht man sie, das Handtuch um den Leib, mühsam die Dünen emporklettern, unten im Angesicht des keuschen Meeres die Kleider ablegen und in nackter Schöne als Borghese'sche Fechter auf dem Sande spazieren.“¹ Ferdinand Grego-

¹ Ferdinand Gregorovius, *Idyllen vom Baltischen Ufer* [1852]. Königsberg 1934; 6. Aufl., Marburg 1947, S. 40.

rovius, der sein Samland mit Italien tauschte, hat solche „Idylle vom Baltischen Ufer“ seiner Sammlung „Figuren, Geschichte, Leben und Szenerie aus Italien“ zugefügt. Das war vor 150 Jahren.

Gregorovius zog seinen Vergleich nicht allein. 50 Jahre vor ihm fuhr Wilhelm von Humboldt aus Russland zurück nach Berlin. Am 10. Oktober 1809 schrieb er an Frau Caroline nach Rom: „Die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, daß man sie eigentlich ebensogut als Spanien und Italien gesehen haben muß, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll. Ein schmaler Strich toten Sandes, an dem das Meer unaufhörlich auf einer Seite anwütet, und den an der andern eine ruhige große Wasserfläche, das Haff, bespült. Die ödesten Sandhügel, die schrecklichsten traurigen Kiefern, die ganze Stunden lang, so weit man sehen kann, bloß aus dem Sande, ohne einen einzigen Grashalm emporwachsen, und nur oben durch die Luft zu leben scheinen, eine Stille und Leere selbst von Vögeln auf dem Lande, die dem Brausen des Meeres nichts zu übertäuben gibt, nur einzelne große Möven, die am Ufer hinschweben. Dann auf einmal, aber freilich selten, eine ordentliche Oase (wie auch in den *Landes* von Bayonne, wenn Du Dich erinnerst), hübsche Wiesen, gute Weide, schöne Bäume, ein freundliches Dorf.“²

So lassen sich erneut die Deutschen locken, nach den Heimwehtouristen nun auch der neugierige Urlauber wieder. Wohl ihm soll die vorliegende Bildreise helfen. Fotografiert hat sie versiert und zu schön Heinz Teufel, kommentiert Dietmar Willoweit, gebürtig aus Memel und Professor für Bürgerliches und Kirchenrecht in Würzburg. Der Fotograf sieht das Land am Haff mit Urlauberaugen, und so wollen es die Bilderbücher des Verlages. Winter findet nicht statt, vereiste Wege, Menschenketten wie schwarze Perlen in der Frostwüste des Haffs nach Strömlingen angelnd, eisiger Sturm durch die Fenster der Pensionen und das Holz der Fischerhäuser, und ebensowenig findet der Leser die Zeit des Schaktarp, die Zeit „zwischen den Zweigen“. Es sind jene Wochen, in denen frisches Eis das Hochwasser des Deltas überzieht oder das Eis im Frühjahr zu tauen beginnt, zu dünn, um Mensch und Gefährt zu tragen, zu fest, um Booten die Fahrt zu erlauben.

Schaktarp, das war auch die hohe Zeit der Konventikel, der Surinkimas, frommer Erweckung auf Höfen und in Weilern, Stunden und

² Wilhelm und Caroline von Humboldt in ihren Briefen, hrsg. v. Anna von Sydow. 3. Bd.: Weltbürgertum und preußischer Staatsdienst. Briefe aus Rom und Berlin-Königsberg 1808–1810. Berlin 1909, S. 254 f.

Tage des Gebets, des Gesangs und der Predigt, wortgewaltig und frei bis zur Häresie. Die Kirche lebte aus der Schrift, auf Distanz, verwaltete die Sakramente, war deutsch. Das Volk lebte und lebt aus dem Wort, sprach und spricht und singt litauisch, die Schöpfung rückt ihm auf den Leib, das Leben mit dem Tod ist seine feste Burg. Dies war das Litauen des Memellands, wie es heute gemach hervortritt.

Ernst Wiechert, Hermann Sudermann und Eva Simonaitytė haben jene bäuerliche Gesellschaft im Übergang erzählt, eine Gesellschaft des Schaktarp. Eine Gesellschaft im Übergang birgt dieses Land auch heute. Wenig berichtet unser Bilderbuch von ihrer Armut, ihrem Elend auch, von ihrer Seelenlosigkeit und ihrer nur sehr schüchtern keimenden Hoffnung. Der litauische Staat hat die Kirchen der kleinen Schar daheimgebliebener Protestanten zurückgegeben. Doch wer singt in der heimeligen Kirche Niddens über dem wunderbaren Friedhof, singt, wie Ludwig Passarge in seinen Bildern „Aus Baltischen Landen“ den Gottesdienst der Fischer beschrieben hat? Auftrumpfend erbauen Großlitauens Katholiken inmitten Niddens ihre Kirche. Doch was hilft sie, wenn die nachwachsenden Bewohner selbst im Priester den Atheisten erkennen? Ein tapferer Pope hat Rossittens winzige Kirche wiederaufgebaut zum Trost und zur Hoffnung. Doch die Gräber auf Rossittens Friedhof seitab des Dorfes sind aufgewühlt, und keine Düne kommt und deckt sie zu.

Im Bildband Teufels und Willoweits überstrahlen das Rostrot und Seeblau der Niddener Farben alle Mühen der Gegenwart. Schweigen wir von banalen Bildunterschriften, sorgloser Wiedergabe der Namen und recht spontaner Auswahl der Quellen. Denn touristisches Wohlwollen könnte den Anwohnern des Haffs helfen, das Gedächtnis ihrer Region mit ihren Leben zu verbinden und so Sicherheit zu gewinnen. Erst solche Sicherheit schafft ihnen die Kraft, ihre wirtschaftlichen und politischen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Noch ist der leise Wohlstand Schwarzorts und Niddens locker gegründet, doch jeder Urlauber, den das Thomas-Mann-Festival in den Niddener Sommer lockt, bringt ein Stück Sicherheit mit.

Noch sind es wenige, die sich locken lassen. Und die Ruhe am Haff ist gut für Mensch und Natur. Die Nehrung bleibt ein „schönes, naturfrisches Volkslied“. Immer noch dringt ein wenig Heidentum durch. Es wird übermächtig, wenn die Saison der Gäste zuende geht.

Heinrich Wolfgang Seidel hat den spätsommerlichen Ausnahmezustand einer Niddener Nachsaison beschrieben, in seiner Novelle „Elk“ von 1934. Satt an Überdruß folgt der altadlige Kammerherr Justus von Ahlimb dem Drang, sein mäßig erfreutes Junggesellenleben

mit der Weite und Mystik des Ostens zu tauschen. Er bleibt haften am Gasthof überm Haff, der alt ist und verbaut, doch mit den Erungenschaften der Zeit und einer funkelnden Veranda versehen, die sich wie ein Gürtel um die Herberge legt. Als das Gewimmel den Gasthof verlässt, verlängert Ahlimb seine Ferien ein wenig ins Jenseits hinein. Der Kammerherr verliert die Orientierung, gerät ans Haus jener Kudlutas, von der man sagt, dass sie gänzlich unbekleidet in die Ostsee stürze und dass sie den Männern nahe trete. Gutmütig ist sie, anfechtbar, phantastisch. Ahlimb springt über die Hecke und kommt mit der Kudlutas ins Gespräch: „Meine Tür ist offen,“ sagt die Kudlutas, „will der Herr nicht eintreten? Bei mir ist es warm, ich habe Decken, und wir werden ein Feuer anzünden, ich habe auch ein Kleid mit Glöckchen und kann tanzen – es hat sich noch nie jemand bei mir gelangweilt. Soll ich Kartenkunststücke vorführen – ah, ich bin geschickt, der Herr wird sehen! Ich weissage die Zukunft!“³

Dietmar Albrecht, Lübeck

Bodo Steinberg, Das Paradies an der Bernsteinküste. Geschichten aus Ostpreußen. München: Langen Müller 2000, 221 S.

Erinnerungsprosa zu Ostpreußen gibt es wie Sand an der Bernsteinküste. Seit Kriegsende, Flucht und Vertreibung hat sich dieses Genre im Literaturbetrieb etabliert. In den ersten Jahrzehnten nach 1945 kam dabei vorwiegend die Erlebnisgeneration zu Wort. Spätestens seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ erschienen auch Bücher von Autoren der zweiten und dritten Generation, wenngleich zwangsläufig aus einer anderen Perspektive. Die Verfasser können nicht ihre Erinnerung befragen, sondern erarbeiten sich – aus welcher Motivation auch immer – eine Fülle an Sekundärwissen, um dem Gegenstand gerecht zu werden. Ein herausragendes Beispiel dafür ist Ulla Lachauer (Jahrgang 1951) mit den „Ostpreußischen Lebensläufen“ (erschienen 1998). Sie schildert zehn ausgewählte Lebensläufe, die auf unterschiedlichste Weise mit Ostpreußen verbunden sind. Sie führte dazu Interviews mit

³ Heinrich Wolfgang Seidel, Elk [1934], in: Abend und Morgen. Erzählungen. Gütersloh 1950, S. 197.

den Betroffenen, verließ sich beim Schreiben nicht nur auf deren Erinnerungen, sondern recherchierte eingehend historische Fakten, verarbeitete beides – Erinnerungen wie Fakten – und setzte sie bisweilen gegeneinander. Dabei ist ein sehr lesenswertes Buch herausgekommen.

Bodo Steinberg (Jahrgang 1947) gehört derselben Generation wie Lachauer an. Sein Buch erschien 2000 und sollte auch an dem gemessen werden, was bereits zum Thema erschienen ist. Steinberg scheint allerdings die umfangliche „Ostpreußen“-Literatur nicht zu kennen oder ignoriert sie gar; er will dennoch nicht nur einen Prosaband vorlegen, sondern gleichzeitig historisch in das Thema einführen und einen Serviceteil für Interessierte bieten. Alles in allem also – ein ehrgeiziges Unternehmen, an dem Steinberg allerdings bereits in den Anfängen scheitert.

Das Buch beginnt mit einem „Vorwort“, in dem der Autor innerhalb einer Buchseite zu sehr widersprüchlichen Aussagen gelangt, wie sich Ostpreußen dem heutigen Besucher präsentiert. Schwärmt Steinberg eingangs davon, dass es von seinem ehemaligen Charakter, seiner Eigenart, nicht viel verloren habe, beklagt er kurz darauf, dass „insbesondere der russische Nordteil“ nicht mehr mit dem Zustand vor 1944 zu vergleichen sei (S. 9). Zumindest fragwürdig und durch nichts belegt ist das pauschale Konstrukt der „neuen Ostpreußen“, die nach dem Krieg in diese Gegend zogen, die Prägung des Landstrichs erfahren haben und „Ostpreußen mit polnischem, litauischem oder russischem Paß“ geworden sein sollen (S. 9). Es ist sicherlich unbestritten, dass es Enthusiasten und Idealisten gibt, die sich mit dem ostpreußischen Erbe beschäftigen, es bewahren, pflegen und sich damit einen Zugang zu ihrer jetzigen Heimat erschließen – stellvertretend sei hier die Gesellschaft „Borussia“ im heutigen Olsztyn (Allenstein) genannt. Dass sich jedoch die Mehrheit der heutigen Bewohner des Landstrichs als Ostpreußen fühlt, ist plakatives Wunschdenken.

Das Kapitel „Zur Geschichte Ostpreußens“ (S. 11) ist schlichtweg eine Katastrophe. Nun würde das Ansinnen, Ostpreußens Historie von den Anfängen bis 1945 auf 22 Buchseiten abhandeln zu wollen, selbst ausgewiesene Spezialisten und begnadete Schreiber vor eine schwierige Aufgabe stellen. Steinberg ist keines von beidem. Seine Literaturrecherchen waren wohl eher mager und willkürlich, wie das Quellenverzeichnis (S. 221) unfreiwillig preisgibt. Doch anstatt den unkundigen Leser in die Materie einzuführen, entlässt er selbst den informierten Leser ratlos, denn neben der fehlenden Akzentuierung auf das Wesentliche finden sich gravierende, unerfreuliche Fehler.

Darauf kann hier jedoch nur beispielhaft eingegangen werden. Vorangestellt werden muss zudem, dass der Autor seiner Ankündigung, sich auf das 20. Jahrhundert zu konzentrieren (S. 11), weil die drei Erzählungen des Bandes in jenem Zeitraum spielen, sofort zuwiderhandelt. Denn die ersten 14 Seiten sind den Anfängen, der Ansiedlung und Verschmelzung verschiedener Völker und der Rolle des Deutschen Ordens in der späteren Provinz Ostpreußen gewidmet. Bei der Fülle von Grenzverschiebungen, Ereignissen und Namen wäre im Übrigen eine Landkarte hilfreich gewesen. Längere Auslassungen zum Stamm der Altpreußen (Prussen) fehlen hingegen nicht, auch wenn sich der Autor zu Widersprüchen versteigt: Während er sie einerseits bereits im 13. Jahrhundert für assimiliert respektive tot erklärt (S. 15), heißt es bald darauf: „Noch heute leben kleine Gruppen von ihnen vor allem in Masuren [sic!] und dem russisch-litauischen Memelgebiet [sic!] und verblüffen ihre Gesprächspartner mit ihrem polnisch-russisch-deutschen Sprachgemisch, reich gespickt mit prussischen und masurischen Ausdrücken“ (S. 17). Das ist schlichtweg falsch. Zutiefst ärgerlich ist auch die Darstellung der Ereignisse bei Tannenberg von 1410. Der renommierte Historiker Hartmut Boockmann äußerte sich einmal folgendermaßen: „Die Schlacht von Tannenberg ist ein lehrreiches Ereignis auch deshalb, weil man von ihr keineswegs weiß, was man von ihr angesichts ihrer Bedeutung zu wissen glaubt. Die spätere Interpretation der Schlacht hat sich so sehr vor diese selbst geschoben, daß man sich jahrzehntelang mit sekundären Nachrichten zufriedengegeben und nicht danach gefragt hat, was man denn hier wirklich wissen kann, was die Quellen mit Sicherheit überliefern.“¹ Nun will Steinberg keineswegs eine Neuinterpretation der Schlacht abgeben. Er orientiert sich dagegen an einer Prosa, die bereits vor rund 150 Jahre erschien und nie Anspruch auf die historische Wahrheit erhob: nämlich an Ernst Wiecherts historischem Roman „Heinrich von Plauen“. Mit Verlaub: Was hat eine solche „Quelle“ unkommentiert in einem historischen Abriss zu suchen? Steinberg strickt damit alte Mythen fort, wie beispielsweise die Überreichung der Schwerter an Jagiello und Witolt durch Ulrich von Jungingen (S. 20).

Was wir zum 20. Jahrhundert lesen, ist nicht minder fragwürdig. Ganz sicher erinnert das Tannenbergdenkmal heute nicht mehr an den „Kampf deutscher und russischer Armeeeinheiten im Jahre 1914“

¹ Hartmut Boockmann, *Ostpreußen und Westpreußen*. Berlin 1992 (Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 184.

(S. 28). Es steht nämlich schon lange nicht mehr. Weiter heißt es: „Nach Kriegsende [Erster Weltkrieg; L. M.] fiel[en] (...) große Teile Ostpreußens an Litauen.“ (S. 28). Gemeint ist dabei wohl das Memelgebiet, das so aber nicht benannt wird. Dann: „1923 wurde das Memelgebiet jedoch von Litauen annektiert (...)“ (S. 30), als ob es sich um einen gänzlich anderen Teil Ostpreußens handelte als den eben erwähnten. Völlig nebulös sind die Ausführungen zu einem „Litauischen Bund“ in Kaunas, von dem wir nur erfahren, dass „ein vorrangiges Ziel war, die [litauische] Nationalpartei zu stürzen und die zahlreichen politischen Opfer vorwiegend aus dem Bannfeld der UdSSR und dem Deutschen Reich zu retten“ (S. 29). Dass Litauen 1940 seine Unabhängigkeit verlor, lag nach Steinberg an den „inneren sozialen und parteipolitischen Spannungen“ (S. 30); es fällt kein Wort zum Hitler-Stalin-Pakt. Fehlerhaft sind zudem auch einzelne Angaben zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen nach 1945.

Was uns Steinberg im Weiteren als „Ostpreußische Geschichten“ verkauft, ist die Niederschrift dreier ostpreußischer Biografien. Sie sind weder gut erzählt, noch erfahren wir etwas über Ostpreußen, was nicht schon woanders und vor allem besser zu lesen gewesen wäre – bei allem Respekt vor den Lebensläufen, die der Autor in das Licht der Öffentlichkeit stellt. Er hat es auch nicht vermocht, den gesammelten Stoff sinnvoll zu gewichten. Die Schilderung von unbeschwerten Kindheiten in Ostpreußen sind zu ausufernd und wirken doch allesamt farblos und stereotyp. Wo es interessant werden könnte, hört Steinberg zu erzählen auf. So spielt in der zweiten Erzählung der „Litauische Bund“ anfangs eine tragende Rolle, ohne dass man mehr über ihn erfährt als im historischen Teil des Buches; dann verliert sich die Handlung im Privaten und – leider – Banalen. Oder die Geschichte von Erna Sempff, die 1945 auf Anweisung eines sowjetischen Kommandanten mit einem fremden Polen „zwangsverheiratet“ wird, um als Erna Kempinski weiterhin in Ostpreußen leben zu können. Sie bleibt mit diesem Mann ein Leben lang verbunden, hat zwei Kinder mit ihm und kommt nach 1990 als Spätaussiedlerin nach Deutschland. Eine spannende Biografie, doch erfahren wir nichts über das Zusammenleben der beiden, außer dass man „ein harmonisches, glückliches Leben“ (S. 203) geführt habe. Kein Wort über Sprach- oder Identifikationsprobleme, Konflikte bei der Erziehung der Kinder. Wenn die Protagonistin beispielsweise 1950 ihre deutsche Freundin, die ebenfalls mit einem Polen verheiratet ist, im nun polnischen Hohenstein besucht, liest sich das so: „Jerzy und Hermines Mann saßen nur verständnisvoll grinsend in der Ecke, als wir ‚Restdeutsche‘ vergange-

ne Tage wie alte Ostpreußen wieder auferstehen ließen“ (S. 205). So geht es das ganze Buch und dabei fließt wahlweise Wodka oder der gute Ostpreußenschnaps „Bärenfang“ in Strömen. Klischees bedient Steinberg gar zu gern. So ist der Kaliningrader Michail Wolkow natürlich „das Urbild eines russischen Bären“ mit reichlich russischer „Säule“. Unerträglich geradezu das immer wiederkehrende Radebrechen der Russen im Stil wie: „Wodka nix gutt für kleine Mäddden, Wodka nur gutt für Säule von arme Soldat!“ (S. 194).

Der Serviceteil des Buches hat den Anspruch, die wichtigsten Adressen für alle Ostpreußen-Interessierten aufzuführen. Nach welchen Kriterien allerdings die Auswahl der Reisebüros und Heimatzeitungen getroffen wurde, bleibt dabei rätselhaft.

Man hätte dem Buch einen guten Lektor gewünscht, der nicht nur sprachliche Fehler und stilistische Mängel korrigiert, sondern auch mit historischem Sachverstand einen kritischen Blick auf das Manuskript geworfen hätte. Derzeit sind im Buchhandel über 500 Titel unterschiedlichster Couleur zu „Ostpreußen“ lieferbar. Das zeugt von ungebrochenem Interesse am Thema – für Verlage offenbar nach wie vor ein gutes Geschäft. Es bleibt am Ende die Frage, ob nicht auch dies der Grund war, unter diesem prosaischen Titel solch einen „Schnellschuss“ zu veröffentlichen.

Leonore Martin, Berlin

Yvonne Luven, Der Kult der Hausschlange. Eine Studie zur Religionsgeschichte der Letten und Litauer. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2001, 499 S. (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 17).

Mit der Aufnahme von Yvonne Luvens Dissertation in die Reihe „Quellen und Studien zur baltischen Geschichte“ bekennt sich die Baltische Historische Kommission zu einem erstaunlich weiten Geschichtsbegriff. Das Dach der Geschichtswissenschaften ist bekanntlich ausladend, und was sich historisch gibt, findet sicherlich irgendwo seinen Platz darunter. Was aber ist die Religions-„Geschichte“, wie Luven sie betreibt, und wie lange gehört sie – noch – zur Historie? Vorgestellt wird ein beeindruckendes Quellenmaterial, das von biolo-

gischen Beschreibungen der im Baltikum lebenden Schlangenarten über eine Darstellung des Wortfeldes „Schlange“ im Lettischen und Litauischen hin zu Zaubersprüchen, Sagen und den berühmten Volksliedern der Balten, den Dainas (lett.) oder Dainos (lit.), letztendlich auch zu historischen Quellen, vornehmlich Beschreibungen des lettischen und litauischen Aberglaubens aus der Feder der jeweils herrschenden Schicht aus dem 12. bis zum 18. Jahrhundert, führt. Diese breite Basis nutzt Luven in erster Linie, um die „ursprünglichen religiösen Verhältnisse“ (S. 316) der Balten zu rekonstruieren und den Beweis einer ahistorischen religiösen Kontinuität zu führen – und verabschiedet sich damit von einer historischen Arbeitsweise, wie weit auch immer man deren Grenzen ziehen will.

Ihr bereits im Vorwort erklärtes Ziel ist der Nachweis, dass nicht nur Griechen und Inder, sondern eben auch die Balten eine Wiederverkörperungslehre gekannt hätten, nach der die Verstorbenen sich nach dem Tod u.a. in Schlangen verwandelten, um in dieser Form über die Fruchtbarkeit der Felder und des Viehs zu gebieten und dem Haus Glück zu bringen (S. XVIII). Doch lässt sie uns im Unklaren darüber, zu welcher Zeit die Praxis des Schlangenkults tatsächlich bei den Balten allgemein verbreitet war und inwieweit aus den Quellen über den Kult tatsächlich ein so weitreichendes Erklärungssystem abgeleitet werden kann. Wenn sie zu Beginn ihrer Einleitung kundtut, die Balten hätten in der Zwischenkriegszeit als „klassisches Beispiel für religiöse Schlangenverehrung in Europa“ gegolten (S. 1), könnte man meinen, sie wolle ein zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch lebendiges Brauchtum beschreiben und seine Wurzeln aufzeigen. Doch selbst wenn sie erklärt, den „religiösen Alltag“ untersuchen zu wollen, zieht es sie eindeutig eher zur hinter den Beschreibungen der religiösen Praxis aufschimmernden Mythologie der alteuropäischen Religionen (S. XVI). Der fehlende konkrete historische Kontext lässt zusammen mit den etwas zufällig und wenig systematisch wirkenden Verweisen auf indische, griechische und germanische Vorstellungen, so interessant sie auch sein mögen, unliebsame Erinnerungen an Zeiten aufkommen, in denen (indo)germanische Kontinuitäten um jeden Preis konstruiert werden mussten. Warum die zuerst bewusste (S. 4), später durch einige Vergleiche (S. 262 f. u. 286) wieder aufgehobene Einschränkung auf die indogermanische Religion, wenn sie doch selbst eingestehen muss, dass die Verehrung von Schlangen ein transreligiöses Phänomen ist (S. 121 ff.)? Hierzu fehlt eine klärende Stellungnahme, die über die kurze Kritik an der „überanstrengten Migrations-theorie“ des 19. Jahrhunderts hätte hinausführen müssen (S. 42 ff.).

Methodisch und inhaltlich interessanter wäre es allemal gewesen, nicht die Balten miteinander, sondern mit den finnougri-schen Nachbarn, den Esten, gerade trotz der unterschiedlichen vorchristlichen Religionsform zu vergleichen. Für einen solchen Vergleich wäre Yvonne Luven im besonderen Maße prädestiniert gewesen, beherrscht sie doch alle drei Sprachen des Baltikums. Mit der gewählten baltisch-indoeuropäischen Ausrichtung ihrer Arbeit hat sie aber die Verpflichtung auf sich genommen, sich mit der Geschichte ihres eigenen Forschungsansatzes auseinanderzusetzen und sich damit selbst zu hinterfragen. Hiervor zieht sie sich jedoch zu schnell auf die Darstellung der unterschiedlichen Interpretationsansätze des Schlangenkults zurück, die zudem kaum systematisiert und kritisiert werden und somit weitgehend aussagelos bleiben. Dies ist umso tragischer, als sie sich auch nicht die Mühe macht, den Leser durch eine klare Darlegung der von ihr angewandten Methoden und den Forschungstraditionen, in denen sie stehen, zu gewinnen. So bleibt es unklar, ob Luven historisch, volkscundlich oder religionswissenschaftlich arbeitet. Das Fehlen eines explizit historischen Ansatzes und der bedenkenlose Umgang mit langen Kontinuitätslinien, denen die neue deutsche Volkskunde argwöhnisch gegenübersteht,¹ legen es nahe, dass sich die Arbeit wohl tatsächlich als Beitrag zur Religionswissenschaft versteht – ein Verdacht übrigens, den die Literaturverweise untermauern. Gerade in diese nach wie vor „unbekannte“² Disziplin hätte Luven aber unbedingt grundlegend einführen müssen, um ihr eigenes Vorgehen und ihre Beweisführung nachvollziehbar zu machen. Aus kulturanthropologischer Perspektive steht man Ansätzen, die religiöse Vorstellungen als Ideensysteme begreifen, die von der sozialen und historischen Kontextualisierung weitgehend unabhängig sind und somit auch eigenständig untersucht werden können, ratlos bis skeptisch gegenüber;³ in der Historiografie könnten sich wohl allein

¹ Gottfried Korff, *Volkscundliche Frömmigkeits- und Symbolforschung nach 1945*, in: *Deutsche Volkskunde – Französische Ethnologie. Zwei Standortbestimmungen*, hrsg. v. Isac Chiva u. Utz Jeggle. Frankfurt a.M./New York 1987, S. 244-270.

² *Die Identität der Religionswissenschaft. Beiträge zum Verständnis einer unbekanntesten Disziplin*, hrsg. v. Gebhard Löhr. Frankfurt a.M. (u.a.) 2002 (Greifswalder theologische Forschungen. 2).

³ Frank Robert Vivalo, *Handbuch der Kulturanthropologie. Eine grundlegende Einführung*, hrsg. u. mit einer Einl. v. Justin Stagl. Stuttgart 1981, S. 271 f.

Ideenhistoriker mit einem solchen Vorgehen anfreunden. Die fehlende Standortbestimmung zwischen Folklore, Religion und Historie gibt der Studie einen faden, unklaren Geschmack. Ohne die notwendige Prisse Theorie köchelt Luven im engen Bereich der baltischen Folkloristik, ohne den Versuch zu wagen, neuere Erkenntnisse der volkskundlichen Religions- und Erzählforschung in West und Ost zu beachten. So erstaunt ihr relativ kritikloser Umgang mit den Werken von Wilhelm Mannhardt vom Ende des 19. Jahrhunderts und den zweifelhaften Vermutungen von Marija Gimbutas bzw. Gimbutienė, die den Beweis eines vorchristlichen Matriarchats im Baltikum führen will. Da Luven sich einer umfassenden einführenden und klärenden Stellungnahme zu ihren Vorgängern bis auf einige Ausnahmen, die sich jedoch auf die Ergebnisse, nicht aber auf die Grundlagen der Forschungen beziehen, konsequent entzieht, fällt es denn auch schwer, das von ihr Geleistete zu erkennen und zu bewerten.

Auch den Hauptteilen der vorliegenden Arbeit fehlt die überzeugende Struktur. Warum werden die mündlichen vor den historischen Quellen abgearbeitet? Der Beweisführung wäre es wohl kaum abträglich gewesen, die Zeitfolge der Niederschrift einzuhalten, und vielleicht hätten sogar einige inhaltliche Wiederholungen dadurch vermieden werden können. Leider sind die Momente der Zusammenschau der unterschiedlichen Quellengruppen ohnehin selten, wie auch der an sich schöne und umfangreiche Anhang (S. 325-460) mit den wichtigsten lettischen und litauischen „Sätzen des Volksglaubens“ wenig Bezug zum Text hat und somit nutzlos bleibt. Vielleicht wäre es auch sinnvoll gewesen, nicht von „historischen“ und „folkloristischen“ Quellen, sondern von Fremdzuschreibungen und Selbstaussagen zu sprechen. Dies hätte die literarische Komponente der „historischen“ Quellen stärker betont und die Aufmerksamkeit auf die Übernahme von Fremdzuschreibungen in das Selbstbild der Balten im 19. Jahrhundert gelenkt. Dadurch wiederum hätte das höchst interessante Übergangsgebiet zwischen Realität und Konstruktion der baltischen Identität thematisiert werden können – ein Gebiet übrigens, auf dem gerade der volkskundlichen Forschung eine besondere Rolle zukommt.

Sprachlich macht Luven es dem nicht religionswissenschaftlich gebildeten Leser – und mit dem hat sie es ja, zumindest in dieser Reihe, vor allem zu tun – durch ihre Angewohnheit schwer, Definitionen von fachinternen Termini gar nicht oder erst lange nach der Erstnennung zu geben. Wer weiß schon auf Anhieb genau zu sagen, was ein „Psychopompos“ ist? Hölzern klingt ihre Übersetzung des Genres

der lett. *ticējumi* und lit. *tikėjimai* mit „Sätze des Volksglaubens“, die vielleicht einfach „Volkssprüche“ hätten genannt werden können. Auch hier wäre übrigens eine genauere Auseinandersetzung mit der schier end- und mitunter auch fruchtlosen Diskussion um die Genres in der mündlichen Überlieferung angebracht gewesen, wie sie in der Germanistik und Volkskunde geführt wird. Leider ist auch ihre Zitierweise nicht immer geglückt. Die Einbeziehung der vielen Quellenzitate in den Text hätte, etwa durch konsequente Verbannung der häufigen lettischen, litauischen und lateinischen Zitate in die Fußnoten zugunsten eines rein deutschen Textverlaufs und der Textlogik folgenden Verweisen auf die unterschiedlichen Lieder- und Sagentypen, leserfreundlicher gestaltet werden können. So unterstützt ihr zögerlicher und mitunter verschwommener Sprachstil die angesprochenen Mängel in der Theorie und Kenntlichmachung der eigenen Position.

Inhaltlich scheint Luven zu stark auf die großen Herren des baltischen Schlangenkultes, v.a. aber auf Haralds Biezais, fixiert zu sein. Dadurch vergibt sie es sich und dem Thema, wirklich Neues zu bringen. Zu ihrer Hauptaussage und deren religionswissenschaftlichen Herleitung kann jedoch weder aus historischer noch volkskundlicher Sicht viel gesagt werden, da sie und ihre Bedeutung letztendlich nicht nachvollziehbar bleiben. Hier muss sie sich der Kritik ihres Faches stellen. Sicherlich mag der Hausschlängenkult ideengeschichtlich auf eine allgemeine indoeuropäische Wiederverkörperungslehre zurückzuführen sein, doch schließt sich an diese Feststellung eine Reihe von leider ungestellten Fragen an, die auf den konkreten historischen und sozialen Kontext zurückführen. Ungeklärt bleibt etwa, welche Brüche die großen Umwälzungen der Bauernbefreiung, Industrialisierung und Modernisierung im 19. Jahrhundert in der baltischen Gesellschaft und somit auch im vorgestellten Kult bewirkt haben und welche Bedeutung dieser Kult seit dem Beginn der Verschriftlichung der Volksüberlieferungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für welche Schicht der lettischen und litauischen Bevölkerung tatsächlich hatte. Es gehört zur grundlegenden methodischen Problematik für alle auf historische Quellen angewiesenen Forschungsrichtungen im Baltikum, bis weit ins 19. Jahrhundert hinein über keinerlei Selbstaussagen der baltischen Völker zu verfügen. Rekonstruktionen des fehlenden Quellenmaterials mit Hilfe der später aufgezeichneten mündlichen Überlieferung sind sicherlich möglich und wichtig für die Geschichtsschreibung der weitgehend „geschichtslosen“ Völker des Baltikums, doch besteht hierbei besonders die Gefahr der Fort-

schreibung alter Fremdvorstellungen und Stereotype. Auf Letten und Litauer wurde bereits in den frühesten Quellen gerne das griechisch-römische Interpretationssystem übertragen – wie weit diese Fremdbeschreibung tatsächlich der kulturellen Realität entsprach, kann kaum noch nachgewiesen werden. Fakt ist, dass die Darstellung des Aberglaubens für die jeweiligen Herrscher im Baltikum ein Mittel zum Machterhalt und Machtausbau war. Die Übernahme solcher Fremdzuschreibungen als wesentlicher Bestandteil der eigenen Identität ist in der Fremdheitsforschung ein bekanntes Phänomen.⁴ So stellt sich hier wiederum die Frage, welche Funktion die Berichterstattung über den Hausschlängenkult damals und heute hat. Den Schlangen wurde wohl auf der ganzen Welt auf irgendeine und vielleicht mitunter sogar ähnliche Weise besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht – darin stellen die Balten keine Ausnahme dar. Das besondere Alter der baltischen mündlichen Überlieferung gewinnt jedoch erst durch ihre Verankerung im religiösen Alltag und der kultischen Praxis an Bedeutung. Und hier gäbe es sicherlich aktuellere Beispiele als die Erwähnung aus den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts (S. 118). Noch in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden im südöstlichen Teil Estlands, sicherlich einem besonderen europäischen Reliktgebiet, Sagen vom Schlangenkönig erzählt, Abwehrzauber gegen Schlangenbisse weitergegeben, wurde Schlangenschnaps aufgesetzt und unter den Folgen der Schlangentötung gelitten.⁵ Dort und sicherlich auch in der Peripherie Lettlands und Litauens gibt es noch Menschen, die man befragen könnte, ob sie denn in den Haus-

⁴ Herfried Münkler, Bernd Ladwig, Dimensionen der Fremdheit, in: Furcht und Faszination. Facetten der Fremdheit, hrsg. v. Herfried Münkler unter Mitarbeit v. Bernd Ladwig, Berlin 1997 (Studien und Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe „Die Herausforderung durch das Fremde“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften), S. 11-44, hier S. 23, wobei hier allein die negative Seite der Identitätsbildung durch Fremd- und schließlich Selbstexklusion behandelt wird.

⁵ Im Estnischen Literaturmuseum finden sich unter der Signatur EFA Valk I-X die Materialien der von Heiki Valk geleiteten interdisziplinären Feldforschungen in Setomaa in den Jahren 1994–1996, die zahlreiche Verweise auf den „Schlangenkult der Esten“ enthalten. Die Materialien des Jahres 1997 werden in nächster Zeit auch dort zu finden sein. Trotz aller Ähnlichkeiten muss auf die signifikanten Unterschiede zu den baltischen Materialien hingewiesen werden. Das Phänomen der Hausschlange scheint hier weniger bekannt zu sein. Umso häufiger finden sich jedoch Verweise auf eine „Schlangenkrankheit“, die Säuglinge befällt, deren Mütter während der Schwangerschaft von Schlangen erschreckt wurden.

schlangen tatsächlich ihre Ahnen verehren. Weiterhin gilt jedenfalls die volkskundliche Grundregel: Wenn Kontinuität, dann „Kontinuität im Wandel“.⁶

Ulrike Plath, Hamburg

⁶ Korff, Frömmigkeitsforschung (wie Anm. 1), S. 267.

Gertrud Bense, „Giedojam taw – Wir singen Dir“. Zur Textgeschichte der preußisch-litauischen Gesangbücher im 18. Jahrhundert. Mit besonderer Berücksichtigung der Liedersammlung von Fabian Ulrich Glaser (1688–1747) und ihrem Umfeld. Frankfurt a.M. (u.a.): Peter Lang Verlag 2001, 227 S., 7 Abbildungen (Hallesche Sprach- und Textforschung. 8).

Gertrud Bense ist in baptistischen Kreisen durch eine Vielzahl von Einzelstudien als gute Kennerin des preußisch-litauischen Schrifttums des 18. Jahrhunderts bekannt. Nach einer Vielzahl von Aufsätzen zum preußisch-litauischen Kirchenlied, dem ihr besonderes Forschungsinteresse gilt, legte sie nun mit „Giedojam taw“ erstmals eine zusammenfassende Abhandlung zu dieser Thematik vor.

Die litauischen evangelischen Kirchenlieder stellten in der litauischen philologischen und literaturwissenschaftlichen Forschung eine in der Vergangenheit vernachlässigte Textgattung dar. Mit dem zweifachen Makel behaftet, Bestandteil des religiösen Schrifttums und darüber hinaus noch Übersetzungsliteratur zu sein, standen sie lange Zeit außerhalb des offiziellen Forschungsinteresses. Erst Anfang der 1990er Jahre lässt sich eine Intensivierung der Forschungstätigkeit durch die Arbeiten von Dainora Pociūtė¹ und im deutschsprachigen Raum durch die Arbeiten von Gertrud Bense beobachten.

¹ Dainora Pociūtė, XVI-XVII a. Prūsų Lietuvos bažnytiniių giesmių kilmė ir pobūdis (Die Entstehung und Charakter der preußisch-litauischen Kirchenlieder im 16. und 17. Jahrhundert), in: Senosios literatūros žanrai (Gattungen der alten Literatur). Vilnius 1992, S. 9-71; dies., XVI-XVII a. protestantų bažnytinės giesmės (Protestantische Kirchenlieder 16. bis 17. Jahrhundert). Vilnius 1995.

Obwohl die litauischen Kirchenlieder in ihrer Mehrzahl auf fremdsprachige, zumeist deutschsprachige Vorlagen zurückgehen, spricht sich Gertrud Bense vehement gegen deren Subsumierung unter dem negativ konnotierten Begriff der Übersetzungsliteratur aus. Anders als bei der Übersetzung kanonischer religiöser Texte kann der „Übersetzer“ von Kirchenliedern freier mit der Vorlage umgehen, sie kann mehrfach übersetzt werden. Insofern ist die Übersetzung von Kirchenliedern mit der Übersetzung schöngeistiger Literatur vergleichbar. Dementsprechend, so die Argumentation Benses, ist der „übersetzte“ Liedertext ein authentischer Text, der Produzent dieser „Übersetzung“ dementsprechend der Autor. Dieser Auffassung trägt sie Rechnung durch die Einführung des Begriffes „Litauisch-Autor“, worunter sie den Urheber der litauischen Version eines Gesangbuchtextes verstanden wissen will. Mit diesem Konstrukt entzieht sie sich geschickt der Diskussion um die ethnische Zugehörigkeit der jeweiligen Liederschöpfer.

In „Giedojam taw“ begibt sich Gertrud Bense auf Spurensuche, wobei ihr Interesse nicht in erster Linie dem litauischen Kirchenlied selbst, sondern den Produzenten der litauischen Versionen und den deutschsprachigen Vorlagen gilt. Mit kriminalistischem Gespür fördert sie verlorengegangenes Wissen zu den Liederdichtern zutage, mit Akribie identifiziert sie die deutschsprachigen Vorlagen. Zur Illustration führt Bense umfangreiche litauische Liedpassagen an, denen sie eine interlineare deutsche Übersetzung beigibt, sodass auch des Litauischen nicht Kundige die jeweiligen Textversionen vergleichen können.

Ihrer Thematik nähert sich die Autorin retrospektiv. Ausgehend von einem preußisch-litauischen Gesangbuch aus dem Jahre 1936 aus ihrem Privatbesitz, das ihr auch für die kommenden Überlegungen immer wieder als Bezugspunkt dient, verfolgt sie die Tradierung von Kirchenliedern in den einzelnen Gesangbüchern, beginnend von den Anfängen bis hinein in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Ausführlich beschreibt sie den Aufbau des Gesangbuches – in dessen Mehrteiligkeit sich gewissermaßen die Geschichte des offiziellen preußisch-litauischen evangelischen Gesangbuches widerspiegelt – sowie die Struktur der Liedüberschriften, die sie anhand sehr umfangreicher Textbeispiele illustriert. Auf viele dieser Textbeispiele hätte die Verf. auch verzichten können, insbesondere dann, wenn sie diese allein zum Nachweis der Autorennamen benutzt (S. 48 f.).

Die Gegebenheiten des Gesangbuches von 1936 veranlassen die Verf. zur Entwicklung eines Fragenkatalogs, den sie entlang der Chronologie der Gesangbuchausgaben abarbeitet und um neue Fragestellungen erweitert.

Da ist zunächst das Problem der sog. anonymen Lieder. Die Tatsache, dass im Gesangbuch von 1936 eine Vielzahl von „Litauisch-Autoren“ ungenannt bleibt, veranlasst Gertrud Bense, nach deren Spuren in früheren preußisch-litauischen Gesangbuchausgaben zu suchen. Nach und nach gelingt es ihr, diese zu identifizieren und kurze biographische Informationen zu liefern.

Aus der Mehrteiligkeit des Gesangbuches entwickelt Bense dann einen zweiten Problembereich: den der Herkunft der einzelnen Teile. Durch den Textvergleich mit anderen Gesangbuchausgaben kann sie den ersten Teil des Gesangbuches auf das Quandt-Behrendische Gesangbuch von 1732 und den zweiten Teil auf die Glasersche Liedersammlung von 1736 zurückführen, die beide von Adam Friedrich Schimmelpfennig redaktionell bearbeitet und 1750 in einem Gesangbuch zusammengeführt wurden. Diese Tatsache ist allgemein bekannt; ihr Informationswert besteht für die Autorin darin, dass sich diese Zweiteilung auch noch im 1936er Gesangbuch erkennen lässt.

Großen Raum nimmt die Diskussion um das Problem von Mehrfachübersetzungen ein und derselben deutschen Vorlage ein (S. 72-104). Von einer Vielzahl der deutschen Kirchenlieder liegen mehrere litauische Fassungen vor, sei es, dass ältere Fassungen im Laufe der Jahrhunderte in Vergessenheit gerieten und deshalb neu übersetzt wurden, sei es, dass eine ältere litauische Fassung nicht mehr befriedigte und das entsprechende Lied deshalb überarbeitet oder neu übersetzt wurde. Das besondere Interesse Benses gilt dem Nebeneinander von zwei auf eine gemeinsame deutsche Vorlage zurückgehenden litauischen Liedtexten, wie es zuweilen im 1936er Gesangbuch zu beobachten ist. Die Tatsache, dass es zu einem als Vorlage dienenden Original zwei Übersetzungen gibt, die nebeneinander bestehen können, dient ihr als Argument für ihre Auffassung, übersetzte Kirchenlieder als authentische Texte zu betrachten.

Den Hauptteil der Monografie bildet das Werk Fabian Ulrich Glasers (S. 105-190), auf das auch im Untertitel Bezug genommen wird. Fabian Ulrich Glaser, ostpreußischer Pfarrer und Herausgeber der Liedersammlung „Kélos Nobažnos Giesmes“, spielte in der wissenschaftlichen Literatur zur Gesangbuchproblematik bisher eine untergeordnete Rolle, gehörte er doch nicht zu den herausragenden Persönlichkeiten des preußisch-litauischen Geisteslebens. Für Ger-

trud Bense ist er ein typischer Vertreter der preußisch-litauischen Pfarrerschaft, und als solchen benutzt sie ihn und sein Werk, um die Gesangbucharbeit im 18. Jahrhundert zu erläutern.

Nach einigen biografischen Angaben und einer Einführung in die Glasersche Liedersammlung setzt sie sich mit der in der Litanistik eingebürgerten These auseinander, dass Glasers deutschsprachige Vorlagen vorwiegend aus dem erstmals 1704 (2. Teil 1714) in Halle erschienenen pietistischen „Geistreichen Gesangbuch“ von Johann Anastasius Freylinghausen entnommen sind. Auf Grund offenkundiger Übereinstimmungen insbesondere im Hinblick auf die Struktur, geht Bense davon aus, dass Glaser das 1731 in Königsberg erschienene Gesangbuch von Georg Friedrich Rogall benutzt hat, das seinerseits jedoch auf das Gesangbuch von Freylinghausen zurückgeht. Um diesen Standpunkt zu untermauern, gibt sie eine Übersicht sämtlicher Glaserlieder bei, in der sie neben den deutschen Autoren auch akribisch die Verbreitung der entsprechenden Lieder in den Gesangbüchern von Freylinghausen und Rogall und darüber hinaus auch in anderen zeitgenössischen Königsberger Gesangbüchern notiert.

Dass Gertrud Bense mit der Liedersammlung von Fabian Ulrich Glaser eine Nebenlinie des offiziellen Gesangbuches in den Mittelpunkt stellt, ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass sich ein Exemplar der Glaserschen Liedersammlung in der Bibliothek der Franckeschen Stiftungen befindet. Überhaupt gewinnt man bei der Lektüre zuweilen den Eindruck, dass das wissenschaftliche Interesse der Autorin in besonderem Maße von der Zugänglichkeit von Quellen, insbesondere in Halle, gesteuert wird. In Halle vorhandene Quellen verleiten sie immer wieder zu ausführlichen Exkursen, während nicht in Halle vorhandene, für den Gesamtzusammenhang jedoch wichtige Quellen, wie die einzelnen Gesangbuchausgaben, nur unzureichend rezipiert wurden. Hier muss sie sich in ihren Ausführungen vielfach auf Sekundärliteratur stützen, obwohl eine Anzahl von Gesangbüchern in Deutschland durchaus zugänglich ist.

Neben der Liedersammlung hat Glaser auch eine „Hauß-, Schul- und Kirchengzucht“ verfasst. Diese bisher nahezu unbekanntes Handschrift veranlasst die Autorin zu einem Exkurs (S. 144-183). Sie rechtfertigt diesen mit dem Hinweis auf darin enthaltene ca. 100 Liedertexte. Diese Liederfragmente – es handelt sich zumeist um einzelne Verse, die auch als Gebetsverse aufgefasst werden können – versucht sie dem gedruckten Liedschaffen von Glaser oder einer anderen Quelle zuzuordnen. Ausführlich setzt sie sich auch hier mit der Behauptung „übersetzt aus Freylinghausen“ auseinander. Dass sie der

Diskussion dieser These so viel Raum einräumt, scheint unverständlich, ist doch für die Qualität der Textvorlage letztlich nicht entscheidend, woraus übersetzt wurde, zumal die Autorin selbst einräumt, dass die Liedtexte in den von ihr untersuchten Gesangbüchern im Wesentlichen identisch sind.

Zum Schluss ihres Buches führt Gertrud Bense die Darstellung der Gesangbuchtraditionen bis ins 20. Jahrhundert fort, wobei die Bemerkungen zu den Gesangbuch-Ausgaben im 19. und 20. Jahrhundert leider außerordentlich kurz ausfallen (S. 197-207).

„Giedojam taw“ bietet einen guten Überblick über die Ausgaben des preußisch-litauischen Gesangbuches, wie er für den deutschsprachigen Leser bisher nicht zur Verfügung stand. Die besprochenen Einzelprobleme fassen im Wesentlichen die Aussagen der Aufsätze von Gertrud Bense zusammen. Durch die Identifizierung der deutschsprachigen Vorlagen und die Bewusstmachung von Problembereichen hat Gertrud Bense Voraussetzungen für die weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem evangelischen preußisch-litauischen Kirchenlied geschaffen. Es bleibt zu wünschen, dass ihr Plädoyer für das Kirchenlied als Gegenstand sprach-, translations- und literaturwissenschaftlicher Forschungen nicht ungehört bleibt.

Christiane Schiller, Halle a.d. Saale

Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Robert Traba. Osnabrück: fibre 2000, 196 S. (Einzelveroffentlichung des Deutschen Historischen Instituts Warschau. 3).

Vorliegender Band reiht sich ein in zahlreiche wichtige Untersuchungen über Regionen und ethnische Gruppen im sprachlich-kulturellen Grenzland Ostmitteleuropas. In seinem Mittelpunkt steht die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung in einem nicht mehr existenten, weitgehend aus dem heutigen deutschen Bewusstsein verschwundenen Gebiet, nämlich „Preußisch Litauen“ bzw. „Kleinlitauen“, das ähnlich wie vergleichbare Regionen und deren ethnische Gruppen in Europa (Masuren, Schlesien, Kaschubei) eine ausgeprägte kulturelle und nationale Differenzierung im Spannungsfeld zweier

ausgeprägter Nationalismen aufweist. Der Herausgeber der Publikation, der polnische Historiker und Spezialist für Mentalitätsgeschichte in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Robert Traba, verweist in seiner umfassenden „Einführung“, immer wieder den Vergleich mit anderen Regionen und ethnischen Gruppen suchend, auf zwei, die Untersuchungen zu Prozessen des modernen Sozial- und Nationalitätenwandels in den letzten Jahren bestimmende Hauptbegriffe: das Vereinsleben und die Modernisierung. Mit Recht erhebt er die Forderung, diese in einem breiteren Kontext zu untersuchen, um damit den Einfluss der Modernisierung auf die Tradition zu verdeutlichen. Ein grundsätzliches Problem stellt, in den Kategorien der Modernisierung gesehen, das Verhältnis von Minderheit und Mehrheit im Spannungsfeld nationaler und staatlicher Einigungsbestrebungen dar, aus dem sich Traba zufolge folgende Krisen ergeben: 1. eine Partizipationskrise, die zu Konflikten zwischen traditionellen Eliten und bisher Unterprivilegierten führt, 2. eine Integrationskrise, die durch den emanzipatorischen Kampf zur Überwindung regionaler sozialer und kultureller Unterschiede ausgelöst wird, 3. eine Penetrationskrise, die mit dem Aufbau und der Wirkung moderner Bürokratie und zentralisierenden Tendenzen einher geht. Die Selbstmodernisierung wird beim Fehlen eines eigenen Staates in den Grenzübereinander unterschiedlicher Kulturen und Völker als eine bei Modernisierungsuntersuchungen bisher zumeist marginal betrachtete Bedingung für die Nationsbildung angesehen; sie spielt aber gerade bei den sich dynamisch entwickelnden nationalen Bewegungen im östlichen Europa eine entscheidende und wichtige Rolle. Dabei blieb die umfassend verstandene Kultur nicht selten der einzige „öffentliche Lebensraum, in dem Modernisierungsvorhaben realisiert werden konnten“ (S. 15). Im kleinlitauischen Falle hatte die preußische Verfassung von 1850 mit Presse- und Vereinigungsfreiheit dafür die Rahmenbedingungen gewährt. Das Vereinsleben – 1885 wurde die erste nationale Vereinigung „Birutė“ gegründet – stellt einen zweiten Schlüsselbegriff für die Untersuchung des soziokulturellen Wandels im Prozess der Wechselwirkungen von Sprachen, Kulturen und Bräuchen sowie der Suche nach Selbstbewusstsein dar. Vor allem die Vereine sind als ein wichtiges Bindeglied zwischen der Gesellschaft und den nationalen und politischen Ideen der Eliten anzusehen. Mit der Gründung eigenständiger litauischer politischer Vertretungen konnte sich die moderne nationale Bewegung konstituieren. Zur Untersuchung des quantitativen und qualitativen Wandels nationaler Verhältnisse im Umfeld des Ersten Weltkrieges werden vom Heraus-

geber in einer Anlage repräsentative Berichte von Provinzialbehörden und Selbstvorstellungen von Mitgliedern verschiedener Organisationen aus den Jahren 1909, 1914 und 1922 beigelegt (S. 25-53), die ein vielfältiges Mosaik kollektiver, sich unter den konkreten politischen Umständen wandelnder, fließender bzw. sich zunehmend polarisierender multipler Identitäten zeigen und damit Kontinuität und Wandel des Vereinslebens der Kleinlitauer in Ostpreußen Ende des 19. bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts verdeutlichen helfen. Von entscheidender Bedeutung für die Veränderung des kollektiven Bewusstseins und des Vereinslebens sind die Folgen des Ersten Weltkrieges anzusehen, die Robert Traba für die Preußisch-Litauer in der Gründung des litauischen Staates als einem nationsbildenden Faktor und einem Ausgleich für die Einflüsse des deutschen Staates und in der verstärkten Politisierung der nationalen Minderheiten durch beide Staaten sieht.

Die Autoren des Bandes, Historiker und Kulturwissenschaftler aus Deutschland, Litauen und Polen, haben sich in ihren Beiträgen zum Ziel gesetzt, die sozialkulturellen Wandlungen als Folgen von Akkulturations- und Assimilationsprozessen wie auch die Veränderungen im kollektiven Bewusstsein der Preußisch-Litauer am Übergang zum 20. Jahrhundert näher zu untersuchen. Sie gehen dabei zumindest auf einen der die erwähnten wichtigen Problemkreise bezeichnenden Begriffe ein. So untersucht Vygantas Vareikis den Einfluss der in erster Linie durch die ökonomische Modernisierung im Deutschen Reich hervorgerufenen Migrationsprozesse und deren weitreichende Folgen für den Wandel der traditionellen sozialen, vor allem agrarisch geprägten Struktur Kleinlitauens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dem nach dem Anschluss des Memellandes an Litauen 1923 eine politisch motivierte Aus- und Zuwanderung bzw. eine rasche litauische Kolonisierung folgte. Die soziale Basis der Kleinlitauer blieb bei all diesen Veränderungen allerdings in Gestalt des Dorfbürgertums weitgehend bestehen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war der Einfluss politischer Faktoren – gerade nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 – auf das ostpreußische Schulwesen. So stellt Nijolė Strakauskaitė fest, dass die auf Germanisierung ausgerichtete Bismarcksche Schulgesetzgebung (1872–1876) und deren Fortführung im 20. Jahrhundert eindeutig das Expansionsbestreben des deutschen Staates auf dem Gebiet der Bildung und Wirtschaft verdeutlicht, die zwangsläufig jenseits jeglichen litauischen Einflusses bleiben musste und zu einer folgenschweren Verbannung des Litauischen aus dem Bildungsbereich führte. Trotz der die Min-

derheitenrechte garantierenden Weimarer Verfassung änderte sich an diesem Tatbestand auch in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nur wenig. Kleinlitauische kulturelle Aktivitäten wurden von den ostpreußischen Lokalbehörden nicht toleriert, Schulen mit Litauischunterricht durften nicht betrieben werden und ein bedeutender Teil der Kleinlitauer verlor infolge dieser zielstrebigem Germanisierungspolitik seine nationale und kulturelle Identität. Im Memelland kam es in den 1930er Jahren zu einer verstärkten Politisierung miteinander konkurrierender deutscher und litauischer Schulen. Neben den Schulen hatte auch die Kirche den Wandlungsprozess in Preußisch-Litauen entscheidend mitbestimmt. Während in der deutschen Forschung davon ausgegangen wurde, dass die evangelische Kirche, da sie mit ihren Geistlichen um die Pflege des Litauischen bemüht war, nur wenig zur Germanisierung beigesteuert haben dürfte, warf die litauische Forschung der evangelischen Kirche vor, im Dienste der deutschen Staatsmacht das nationale Bewusstsein der Litauer in Schach zu halten und „den Haß gegen alles Katholische“ zu pflegen (S. 85). So stellt Arthur Hermann in seinem Beitrag zum Verhältnis der Preußisch-Litauer und der Evangelischen Kirche Ostpreußens von 1871–1933 fest, dass nach 1890 die evangelische Kirche zunehmend von einer Unterstützung des Litauertums abgewichen war, eine „Eindeutschung ohne Druck und Zwang“ befürwortet hatte und nach 1919 nur noch für die ältere litauische Generation bereit gewesen war, die „muttersprachliche Verkündigung“ fortzusetzen. Die evangelische Kirche für das Aufgehen der Preußisch-Litauer im Deutschtum verantwortlich zu machen, lehnt er unter Verweis auf das breite Spektrum der Formen des Übergangs zum Deutschtum – von der freiwilligen bis zur forcierten Assimilation – allerdings ab (S. 108). Auf der anderen Seite hatte die von der Regierung des litauischen Staates forcierte Verbindung von Litauertum und Katholizismus vor allem in Kleinlitauen nicht zum Erhalt religiöser und kleinlitauischer „Nationalität“ geführt.

Die kleinlitauische Bewegung in Ostpreußen, mit der sich Joachim Tauber näher beschäftigt, hatte ihre Möglichkeiten und Grenzen frühzeitig erkannt. Aus diesem Grunde hatte sie sich auf zahlreiche kulturelle Aufgaben, vor allem auf die fest in der kleinlitauischen Tradition verwurzelten Chorgemeinschaften und Gesangvereine konzentriert, mit deren Hilfe die kleinlitauische Identität in einem zunehmend deutsch dominierten Umfeld gestärkt werden sollte. Mit dem Verbot der litauischen Organisationen in Ostpreußen war eine Fortsetzung dieser kulturellen Aktivitäten nach 1935 unmöglich geworden. Gerade

die Jahre nach 1933 sind in der Erforschung der Geschichte der ostpreußischen Kleinlitauer bis heute ein Desiderat geblieben.

Auch Silva Pocyte verweist in ihrem Beitrag auf die große Bedeutung von nationalen Vereinen und einheimischen litauischen Periodika hin, die als wohl wichtigste Kulturerscheinungen in Kleinlitauen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der litauischen Sprache, Kultur und Identität geleistet haben. Während bis Ende der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts vor allem religiöse Themen dominierten, kristallisierten sich mit dem Erscheinen der „Lietuvizka ceitunga“ 1887 in der Presse zunehmend weltliche und religiöse Tendenzen heraus. Es kam zu einer spürbaren Polarisierung der kleinlitauischen Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen der Loyalität zum deutschen Staat und dem großlitauischen Ideengut. Ein weiteres wichtiges Problemfeld war die Sprache als ein wichtiges Element nationaler und kultureller Identität. Die gesellschaftliche und administrative Dominanz des Deutschen hatte zwangsläufig zu einer Marginalisierung des Litauischen geführt, hatte Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit, bi- bzw. polyvalente Identitäten gefördert. Auf der anderen Seite wurde die litauische Sprache als symbolhafte Verbindung zum litauischen Volk und als Bestandteil der regionalen Spezifik gesehen. Zwischen Kleinlitauern und Deutschen hatte ein besonders intensiver Sprachkontakt bestanden, in dessen Ergebnis es zu häufiger Sprachentlehnung, zu Sprachmischung, Sprachwandel und Sprachwechsel gekommen war. Die deutsch-litauische Wortschöpfung „putzmalūnas“ („Putzmühle“) wird in Manfred Kleins Beitrag zum Ausgangspunkt interessanter Überlegungen, die den Zusammenhang von Sprachwandel und Akkulturation bzw. Assimilation, ihre vielfältigen Stufen und Zwischenstadien aufdecken sollten. Der Sprachproblematik gilt auch das Augenmerk von Christiane Schiller, die das „Preußisch-Litauische vor und nach dem Ersten Weltkrieg“ als „eine zur schriftsprachlichen Variante der litauischen Standardsprache koexistierendes schriftsprachliches System“ aus „soziolinguistischer Perspektive“ betrachtet (S. 174). Die Schwierigkeit der Untersuchung ergab sich aus dem Tatbestand, dass das Preußisch-Litauische durch die Zerstörung der Sprachgemeinschaft infolge von Flucht und dezentraler Ansiedelung nach 1944/45 (durchaus vergleichbar mit dem Schicksal des Masurischen) untergegangen war, bevor sich die Sprachkontaktforschung als eigenständige Disziplin etabliert hatte. Daraus hatte sich die Notwendigkeit ergeben, vorhandene schriftliche Quellen – nicht zuletzt auch unter kontaktlinguistischer Fragestellung – zu untersuchen. In diesem Zusammenhang verweist die Autorin

nicht nur auf zeitlich und regional unterschiedliche politische, ökonomische und soziale Faktoren, die zum Sprachtod als Ergebnis einer massiven Sprachverschiebung beitragen können, sondern auch auf solche Faktoren, die speziell im kleinlitauischen Fall von durchaus spracherhaltender Wirkung hätten sein können und noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Gebiet nördlich der Memel ein hinreichendes Resistenzpotenzial zur Verhinderung von Sprachverschiebung darstellten: die Familie, der litauischsprachige Gottesdienst, die Gemeindeversammlung, die Gemeinschaftsleute („surinkimininkai“), der Gesang und das Gebet. Mit seiner besonderen Problemstellung und seinen Fragen will der Band weitere, vertiefende Studien zu den spezifischen nationalen und kulturellen Verhältnissen in Ostmitteleuropa anregen.

Hans-Christian Trepte, Leipzig

Lietuvos Žydų žudynių byla. Dokumentų ir straipsnių rinkinys. (Massenmord an den litauischen Juden. Ausgewählte Dokumente und Artikel), hrsg. v. Alfonsas Eidintas. Vilnius: Vaga 2001, 823 S., Abbildungen.

In der Ankündigung des litauischen Verlages für den im Juni 2001 erschienenen Band heißt es, das Buch solle „zeigen, wie sich das Bewusstsein für die jüdische Tragödie in Litauen entwickelt habe.“¹

Die so genannte „jüdische Tragödie“ oder genauer ausgedrückt: der Mord an den litauischen Juden wurde 1941 und in den Folgejahren begangen, liegt also bereits 60 Jahre zurück. Allmählich sterben die letzten Zeitzeugen aus, von denen einige noch berichten können, wie sie den Mördern entkommen konnten, und andere, wie sie als Nachbarn die Erschießung ihrer jüdischen Nachbarn erlebten. Ist das Thema 60 Jahre später überhaupt noch aktuell?

Die Ermordung der litauischen Juden besonders im Zeitraum Juni bis Dezember 1941 stellt seit einer knappen Dekade den Schwerpunkt einer öffentlichen Diskussion in Litauen dar. Erst jetzt ist es möglich,

¹ <http://www.vaga.lt/archyvas.asp>

sich mit der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ zu beschäftigen. Dabei zögern die Litauer immer noch, wenn es um die Frage geht, wie weit sich litauische Landsleute am Massenmord beteiligt haben, der von der deutschen Besatzungsmacht erdacht, durchgeplant und nahezu perfekt ausgeführt wurde.

In der sowjetischen Zeit wurde der Judenmord nicht thematisiert. Zwar verfolgten die Behörden nach 1944, als Litauen wieder sozialistische Sowjetrepublik wurde, Naziverbrecher, doch für die sowjetischen Ideologen gab es nur „Morde an sowjetischen Bürgern“. Detaillierte Tatsachen und Zahlen sowie Zusammenhänge zur Vernichtung der litauischen Juden wurden in der sowjetischen Besatzungszeit nicht allgemein bekanntgegeben oder unterlagen einer äußerst einseitigen ideologischen Ausschlichtung. So wurden diese Ereignisse tabuisiert, wodurch zahlreiche Mythen wuchern konnten. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit gab es ein böses Erwachen. Während das eigene Volk jahrzehntelang geglaubt hatte, nur es selbst sei mehrfach zum Opfer geworden, stellte sich plötzlich heraus, dass es Zeiten gegeben hatte, in denen Landsleute zu Tätern und Handlangern geworden waren. Konfrontiert mit diesen Tatsachen fällt es immer noch vielen Litauern sichtlich schwer, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Die offiziellen Entschuldigungen ihrer Politiker in Israel wurden in der breiten Bevölkerung mit Unverständnis und Widerwillen aufgenommen. Die Diskussionen um die wahren Ereignisse und deren Hintergründe werden heute in beiden Ländern mit großer Emotionalität geführt.

Der kürzlich erschienene Band soll den Auseinandersetzungen einerseits ein faktologisches Fundament geben und andererseits verdeutlichen, welche Positionen inzwischen in den Debatten vertreten werden. Dabei richtet sich das Buch vor allem an eine litauische Leserschaft.

Als Herausgeber zeichnet Alfonsas Eidintas verantwortlich, ein äußerst produktiver litauischer Historiker, der seit einem knappen Jahrzehnt vorrangig für das Außenministerium seines Landes in verschiedenen Ländern tätig war und seit dem Frühjahr 2002 den Botschafterposten Litauens in Israel bekleidet. Im Rahmen dieser diplomatischen Aufgaben ist er wohl wesentlich häufiger als der Durchschnittslitauer mit der Frage nach der Aufarbeitung des jüdisch-litauischen Verhältnisses im 20. Jahrhundert konfrontiert worden.

Eidintas untergliedert seine Edition in vier große Kapitel. Ein Drittel des Buches umfasst allein sein weitreichender Essay unter dem Titel „Die Juden, der Holocaust und das gegenwärtige Litauen“, der am

Anfang des Bandes steht. Darin beschäftigt er sich nicht nur mit der Situation der Juden im Vorkriegslitauen und dem Holocaust, sondern zieht die Linie weiter, schildert auch die Lage der jüdischen Bürger in der Litauischen SSR und verweist auf aktuelle Problemfälle im wieder unabhängigen Litauen, in denen Prozesse gegen litauische NS-Verbrecher bzw. Mittäter nicht zustande kamen oder verschleppt wurden. Daraufhin folgt eine Zusammenstellung von Dokumenten, u.a. der „Jägerbericht“, aber auch eine Resolution vom Verband der litauischen Juden in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1947 bis hin zu Äußerungen von Papst Johannes Paul II. zur Shoah. Ein weiteres Drittel des Buches nehmen Reden und Aufsätze von Litauern und litauischen Juden zu historischen und gesellschaftlichen Fragen bezüglich des jüdisch-litauischen Verhältnisses ein, die vorrangig nach 1990 verfasst wurden. Ein kurzes Kapitel gibt Debatten um den litauischen katholischen Philosophen Antanas Maceina und sein nationalistisches Programm wieder. Den Abschluss bildet ein Nachwort von Alfred Erich Senn unter dem Titel „Summary of nontraditional review of Alfonsas Eidintas' book“, das vor allem Eidintas' Essay zusammenfasst.

Den wohl interessantesten Teil stellen Beiträge dar, die zu der gesamten jüdisch-litauischen Debatte verfasst wurden, so u.a. der schon 1975 verfasste Beitrag von Tomas Venclova, dem wohl bekanntesten litauischen Intellektuellen, unter dem Titel „Juden und Litauer“ und die Erwiderungen darauf von A. Žuvintas und Antanas Terleckas. Das Verdienst des Herausgebers besteht hier vor allem auch darin, Aufsätze zusammengestellt zu haben, die bei ihrem Erscheinen überwiegend Staub aufwirbelten, jedoch in diversen Periodika gedruckt wurden und daher auch in der litauischen Emigrationsszene und als Einzelbeiträge schwer wieder aufzufinden sind. Gerade für den litauischen Leser ist es von ungeheurem Interesse, Beiträge aus der Emigration und aus Litauen hier zusammengestellt zu finden. Für ebenso wesentlich erachte ich die Beiträge zu historischen Themen, die besonders dazu dienen, spezielle Aspekte der komplizierten Geschichte in der ersten Hälfte der 40er Jahre zu erhellen. Gerade Autoren, die in der vor zwei Jahre gegründeten „Internationalen Kommission zur Erforschung nationalsozialistischer und sowjetischer Verbrechen in Litauen“ im Land tätig sind, haben wichtige Artikel verfasst, wie Valentinas Brandišauskas zur „Litauischen Aktivistengruppe“ und deren Haltung zur jüdischen Frage, Liudas Triuska zum Jahr 1941 oder Saulius Sužiedėlis, der sich u.a. mit Interpretationen über den litauischen Aufstand (Juni 1941) und die provisorische

Regierung auseinandersetzt. Nicht zuletzt trägt Leonidas Donskis mit seinen brillanten Überlegungen zur Philosophie von Antanas Maceina dazu bei, dem Leser ein genaueres Bild der litauischen Gesellschaft und deren Geisteshaltung vor Ausbruch des Holocaust zu vermitteln.

Wer den Gang der litauischen Debatte um die Interpretationen der Ereignisse der Jahre 1941 ff. nachverfolgen möchte, wird nicht umhin können, sich mit diesem umfassenden Werk auseinanderzusetzen. Als sicher gilt schon heute, dass ein Nachfolgebild dieser Edition in den nächsten Jahren weitere interessante Beiträge liefern wird, denn die Diskussionen in der Gesellschaft gehen weiter und auch die historische Aufarbeitung hat noch einige Lücken zu schließen.

Ruth Leiserowitz, Berlin

The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States. Genocide and Resistance Research Centre of Lithuania, hrsg. v. Arvydas Anušauskas. Vilnius: Du Ka 1999, 272 S., Abbildungen.

Die Behandlung des Widerstands gegen die sowjetische Besatzungsmacht in den baltischen Staaten musste sich lange Zeit zwischen Realität, Mythos und Fälschung bewegen. Von der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung als Banditen kriminalisiert, lebten die sogenannten „Waldbrüder“ in mündlichen Überlieferungen und in exilbaltischen Erlebnisberichten fort, in denen Fakten und Legenden häufig dicht beieinander standen. Die Forschung, die seit Ende der 80er Jahre geleistet worden ist, hat dagegen neue Fakten zutage gebracht, beschränkte sich aber zumeist auf einen der baltischen Staaten und legte wenig Wert auf den größeren Zusammenhang, in dem die Partisanen agierten.

Ein vom litauischen Zentrum für Genozid- und Widerstandsforschung herausgegebener Sammelband verspricht nun, Abhilfe zu schaffen. Er ist nicht nur die erste Gemeinschaftsarbeit estnischer, lettischer und litauischer Historiker zu dem Thema, sondern beinhaltet auch Beiträge, die den breiteren Kontext des Widerstands behandeln, etwa die Haltung der katholischen Kirche oder der westlichen Geheimdienste. Zudem sind fast alle Beiträge unmittelbar aus Archiven gearbeitet.

Die Vielfalt der behandelten Blickwinkel hätte indessen eine gewisse Übereinstimmung im Frageraster und den angewandten Konzepten der einzelnen Beiträge wünschenswert gemacht. Und gerade hier liegt ein gewichtiger Mangel des Bandes: So führen zwar die Beiträge von Valentinas Brandišauskas (S. 8-22), Juri Ciganovs (S. 122-130) und Tiit Noormets (S. 186-208) durchaus differenziert in den Widerstand gegen die sowjetische Vorkriegsbesatzung ein, doch machen eben die zum Ausdruck kommende komplexe Mischung aus grundsätzlicher Unabhängigkeitsbestrebung, teilweiser Kollaborationsbereitschaft und taktischen Bündnissen vor dem Hintergrund von Kriegs- und Okkupationserfahrung gerade in einem komparatistisch angelegten Band eine Auseinandersetzung mit bestimmten Grundbegriffen bitter nötig. Wo beginnt zum Beispiel der Widerstand und aufgrund welcher Merkmale ist er vom „passiven Widerstand“ abzugrenzen? Wie unterscheidet sich dieser von einer Strategie des Stillhaltens und wo beginnt die Kollaboration – ein Begriff, der in dem vorliegenden Sammelband einzig für die Mitglieder der Kommunistischen Partei reserviert zu sein scheint? Besonders im Beitrag Vineta Rolmanes über die deutsche Besatzungszeit in Lettland (S. 131-148) verwundert die Nonchalance, mit dem der Widerstandsbegriff verwendet wird. Aktive Kämpfer gegen die Nazi-Okkupation, von Deutschland unterstützte antisowjetische Partisaneneinheiten, die jedoch bald in Widerspruch zur deutschen Besatzungsmacht gerieten, Frontkämpfer in SS-Einheiten, aber auch Menschen, die Deserteure aus diesen Einheiten versteckten – sie alle werden unter dem Etikett des nationalen Widerstands zusammengefasst. Ausgenommen bleiben nur einige feste Gruppen: Der kommunistische Widerstand findet nur beiläufig Behandlung, jüdischer Widerstand bleibt unerwähnt. Auch kritische Worte über „die Motive der pro-deutschen Bewegung und den antisemitischen Standpunkten in einigen ihrer Organisationen“ (S. 9 u. 12) finden sich lediglich in dem Aufsatz von Brandišauskas zu Litauen, der insgesamt die differenziertesten Fragestellungen aufweist.

Kaum leichter in einfache Begriffe zu fassen ist auch der antisowjetische Kampf in der Nachkriegszeit. Hier erschweren es die verschiedenen Phasen – für Litauen übersichtlich dargestellt von Nijole Gaškaitė-Žemaitienė (S. 23-45) – ebenso wie die in einem eigenen Beitrag des Herausgebers hervorgehobenen gewichtigen Unterschiede zwischen den einzelnen baltischen Staaten, von den „Waldbrüdern“ als klar umrissener Gruppierung zu sprechen. Diese Tatsache wird indessen nur von Mart Laar, der vor einigen Jahren eine Monografie zum Thema vorgelegt hat, in gebührendem Maße berücksichtigt. Bei

aller Vorliebe für markige Worte – „der estnische Waldbruder wusste nicht nur zu kämpfen, er wusste auch zu sterben“ (S. 228) – erfährt der Leser hier, was die Waldbrüder neben „Helden an der Waffe“ noch alles sein konnten. Ganze Familien auf der Flucht etwa, die manchmal sogar Tiere mitnahmen und auf kleinen Flächen im Wald Landwirtschaft betrieben (S. 218). Oder Wechselgänger, die sich einige Zeit versteckten, einige Zeit ein normales Leben auf dem Dorf führten – eine Gruppe, die die zahlenmäßige Erfassung der Partisanen erschwert. Oder eben auch solche, die zwar zur Selbstverteidigung bewaffnet waren, aber nie an einer Aktion gegen die Sowjets teilnahmen (S. 217). Dagegen erscheinen die Partisanen in Heinrihs Strods' entsprechendem Aufsatz über Lettland nur als gesichtslose Masse. Er begnügt sich im Wesentlichen mit einer Aufzählung der sowjetischen Einheiten im Partisanenkampf (was Juozas Starkauskas in einem hauptsächlich Litauen betreffenden Beitrag über die Einheiten des Geheimdienstes [S. 46-62] weitaus gründlicher tut), in einer Auflistung von Publikationen der „Waldbrüder“ (über deren Inhalt wir aber in Unkenntnis gelassen werden) sowie über die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Sowjetmacht.

Nachgerade ein Ärgernis ist der Aufsatz des gleichen Autoren über die „gewaltfreie Widerstandsbewegung in Lettland (1944–1958)“, in dem das wichtige Thema des passiven Widerstands völlig verschenkt wird. Nicht nur erinnert die starre und statische Aufteilung der Bevölkerung in Patrioten, Unentschiedene und Kollaborateure doch arg an ähnliche Dreiteilungen aus den sowjetischen Quellen der 40er Jahre, die der Komplexität und Dynamik der Phänomene „Widerstand“ und „Kollaboration“ in keiner Weise gerecht werden. Auch bleibt die großspurige Eröffnung, der gewaltfreie Widerstand habe versucht, „innerhalb der existierenden Ordnung zu arbeiten, um sie zu schwächen und zu liquidieren“ (S. 162), ohne weitere Belege. Indem der Autor auf jegliche Definition des „gewaltfreien Widerstands“ verzichtet, kann er darunter ebenso die Verweigerung von Universitätskursen über Marxismus-Leninismus wie das bäuerliche Verstecken von Getreide oder die Unbotmäßigkeit von Partei- oder Komsomolfunktionären subsumieren. Gerade letzteres Beispiel lässt erahnen, woher Strods seine Klassifizierungen zieht: aus den Akten des KGB, die der Untersuchung zugrunde liegen und deren Klassifizierungen Strods einfach mechanisch umzukehren scheint. Wenn etwa kommentarlos ein Geheimdienstbericht von 1950 paraphrasiert wird, nach dem die Komsomolorganisation einer Kolchose als „bewaffnete nationalistische Organisation aufgedeckt und festgenommen“ wurde, so zeigt

deren umstandslose Umbewertung zu einer nationalen Widerstandsgruppe wohl nur eines: den Mangel jeglicher Quellenkritik.

Größeren Wert hat dagegen Arūnas Streikus' Aufsatz über den kirchlichen Widerstand in Litauen 1944–1967 (S. 84–121). Zwar besteht auch hier das begriffliche Problem, dass der Anpassungskurs der katholischen Kirche zum Zweck des Selbsterhalts mit dem Terminus „Widerstand“ sicher schlecht beschrieben ist – andere Autoren würden wohl ohne weiteres von „Kollaboration“ sprechen. Doch lässt die differenzierte Beschreibung der Kirchenpolitik und ihrer häufig abweichenden Umsetzung in den Gemeinden Raum für Interpretationen. So wird sicher nicht jeder der Meinung des Autors zustimmen, die Kirche habe „durch ihre reine Existenz und Lehre“ den Widerstand gegen das totalitäre System gestärkt und überdies ohnehin „nicht das moralische Recht“ gehabt, „einen Vorwand zur Zerstörung der rechtlichen Struktur der Kirche zu liefern“ (S. 91). Doch liegt der Wert des Beitrages bereits in der dichten Darstellung der Ereignisse.

Anders verhält es sich leider mit dem Aufsatz über den Widerstand der katholischen Kirche Lettlands (S. 174–185). Ihr Autor ist abermals Heinrichs Strods, der damit für drei von fünf Aufsätzen über Lettland verantwortlich zeichnet. Ganz abgesehen davon, dass in Bezug auf Lettland wohl zumindest ein zusätzlicher Beitrag über die evangelische Kirche angebracht gewesen wäre, kann die Darstellung der katholischen Kirche als „Stein, der von der atheistischen Macht nicht erschüttert werden konnte“ (S. 178), nur noch als apologetisch gelten. Selbst der Befund, dass sie infolge von Terror und Drohungen „unter sehr starkem Einfluss der Regierung“ stand, bringt Strods nicht von seiner Schwarz-Weiß-Malerei ab. In standhafter Weigerung, auch nur die Existenz von ‚Grauzonen‘ zwischen Loyalität und Widerstand anzuerkennen, ordnet er die Kirche aufgrund einiger Unbotmäßigkeiten ohne Einschränkung dem Widerstand zu: „Es zeigt sich, dass die Kirche zu dem kommunistischen Regime, das versuchte, sie zu zerstören, nicht loyal war und nicht loyal sein konnte“ (S. 178). Die Begründung wird allerdings auch durch eine ermüdende Aneinanderreihung numerisch aufgelisteter Argumente kaum zwingender.

Zum weiteren Umfeld des baltischen Widerstands gehören die Kontakte der Partisanen zu den westlichen Staaten, die in den Beiträgen von Dalia Kuoditė und Indrek Jürjo eine gründliche Behandlung finden. Gerade letzterer, der vor einigen Jahre eine grundlegende Monografie über die Emigration und Sowjetestland vorgelegt hat,

wartet mit reichlichem Quellenmaterial und – in diesem Band fast eine Ausnahme – mit profunder Literaturkenntnis auch über sein eigenes Heimatland hinaus auf. Beide Aufsätze zeichnen nach, wie die zunächst unregelmäßigen Bemühungen sowohl der Emigration als auch ausländischer Geheimdienste (insbesondere des britischen SIS) um Kontakte mit den Partisanen bald zu einer engen Zusammenarbeit mit einer ganz anderen Organisation führten: dem KGB, das eine Reihe von Partisanenorganisationen unterwanderte oder sogar eigene gründete. Um den Schein zu wahren, bauten KGB-Mitarbeiter ganze Partisanenstellungen in den Wäldern auf, einige sowjetische Agenten gelangten sogar bis in englische Ausbildungslager. Das Fazit Jürjos zu seiner eindrucksvollen Studie bildet dann auch eine bewusste Absetzung von einigen neueren westlichen Untersuchungen: „Es ist offensichtlich (...), dass die KGB-Operationen mit den britischen, schwedischen und amerikanischen Geheimdiensten alle ihre hauptsächlichlichen Ziele im generellen Kontext der sowjetischen Spionageabwehr erreichten“ (S. 264).

Als baltisches Gemeinschaftswerk bietet der Sammelband erstmals die Möglichkeit, sich vergleichend mit den Widerstandsbewegungen in den baltischen Staaten auseinanderzusetzen. Auch sind die Heldenlegenden meist einer wohlthuenden Versachlichung gewichen und die faktische Erfassung des Themas schreitet immer weiter voran. Doch herrscht noch immer ein starrer Dualismus zwischen den Antipoden aus Widerstand und Kollaboration vor, der nur wenige Zwischentöne erlaubt. Hier gibt es noch einiges zu tun. Denn auf längere Sicht wird man wohl auch bei der Erforschung des Widerstands kaum umhin können, das Verhalten der breiten Bevölkerung mit einzubeziehen. Und spätestens dann wird ohne feinere begriffliche Werkzeuge nicht mehr auszukommen sein.

David Feest, Göttingen

Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Ueberschär, Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2000, 453 S.

Der mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 beginnende und mit der deutschen Kapitulation am 9. Mai 1945 endende deutsch-sowjetische Krieg steht nach wie vor im Mittelpunkt der historischen Forschung. Überraschend ist das nicht, denn in dieser Auseinandersetzung ging es von Anfang an nicht allein um ein rein militärisches Kräfteressen, sondern um einen ideologisch bestimmten, von deutscher Seite initiierten Vernichtungskrieg, dessen Brutalität und Menschenverachtung selbst im 20. Jahrhundert ihresgleichen sucht. Hinzu kommt, dass das ‚Unternehmen Barbarossa‘ (so der deutsche Codename für den Überfall) entscheidende Aus- und Rückwirkungen auf den systematischen Massenmord an den europäischen Juden hatte.

Zwei seit Jahren ausgewiesene Kenner der Materie haben nun die dringend notwendige Aufgabe übernommen, die bald unübersehbare Literatur zu den verschiedenen Themenkomplexen aufzubereiten und eine mit ausführlichen Forschungsberichten versehene Bibliografie vorzulegen.

Dabei geht es Rolf-Dieter Müller und Gerd R. Ueberschär nicht um eine vollständige Erfassung der einschlägigen Veröffentlichungen, sondern um die Benennung der wichtigsten Titel. Die Autoren haben dabei den Schwerpunkt eindeutig auf die deutsche Seite gelegt; zwar werden die wichtigsten sowjetischen Arbeiten und Beiträge der DDR-Historiografie benannt, doch bilden sie aufgrund ihrer ideologischen Vorgaben nicht den Kern der Bibliografie (S. X f.). Relativ ausführlich wird dagegen die angelsächsische Forschung rezipiert.

Geordnet ist die Bibliografie nach den großen Sachthemen „Politik und Strategie“ (S. 1-40, Rolf-Dieter Müller), „Die militärische Kriegsführung“ (S. 73-142, Gerd R. Ueberschär), „Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg“ (S. 225-271, Gerd R. Ueberschär), „Besatzungspolitik“ (S. 310-338, Rolf-Dieter Müller), „Unmittelbare Kriegsfolgen“ (S. 374-396, Rolf-Dieter Müller), „Verdrängung und Vergangenheitsbewältigung“ (S. 410-417, Gerd R. Ueberschär) und „Fazit: Von der historischen Erinnerung zu den ‚Brücken der Verständigung‘ und Versöhnung sowie Probleme der öffentlichen Repräsentation“ (S. 435-439, Gerd R. Ueberschär).

Jedem der Themenbereiche sind teilweise ausführliche Forschungsberichte vorgeschaltet, die dem Leser einen gelungenen Einblick in Entwicklung und Trends der Historiografie bieten. Dabei beziehen die Autoren durchaus dezidiert Stellung zu kontrovers diskutierten Themen wie etwa das Ausmaß der Wehrmachtverbrechen (S. 245 ff.) oder die immer wieder auftauchende Legende sowjetischer Angriffsabsichten im Sommer 1941 (S. 27 u. 412-416). Besonders hervorzuheben ist, dass Müller und Ueberschär zentralen Fragen und Problemen sowohl in ihren Forschungsberichten als auch in den zugehörigen Bibliografien große Aufmerksamkeit schenken. Dies gilt beispielsweise für die Motive Hitlers zum Überfall auf die Sowjetunion (S. 30-35), für die wirtschaftliche Komponente der deutschen Besatzungspolitik (S. 324-338) oder für die Bedeutung der Schlacht vor Moskau 1941 (S. 92-103).

Von den Planungen der deutschen Generalität für den Überfall bis zur Eroberung Berlins durch die Rote Armee gibt Gerd R. Ueberschär auf knapp 70 Seiten einen konzisen und kritischen Überblick zum militärischen Geschehen (S. 73-142), wobei er auch das Schicksal der einfachen Soldaten oder die Leiden der Bevölkerung Leningrads im Auge behält. Ähnlich umfassend erläutert Rolf-Dieter Müller die politischen und strategischen Komponenten im Umfeld des ‚Unternehmens Barbarossa‘ (S. 1-40).

Damit ist zugleich das entscheidende Charakteristikum des Bandes angesprochen. Den Autoren gelingt es nämlich, die vielfältigen Forschungstendenzen, die sich mit ‚Hitlers Kriegs im Osten‘ verbinden, aufzuzeigen. So bildet der deutsch-sowjetische Krieg eben auch eine, wenn auch weiterhin kontrovers diskutierte Zäsur auf dem Weg zum Holocaust. Die Verknüpfung dieses Krieges mit der „Entscheidungsfindung“, d.h. dem endgültigen Entschluss zur Ermordung der im deutschen Machtbereich befindlichen Juden, wird von Gerd R. Ueberschär unter Darstellung der neuesten Arbeiten und Thesen vorbildlich vermittelt (S. 237-246). Folgerichtig enthält die Bibliografie daher auch Arbeiten zur Wannsee-Konferenz oder Standardwerke zum Holocaust, die prima facie nicht direkt mit dem deutsch-sowjetischen Krieg zu tun haben.

Das Anliegen der Autoren wird darin deutlich, dass sie am Ende des Buches nicht nur die unmittelbaren Folgen des Krieges behandeln, sondern auch auf den Umgang mit den Geschehnissen zwischen 1941 und 1945 bei Deutschen und Russen eingehen. Dabei spielt der Kalte Krieg, der in Westdeutschland antikommunistische Ressentiments konservierte, ebenso eine Rolle wie die bis heute umstrittene Deutsch-

landpolitik der Sowjetunion oder die Verdrängung des wahren Gesichts des Krieges durch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit in den ersten Jahrzehnten nach 1945.

Auffallend ist, dass in der Bibliografie nur die alten sowjetischen Dokumentensammlungen Erwähnung finden, die sicherlich als Quellen weiterhin ihren Wert besitzen, jedoch, wie den Autoren durchaus bewusst ist, auch unter ideologiegeschichtlichen Gesichtspunkten zu betrachten sind und vor allem dazu beitragen sollten, das durchaus nicht immer prosovietische Verhalten größerer Bevölkerungsteile entweder totzuschweigen oder diese pauschal als faschistische Helfer zu diffamieren. Dieses Defizit ist vor allem im Hinblick auf die baltischen Staaten zu konstatieren, denn litauische, lettische und estnische Historiker haben in den letzten zehn Jahren wichtige Beiträge und Dokumentationen zum Schicksal ihrer Länder unter sowjetischer und nationalsozialistischer Besatzung veröffentlicht. Stellvertretend sei die Monographie von Arūnas Bubnys über Litauen in den Jahren 1941 bis 1944 erwähnt.¹ In diesem Zusammenhang ist zu ergänzen, dass nicht nur in Litauen und Estland, wie auf S. 244 erwähnt, sondern auch in Lettland eine internationale Kommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen und der Beteiligung von Einheimischen an ihnen eingerichtet wurde.

Leider haben die Autoren in ihrer Darstellung zu den unmittelbaren Kriegsfolgen auch den Widerstand gegen die sowjetische Wiederoberung der baltischen Staaten völlig ausgeblendet. Dies ist unverständlich, denn für die erst 1989/91 ihre Unabhängigkeit wiedererlangenden Staaten bedeuteten der deutsch-sowjetische Krieg und die im Hitler-Stalin-Pakt zuvor zynisch besiegelte Partnerschaft der Diktatoren das Ende ihrer Unabhängigkeit. Für Litauer, Letten und Esten endete ‚Hitlers Krieg im Osten‘ erst nach 50 Jahren. Die sowjetischen ‚Sicherheitsorgane‘ brauchten bis 1953/54, um die letzten litauischen Partisaneneinheiten zu liquidieren.²

Doch sollen diese Bemerkungen dem grundsätzlich positiven Urteil keinen Abbruch tun, zumal die sachthematische Gliederung, die zudem innerhalb der jeweiligen Bibliografie fortgesetzt wird, das schnelle Auffinden von Literatur zu einem bestimmten Thema ermöglicht. Trotz der von den Autoren unumwunden zugegebenen Be-

¹ Arūnas Bubnys, *Vokiečių okupuota Lietuva* (Das von den Deutschen besetzte Litauen) (1941–1944). Vilnius 1998.

² Als Ergänzung zur Bibliografie sei erwähnt: *The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, hrsg. v. Arvydas Anušauskas (u.a.). Vilnius 1999.

schränkungen in Umfang und Vollzähligkeit (S. X) spiegelt die überzeugende Literatúrauswahl³ die profunde Kenntnis zweier Fachwissenschaftler wider.

„Während Hitlers Ostkrieg gegen die Sowjetunion fanden die blutigsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges statt. Zugleich kam es in und unmittelbar hinter der ‚Ostfront‘ zu den größten Verbrechen der NS-Herrschaft über Europa. Die Ostfront war der Schauplatz eines nach dem deutschen Überfall von beiden Seiten erbittert geführten und ideologisch motivierten Weltanschauungskampfes“ (S. 73). Historiker, Studierende und interessierte Leser haben in dem vorgestellten Buch ein hervorragendes Hilfsmittel an der Hand, um sich von der Richtigkeit des obigen Zitates zu überzeugen und weiter in einen Themenbereich einzudringen, dessen Bedeutung auch für das heutige Deutschland allein wegen der Millionen von Menschen, die Opfer dieses von deutscher Seite entfesselten Vernichtungskrieges wurden, nicht in Frage gestellt werden kann.

Joachim Tauber, Lüneburg

³ Der Rezensent kann lediglich auf die wichtige, weil fast ausschließlich aus osteuropäischen Archiven erstellte Dokumentensammlung „Einsatz im ‚Reichskommissariat Ostland““. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941–1955, hrsg. v. Wolfgang Benz (u.a.). Berlin 1998, verweisen, die in der Bibliografie nicht erwähnt wird.

Andreas Hilger, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung. Essen: Klartext 2000, 486 S., zahlreiche Tabellen, 2 Grafiken (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F. 11).

Diese prämierte Kölner Dissertation von 1998 beschäftigt sich mit dem Leid der Täter, einem Thema also, das zurzeit erstmals seit der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder öffentliche Konjunktur hat. Nachdem jahrelang west- und osteuropäische Opfer, sei es als Fremdarbeiter, Kriegsgefangene oder Zivilisten, aber auch Mentalitäten und Motivationen der deutschen Täter im Zentrum wissenschaftlicher Arbeit gestanden haben, vollzieht sich ein Perspektivenwechsel. Das zuvor verdrängte oder als politisch inkorrekt gebrandmarkte Interesse an deutschem Leid, sei es das der aus ihrer osteuropäischen Heimat

Vertriebenen oder eben das der lange Jahre von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs internierten Kriegsgefangenen, manifestiert sich glücklicherweise auch in der seriösen Wissenschaft.

Hilgers Ansatz ist umfassend: Er beschränkt sich nicht auf die sowjetische Politik in Bezug auf die Kriegsgefangenen, sondern untersucht ebenso den Alltag in den Lagern sowie die Erinnerung der Heimkehrer. Was auf den ersten Blick als möglicherweise zu breit angelegt erscheint, die Annäherung an einen Untersuchungsgegenstand „von oben“, „von unten“ sowie gleichsam „hintenherum“ über die Berichte der Überlebenden, erweist sich beim genaueren Studium des Buches jedoch als so eng aufeinander bezogen, dass man dem Autor zu seinem Mut nur gratulieren kann.

Es ist in erster Linie die kollektive Erinnerung der Opfer an ihren Alltag, die das (bundesdeutsche) Bild der Gefangenschaft prägte und sicher immer noch prägt. Ließ die von den Heimkehrern überlieferte Behandlung der ehemaligen Wehrmachtangehörigen durch sowjetische Organe erwarten, dass die Politik Moskaus auf gnadenlose Ausbeutung ihrer unfreiwilligen Aufbauhelfer ausgerichtet war, dann überrascht Hilgers Ergebnis, demzufolge Moskaus Kriegsgefangenenpolitik einer „ambivalenten Linie“ gefolgt sei: dem „Vorrang nationaler Interessen bei grundsätzlicher Wahrung völkerrechtlicher Standards“ (S. 71). Zwar wollte die UdSSR souverän in ihrer Praxis sein und richtete sich nicht nach ihren ehemaligen Partnern in der Anti-Hitler-Koalition, doch hielt sie eine größtmögliche Übereinstimmung mit den üblichen Normen für erstrebenswert.

Dies ist das Fazit eines einleitenden, präzisen Überblicks über die rechtlichen Grundlagen der Kriegsgefangenschaft, dem sich eine Zusammenfassung der „Erwartungen an die Gefangennahme“ seitens der Soldaten anschließt. Aus diesen Ausführungen zum Russlandbild der Wehrmachtangehörigen schälen sich letzten Endes auch die Grundlagen von Erinnerung heraus. Denn Hilger zufolge hat sich die Einstellung der meisten „voenno-plennye“ zum Gegner im Osten durch ihren Aufenthalt in der Sowjetunion nur selten verändert. Die konkreten administrativen Rahmenbedingungen der Lager schildert als Abschluss des ersten Kapitels schließlich eine knappe Geschichte der sog. „Hauptabteilung für die Kriegsgefangenen- und Interniertenlager“ (GUPVI). Diese kluge Struktur der Gegenüberstellung beider Ebenen „von oben“ und „von unten“ kehrt übrigens vom Prinzip her in den meisten Kapiteln wieder.

In der Folge gliedert das Erleben von Gefangenschaft die Darstellung der Studie. Kapitel 2 behandelt die Gefangennahme, während die

beiden nächsten Kapitel sich mit den Voraussetzungen der Haft in Bezug auf die Gefangenenverwaltung bzw. den Lebensbedingungen in ihnen beschäftigen. Bei der Schilderung letzterer beschränkt sich Hilger auf die Mikroebene des Stalingrader Gebiets, womit er methodisch die zuvor allgemein beschriebenen Verwaltungsprinzipien in ihrer realen Umsetzung veranschaulicht. Deutlich wird dies auch im anschließenden 5. Kapitel, das den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen beschreibt. Dieser hatte als Wiedergutmachung für die Kriegsschäden, die von der Okkupationsmacht verursacht worden waren, für die sowjetische Seite höchste Priorität. In der sowjetischen Realität mit ihren aus anderen, zivilen Zusammenhängen bekannten Problemen von Planungsdruck, Normeneinhaltung und Kompetenzwirrwarr war jedoch letztlich nicht daran zu denken, dass die deutschen Internierten der sowjetischen Volkswirtschaft den erhofften Nutzen brachten, im Gegenteil. Hinzu kamen die selbst im sowjetischen Maßstab selten zufrieden stellend gelösten Fragen von Unterkunft, Verpflegung und medizinischer Versorgung für die Gefangenen. Letztere wiederum schilderten in ihren Erinnerungen die Auswirkungen der schlechten Lebensbedingungen deutlich genug. Hilger stellt heraus, dass angesichts dieser Umstände die sowjetische Propaganda, der zufolge die Arbeit eine Sache der Ehre sei, bei der das Ziel die Übererfüllung der Normen sein müsse, um ein besseres Leben zu erlangen, nur als zynisch empfunden werden konnte – Verbesserungen waren ohnehin nicht zu erwarten. Losungen, die zur Wiedergutmachung aufriefen, hinterließen keinerlei Spuren im Bewusstsein der Gefangenen: „Eine direkte oder indirekte Mitverantwortung für den Krieg (...) wurde und wird nicht thematisiert, und die katastrophale Lebenssituation in der UdSSR wurde in Fortführung des deutschen Vorwissens nahezu ausnahmslos dem System oder der Bevölkerung zur Last gelegt“ (S. 208).

Nach einem Blick auf die Politische Schulung (Kapitel 6), bei dem wenig Zweifel daran gelassen wird, dass die Aussicht, aus den deutschen Kriegsgefangenen Freunde der Sowjetunion zu machen, von vornherein gering war, zumal die Verwaltung erhebliche personelle Probleme hatte, um eine kompetente Schulung auf die Beine zu stellen, kommt Hilger anhand der Erlebnisberichte erneut zu dem Schluss, dass „der real existierende Antikommunismus“ – und man kann eine mehr oder weniger deutliche Aversion gegen Russen bzw. Slaven ergänzen – in „Fortführung des Rußlandbilds deutscher Soldaten vor der Gefangennahme“ auch nach der Entlassung prägend blieb. Der Krieg wurde weiterhin vielfach als „unvermeidlich“ oder

„gerecht“ eingestuft, und die eigene Haltung der Sowjetunion gegenüber weiterhin als „unbeugsam“, „kalt“ oder „feindlich“ bezeichnet (S. 251 f.).

Über die Schilderung der Tätigkeit von „Operativ-čekistischen Organen“ (Kapitel 7) kommt Hilger dann zu der im Zusammenhang des Kapitels vielleicht etwas weit hergeholtten Fragestellung, ob die Kriegsgefangenen „Opfer oder Täter“ gewesen seien. Dabei bemüht er sich mit einer Unzahl von diversen Zitaten aus den Erinnerungen etwas zu langatmig um die Feststellung, dass die Internierten durchaus mehr vom Vernichtungskrieg der Wehrmacht wussten, als sie später zuzugeben bereit waren. Im Bewusstsein des Einzelnen blieben jedoch nur „tragische Einzelfälle“ übrig, sodass allerhöchstens von einem kollektiven Ahnen trotz kollektiver Verdrängung die Rede sein könne.

Die letzten drei Kapitel beschäftigen sich schließlich mit der Lageratmosphäre zwischen „Hunger und Heimweh“, der sowjetischen Repatriierungspolitik sowie den Lagern der Jahre 1950 bis 1965 und den Spätheimkehrern. Sie runden ein Buch ab, das auf einer beeindruckenden Fülle von Literatur und Archivmaterial beruht. Auch wenn Hilger nicht alle sowjetischen Quellen zugänglich waren, weshalb er zuweilen, wie er selbst weiß, unbelegten Ausführungen aus der sowjetischen Literatur folgen muss, ist ihm ein umfassendes Werk gelungen, das schon aufgrund des umfangreichen Zahlenmaterials bis auf weiteres als Standardwerk¹ zum Thema der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion dienen wird.

Karsten Brüggemann, Narva

¹ Vgl. jetzt ergänzend den Sammelband *Voennoplennye v SSR 1939–1956. Dokumenty i materialy* (Kriegsgefangene in der UdSSR 1939–1956. Dokumente und Materialien), hrsg. v. M.M. Zagorul'ko. Moskva 2000.

Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh 2000, 462 S.; Matthias Schröder, Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942–1945. „Rußland kann nur von Russen besiegt werden“: Erhard Kroeger, Friedrich Buchardt und die Russische Befreiungsarmee. Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh 2001, 256 S.

Biografische Sammelbände über NS-Größen haben Konjunktur; insofern stehen die hier vorzustellenden 30 SS-Lebensläufe in einer Reihe mit ähnlichen personengeschichtlichen Publikationen.¹ Der Auswahl der zu schildernden Viten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um die Geschlossenheit des Bandes und das über die einzelnen Biografien hinausgehende Gesamtbild zu wahren. Natürlich kann man an Personen wie Heinrich Himmler (S. 234–253, Johannes Tuchel) oder Adolf Eichmann (S. 134–146, Hans Safrian) nur schwerlich vorbeigehen, doch auf der zweiten Ebene der SS-Führung wäre sicherlich Spielraum vorhanden gewesen, Personen auszuwählen, deren Karriere auch symptomatisch für einen Typus innerhalb der SS steht.

Zudem stellt sich die Frage, ob nicht auf die eine oder andere Biografie hätte verzichtet werden können, für die bereits an anderer Stelle leicht zugängliche Informationen veröffentlicht wurden. Dies gilt natürlich für Werner Best (S. 60–76, Fritz Petrick), über dessen Leben die herausragende Monografie von Ulrich Herbert vorliegt, die methodisch weit über den biografischen Ansatz hinausreicht.² Unverständlich erscheint auch, weswegen die Herausgeber nochmals den Kommandeur der „Leibstandarte Adolf Hitler“, Josef Dietrich (S. 119–133, Christopher Clark) vorstellen, dessen Lebenslauf sie bereits in einem früheren, von ihnen betreuten Band zur Militärelite

¹ Die Militärelite des Dritten Reiches, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Berlin 1995; Hitlers militärische Elite, Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn; Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 1998; Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser u. Rainer Zitelmann. Darmstadt 1989; Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser, Enrico Syring u. Rainer Zitelmann. Darmstadt 1993.

² Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. Bonn 1996. Vgl. auch Sebastian Werner, Werner Best – Der völkische Ideologe, in: Die braune Elite II (wie Anm. 1), S. 13–25.

des Dritten Reiches aufgenommen haben.³ Da es dabei um die Generalität des Dritten Reiches ging, sind auch die Viten der Waffen-SS Generale Paul Hausser (S. 190-207, Enrico Syring) und Felix Steiner (S. 431-440, Mark P. Gingerich) in dem konzeptionell identischen Vorläuferband veröffentlicht.⁴ Auch der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) ab Januar 1943, Ernst Kaltenbrunner (S. 289-304, Peter Black), war bereits Thema einer Kurzbiographie, deren Autor ebenfalls Peter Black ist.⁵

Andererseits fehlen die Lebensläufe verschiedener SS-Männer, die man eigentlich in dem Band erwartet hätte: weder der Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei, Kurt Daluege, noch der SS- und Polizeiführer für den Disktrikt Lublin, Odilo Globocnik, werden behandelt.⁶ Nachdem die Rolle der Ordnungspolizei im Rahmen des Holocaust und der mörderischen deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa in den letzten Jahren zu Recht immer mehr ins Zentrum der historischen Forschung gerückt ist, liegt eine Schwäche des Bandes zweifellos darin, diesen Teil des SS-Imperiums zu vernachlässigen. Globocniks Aktivitäten in Lublin sind so direkt mit der ‚Endlösung‘ der Judenfrage verbunden, dass die Vita des Täters unbedingt in den Band hätte mitaufgenommen werden müssen, zumal der ehemalige, wegen finanzieller Manipulationen 1939 abgelöste Gauleiter von Wien aufgrund seiner charakterlichen Schwächen einen Typus repräsentiert, der ansonsten nur durch Hermann Fegelein (S. 160-172, Volker Riess) und Friedrich-Wilhelm Krüger (S. 320-331, Larry V. Thompson) vertreten ist. Den Massenmorden der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD nach dem Überfall auf die Sowjetunion wird zwar in den Viten von Arthur Nebe (S. 364-378, Peter Black) und Otto

³ James J. Weingartner, Josef „Sepp“ Dietrich – Hitlers Volksgeneral, in: *Militärelite* (wie Anm. 1), S. 13-28. Firmierte Dietrich bei Weingartner noch als „Volksgeneral“, so wird aus ihm im vorliegenden Band der „Landsknecht im Dienste Hitlers“.

⁴ Mark P. Gingerich, Paul Hausser – Der Senior der Waffen-SS; Franz W. Seidler, Felix Steiner – Der Vater der europäischen SS, beide in: *Militärelite* (wie Anm. 1), S. 223-235 u. 510-527. Hinzu kommen die von Gerd R. Ueberschär betreuten Bände zu Hitlers militärischer Elite (wie Anm. 1), in denen sowohl Paul Hausser als auch Josef „Sepp“ Dietrich berücksichtigt werden.

⁵ Peter Black, Ernst Kaltenbrunner – Chef des Reichssicherheitshauptamtes, in: *Die braune Elite I* (wie Anm. 1), S. 159-172.

⁶ Zwar liegen für Daluege und Globocnik bereits Kurzbiografien vor, doch spielte dieses Kriterium, wie im Text geschildert, offensichtlich keine Rolle für die Auswahl der Lebensläufe. Vgl. Caron Cradle, Kurt Daluege – Der Prototyp des loyalen Nationalsozialisten, in: *Die braune Elite II* (wie Anm. 1), S. 66-79; Peter Black, Odilo Globocnik – Himmlers Vorposten im Osten, in: *Ebenda*, S. 103-115.

Ohlendorf (S. 379-393, David Kittermann) die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, doch stellt sowohl für den Chef der Kriminalpolizei Nebe als auch den Amtsleiter SD-Inland Ohlendorf die Verwendung als Kommandeur einer Einsatzgruppe eine außerhalb der eigentlichen Aufgaben gelegene Tätigkeit dar. Prädestiniert für die Aufnahme in den Band wäre dagegen der Chef der Einsatzgruppe A, Franz Walter Stahlecker, gewesen, der eine steile Karriere innerhalb der Gestapo durchlaufen hatte. Die Herausgeber lassen den Leser leider im Unklaren, nach welchen Kriterien sie die aufzunehmenden Biografien ausgewählt haben.

Stattdessen beschränken sich Ronald Smelser und Enrico Syring in ihrer Einleitung (S. 9-27) auf einen kurzen Abriss der Geschichte der SS, wobei die von den Autoren selbst als zentraler Punkt einer Biografiensammlung bezeichnete Frage nach den Motiven der einzelnen Persönlichkeiten nicht einmal andeutungsweise einer Antwort zugeführt wird: „Die Motive für den Eintritt in die SS sind genauso unterschiedlich wie die Männer, die eintraten“ (S. 9). Bei der Vielfalt der Aktivitäten der SS ist diese Aussage als ‚wahr‘ in einem absoluten Sinn zu bezeichnen, doch hilft sie dem Leser ebensowenig bei der Einordnung der Lebensläufe wie die „teilweise verblüffenden Ergebnisse“, dass „[m]anche SS-, zumal Waffen-SS-Offiziere (...) gelegentlich einen beeindruckenden moralischen Mut an den Tag“ legten (S. 21).

Diese Unentschiedenheit mindert die Einleitung der Herausgeber in doch erheblichem Maße, denn es lassen sich durchaus gewisse, in der Forschung auch seit Jahren angesprochene Typika für einen großen Teil der behandelten SS-Funktionäre namhaft machen. Fast alle in dem Band behandelten Männer sind um das Jahr 1900 geboren, d.h. für ihre politische Sozialisation wurden der Erste Weltkrieg, die deutsche Niederlage und die schweren Anfangsjahre der Weimarer Republik zu entscheidenden, generationsspezifischen Ereignissen und Erfahrungen. Viele der späteren SS-Männer sind der so genannten Frontgeneration zuzurechnen, viele von ihnen bewiesen persönliche Tapferkeit und erhielten Auszeichnungen (wie z.B. die späteren Höheren SS- und Polizeiführer Erich von dem Bach-Zelewski und Hanns Rauter). Für andere wie Heinrich Himmler zählte es zeit ihres Lebens zu einem Makel, nicht mehr an die Front gekommen zu sein. Auffallend ist auch, dass bei vielen der Weg schon in den 20er Jahren ins rechtsnationale Lager führte, wobei besonders die Freikorps bzw. das universitäre Umfeld eine Art Durchlaufstation für so manchen späteren SS-Funktionär bildeten. Fast alle Lebensläufe spiegeln eine klar natio-

nalistische, teilweise auch bereits rassistische politische Gesinnung lange vor dem Beitritt zur NSDAP oder der SS wider. Außerdem ist zu erwähnen, dass die meisten der behandelten Personen in relativ jungen Jahren exekutive Befugnisse erhielten, die weit über die Gewalten hinausgehen, die 30- bis 40-Jährigen in einem normierten Behörden- und Verwaltungsapparat zustehen. Die Mehrheit der vorgestellten Viten entspricht den eben geschilderten Bedingungen, von völlig unterschiedlichen Motiven für den SS-Beitritt kann daher nur in eingeschränktem Maße die Rede sein. Auch die von den Herausgebern postulierte ‚Brückenfunktion‘ der SS mit dem Ziel, „die überkommenen deutschen Eliten an das NS-Regime heranzuführen“ (S. 10), lässt sich bei der Mehrzahl der Lebensläufe nicht erkennen: Zwar stammten viele der SS-Führer aus dem bürgerlichen Mittelstand, doch ist offensichtlich, dass der ‚Bruch‘ mit einer traditionellen Laufbahn bereits in den 20er Jahren stattfand. Die SS verhiess diesen Männern eine Karriere, die sie im Rahmen der ‚überkommenen deutschen Eliten‘ nie erreicht hätten, daher beinhaltete der Beitritt zur Schutzstaffel Heinrich Himmlers eben auch eine klare Absage an althergebrachte Karrieremilieus.

Das ‚verblüffende Ergebnis‘ eines ‚moralischen Mutes‘ beschränkt sich bei näherem Hinsehen doch recht deutlich auf die beiden ‚Vorzeigegenerale‘ der Waffen-SS, Paul Hausser und Felix Steiner, sowie die ‚Nur-Militärs‘ Wilhelm Bittrich und Herbert Gille. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass sich alle vier Generale als Offiziere verstanden, die als militärische Fachleute die Courage besaßen, unsinnige und menschenverachtende Befehle nicht zu befolgen. Wie bei ihren Kollegen von der Wehrmacht gab es nur wenige, die diese Integrität besaßen, und viele, die auch die unsinnigsten Haltebefehle durchführten und verbrecherische Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung anordneten. Die nach 1945 kontrovers diskutierte Frage, inwieweit die Waffen-SS-Einheiten als ‚kämpfende Truppe‘ ohne ideologischen Hintergrund zu verstehen sind, wird leider in den betreffenden Biografien nur am Rande angesprochen; dabei hätte dies das Schlüsselthema bei der Vorstellung der Waffen-SS Generale sein müssen und nicht eine wie im Fall von Herbert Gille mehr oder weniger unkritische Deskription der verschiedenen Einsatzorte der SS-Division Wiking.

Positiv zu erwähnen ist, dass die einzelnen Biografien sowohl vom Umfang als auch von der Konzeption her einander entsprechen, was zweifellos ein Verdienst der Herausgeber ist. Wichtig für eine weitere Beschäftigung mit der jeweiligen Persönlichkeit sind die kurzen An-

gaben zu zentralen Quellenbeständen und der wichtigsten Literatur, die jeden Beitrag abschließen. Besonders lesenswert sind diejenigen Biografien, bei denen die Autoren ihren Beitrag nicht nur als chronologische Deskription eines Lebens verstehen, sondern ihre Ausführungen unter eine zentrale Frage stellen: So behandelt etwa Johannes Tuchel die Vita des Reichsführers SS vor allem unter dem Gesichtspunkt, welche ideologischen Motive Heinrich Himmler bestimmten, und Hans Safrian interpretiert das Leben Adolf Eichmanns vor dem Hintergrund der Forschungskontroverse, die den Leiter des Referats IV B 4 im RSHA alternativ als „Judenkommissar Europas“ (Robert M.W. Kempner) oder als ‚mediokren Funktionär‘ im Sinne Hannah Arendts verstehen.

Auch Matthias Schröder entschied sich in seiner Dissertation für einen personenbezogenen Zugang zum Thema. Im Mittelpunkt stehen die beiden deutschbaltischen SS-Funktionäre Erhard Kroeger und Friedrich Buchardt. Es ist frappierend, wie deckungsgleich die Viten sich in das eben gezeichnete Bild einpassen. Sowohl Kroeger (geb. 1905) als auch Buchardt (geb. 1909) kamen bereits in den 20er Jahren in ein rechtsgerichtetes nationalistisches Umfeld, das sie früh zu überzeugten Nationalsozialisten werden ließ. Die besondere Situation der deutschbaltischen Minderheit in Lettland zeigte zudem deutlicher als im Reich, dass der Nationalsozialismus seine Anziehungskraft auch aus einem Generationenkonflikt bezog. Kroeger und seine deutschbaltischen Anhänger standen mit ihren nationalistischen Thesen in einem immer schärfer werdenden Gegensatz zur älteren deutschbaltischen Elite.

Kroeger wurde bald zum Chef der nationalsozialistischen ‚Partei‘ und Buchardt zum Schriftleiter der ‚Parteizeitung‘ in Lettland. Mit der Umsiedlung der Deutschbalten 1939 geriet Kroeger (seit Oktober 1938 in der SS) geradezu zwangsläufig in das Umfeld der gigantischen Menschenverschiebungen, die Himmler als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ verantwortete. Der Zusammenhang zwischen der Ansiedlung von Volksdeutschen, der Deportierung von Polen und Juden und schließlich dem Holocaust führte Kroeger keineswegs zufällig direkt in die Vernichtungsaktionen, für die er als Führer des Einsatzkommandos 6 innerhalb der Einsatzgruppe C mitverantwortlich war. Auch Buchardt, der seit 1934 als Kroegers Mann im Reich fungierte und bereits ab 1936 für den SD arbeitete, war tief in die rassistischen Morde in Osteuropa verstrickt. 1941 war er beim SD in Lublin tätig, bevor er nach dem Überfall auf die Sowjetunion im

Einsatzkommando 7a der Einsatzgruppe B an den Massenmorden beteiligt war.

Matthias Schroeder geht es vor allem um die Rolle der beiden baltischen SS-Führer bei der Schaffung der ‚Russischen Befreiungsarmee‘ unter Andrej Vlasov. Wie Alfred Rosenberg traten Kroeger und Buchardt als deutschbaltische ‚Russlandexperten‘ für eine Zerstückelung Russlands und damit verbunden für einen Wandel der unterschiedslosen deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik ein. Erst gegen Ende des Krieges sollte die deutschbaltische ‚Fraktion‘ jedoch Himmler von dem Potenzial, das ihrer Meinung nach in der Vlasov-Bewegung steckte, überzeugen können, sodass die Aufstellung einer ‚Russischen Befreiungsarmee‘ faktisch ohne Resonanz blieb. Matthias Schroeder hat im zweiten Teil seiner Arbeit (S. 112-222) die Aktivitäten deutscher Stellen um Vlasov akribisch nachgezeichnet.

Der sperrige Titel des Buches belegt, dass die einzelnen Teile relativ unverbunden nebeneinander stehen. Der rote Faden zwischen den ausführlichen Biografien von Kroeger (S. 17-79) bzw. Buchardt (S. 80-112) und der Vlasov-Bewegung ist nicht immer ersichtlich. Doch mindert das den Wert des Buches nur in geringem Maße, denn Schroeders flüssige Darstellung bietet eine Vielfalt von interessanten Aspekten sowohl zur Rolle der Deutschbalten innerhalb der SS als auch einen konzisen Überblick über die mit dem Namen Vlasov verbundenen Zielsetzungen.

Insgesamt gesehen erweitern beide Bände unseren Kenntnisstand zur SS und ihren Führern, wobei der von Ronald Smelser und Enrico Syring betreute Sammelband in konzeptioneller Hinsicht wenig überzeugen kann. Seine Stärken liegen mit wenigen Abstrichen in den einzelnen Beiträgen begründet. Die Dissertation von Matthias Schröder erweitert diesen personengeschichtlichen Zugang durch die Biografien zweier deutschbaltischer SS-Führer und bietet darüber hinaus einen anregenden Einblick in einen bis heute mit Mythen und Legenden versehenen Bereich der deutschen Ost- und Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkrieges.

Joachim Tauber, Lüneburg

„Betr.: Sicherstellung“. NS-Kunstraub in der Sowjetunion, hrsg. v. Wolfgang Eichwede u. Ulrike Hartung. Bremen: Edition Temmen 1998, 263 S.; Natalia Volkert: Kunst- und Kulturraub im Zweiten Weltkrieg. Versuch eines Vergleichs zwischen den Zielsetzungen und Praktiken der deutschen und der sowjetischen Beuteorganisationen unter Berücksichtigung der Restitutionsfragen. Frankfurt a.M. (u.a.): Peter Lang Verlag 2000. 252 S., 15 Abbildungen (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. 885).

Es ist das Verdienst der Herausgeber Eichwede/Hartung, den ersten Sammelband zum Thema „Kunstraub der Nationalsozialisten in der Sowjetunion“ herausgebracht zu haben. Die zahlreichen Beiträge rekurrieren dabei auf umfangreiche Recherchen in deutschen, amerikanischen und vor allem russischen und ukrainischen Archiven, die von einer 1992 eingerichteten Arbeitsgruppe der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen durchgeführt worden waren.

Trotz einer zunehmenden Zahl von Publikationen zum Thema „Kunstraub in Westeuropa“ bleibt das Thema „Kunstraub in Osteuropa“ weiterhin unterrepräsentiert. Dabei wurde gerade in der Sowjetunion eine ungeheure Menge an Kulturgut von verschiedenen Dienststellen der Wehrmacht, der Partei und des Deutschen Reiches abtransportiert. Mit dem Titel „Kunstraub“ haben die Herausgeber dabei ein gängiges Schlagwort aufgegriffen, das jedoch gerade im Falle der Sowjetunion nicht ganz zutreffend ist; vielmehr wurden in der Sowjetunion weniger Kunstwerke beschlagnahmt als vielmehr Kulturgüter aller Art, so z.B. Bücher, historische Karten, prähistorische Funde, volkskundliche Sammlungen und Archivalien. Die einzelnen Beiträge gehen auf diese große Bandbreite durchaus ein, sodass nur im Titel diese leichte Unschärfe bestehen bleibt.

Inhaltlich gliedert sich der Band in drei Teile, die jeweils gut ausgewogen sind. Im ersten Teil wird der Raub von Kulturgütern in der Sowjetunion durch die Nationalsozialisten dargestellt, im zweiten Teil die auf den Einmarsch der deutschen Wehrmacht folgenden Evakuierungsmaßnahmen seitens der sowjetischen Kulturbehörden. Der dritte Teil beschreibt das Auffinden der Kulturgüter aus ehemals sowjetischem Eigentum auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik und deren Restitution durch die westlichen Besatzungsmächte. Es folgt ein Bericht zur Quellenlage sowie ein Anhang mit Quellen- und Literaturverzeichnis. Es fehlt allerdings ein Personenindex, der sicher-

lich hilfreich gewesen wäre. Drei der Beiträge (Andreas Grenzer, Gabriele Freitag und Christian Hufen) sind bereits 1997 vorab an anderer Stelle erschienen, was leider im vorliegenden Band an keiner Stelle vermerkt wurde und auch im Literaturverzeichnis nicht auftaucht.

In der Mitte des Buches befindet sich ein umfangreicher Bildteil, der sowohl Fotos als auch zentrale Dokumente wiedergibt. Bei den Fotos handelt es sich zum Teil um Propagandabilder des „Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg“ (ERR), weswegen man eine quellenkritische Bewertung vermisst. So wird beispielsweise ein Foto des Bücherdepots in Ratibor mit gewaltigen Stapeln von geraubten Büchern wiedergegeben. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass es sich eindeutig um eine Fotomontage des ERR handelt, die dieser erstellen ließ, um seine eigene „Effektivität“ beim Plündern zu demonstrieren. Auch ein Foto aus der Nachkriegszeit, das eine Angestellte des amerikanischen Kunstschatzes neben Prinz Philipp von Hessen (der nie in der Sowjetunion tätig war) und der berühmten Holbein-Madonna (die der Familie rechtmäßig seit über 100 Jahren gehörte und damit keine Raubkunst darstellte) zeigt, ist vielleicht etwas unglücklich ausgewählt. Wichtig und bedrückend dagegen sind die Fotos, die die Kriegsschäden in Schlössern und Kirchen dokumentieren.

Im ersten Teil gibt der Beitrag von Gabriele Freitag und Andreas Grenzer einen guten Überblick über die verschiedenen Kunstrauborganisationen der Nationalsozialisten in der Sowjetunion. Zahlreiche Stellen der Wehrmacht, des Staates und der Partei gründeten Dienststellen, die ausschließlich mit dem Abtransport von Kulturgütern aller Art beschäftigt waren. Die Wehrmacht ließ durch ihre Organisationen „Chef der Heeresarchive“ bzw. „Chef der Heeresbibliotheken“ und „Chef der Heeresmuseen“ Akten, Bibliotheken und museale Gegenstände von militärhistorischem Interesse abtransportieren und im Deutschen Reich verteilen. Dagegen richtete das Auswärtige Amt ein nach seinem Leiter Eberhard von Künsberg benanntes „Sonderkommando Künsberg“ ein, das in drei Einsatzkommandos bei den Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd außenpolitisch wertvolles Material beschlagnahmte. Ebenso hatte sich das „Ahnenerbe“, eine pseudowissenschaftliche Einrichtung Heinrich Himmlers, auf bestimmte Bestände in der Sowjetunion spezialisiert. Es bildete ein „Sonderkommando Jankuhn“, benannt nach dem renommierten Prähistoriker Herbert Jankuhn, das sich ausschließlich auf den Abtransport urgeschichtlichen Materials in der Ukraine und im Kaukasus konzentrierte. Die Tätigkeit dieses Sonderkommandos wird noch einmal ein-

gehender beleuchtet in dem Beitrag von Christian Hufen („Gotenforschung und Denkmalpflege. Herbert Jankuhn und die Kommandounternehmen des ‚Ahnenerbe‘ der SS“, S. 75-96). Dabei ist besonders bedeutsam, dass die vom „Sonderkommando Jankuhn“ geraubten Kulturgüter nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr aufgefunden werden konnten.

Die noch heute bekannteste Kunstrauborganisation war sicherlich der bereits erwähnte „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ unter der Leitung Alfred Rosenbergs, der in der Sowjetunion sowohl Akten und Bücher als auch Kunstwerke konfiszieren ließ. Weitgehend ausgeklammert ist leider die Tätigkeit des „Sonderkommandos Vorgeschichte in der Sowjetunion“ unter der Leitung von Hans Reinert, das Unmengen an prähistorischem und volkskundlichem Material abtransportieren ließ und sogar eigene Grabungen in der Sowjetunion durchführte. Die machtpolitische Stellung Rosenbergs in der Sowjetunion wurde hierbei unterbewertet. Als Beleg führen die Autoren z.B. an, dass Museumsbestände aus Minsk auf Befehl Himmlers von der SS ins Reich verschickt wurden. Jedoch wurde dabei übersehen, dass diese Minsker Bestände im Zuge der machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Himmler und Rosenberg schließlich letzterem übergeben wurden, sodass dies als Beleg für die These seiner Machtlosigkeit kaum tauglich ist.

Rosenberg konnte seine Machtstellung 1942 erheblich ausbauen, als es ihm gelang, einen „Führererlass“ vom 1. März 1942 zu erwirken, der die Aufgabe des ERR „zur Bekämpfung der Juden, Freimaurer und der mit ihnen verbündeten weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus“ als „kriegsnotwendig“ erklärte; infolge dieses Erlasses konnte Rosenberg seine Machtansprüche besser durchsetzen und einen „Sonderstab Bildende Kunst“ in der Sowjetunion einsetzen. Bei der Schlussfolgerung, dieser Erlass habe kaum Wirkung gezeigt, handelt es sich daher um ein Fehlurteil, das durch die jüngere Literatur bereits überholt ist.

Sehr anschaulich beschreibt Karin Jeltsch in ihrem Beitrag das Schicksal des Neptunbrunnes aus Schloss Peterhof. Der Beitrag besteht durch die geschlossene Beschreibung von der Entstehung des Kunstwerks über seine Aufstellung im Schloss Peterhof bis zu seiner Beschlagnahme und Verbringung nach Nürnberg 1942 sowie die von der amerikanischen Besatzungsmacht durchgeführte Restitution. Im Jahre 1660 war im Auftrag der Stadt Nürnberg der Brunnen von dem Bildhauer Georg Schweigger entworfen, jedoch wegen finanzieller Schwierigkeiten der Stadt nie aufgestellt worden. Zur Sanierung ihrer

Finanzen hatte die Stadt ihn 1797 an Zar Paul I. verkauft, der ihn in Schloss Peterhof aufstellen ließ.

Als die Wehrmacht im September 1941 Schloss Peterhof erreichte und besetzte, ließ der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generalfeldmarschall von Kuchler, den Brunnen in seine Einzelteile zerlegen und nach Nürnberg schicken, wo er im Juni 1942 ankam. Obwohl Hitler den Neptunbrunnen für den Neubau des Germanischen Nationalmuseums vorgesehen hatte, wurde er wegen des Luftkrieges im sog. „Kulturbunker“ an der Nürnberger Burg untergebracht. Dort wurde er 1945 aufgefunden und 1947 im Beisein von sowjetischen Kunstschutzoffizieren verpackt und restituiert. Der Beitrag belegt nicht nur das wechselhafte Schicksal eines wichtigen Kulturgutes, sondern er verdeutlicht auch in besonderer Weise, mit welchen „kulturhistorischen“ Argumenten die Verantwortlichen ihren Kunstraub zu begründen versuchten.

Hochinteressant sind auch die Ausführungen Grenzers zu den sowjetischen Evakuierungsmaßnahmen. Wie allgemein bekannt, rechnete Stalin nicht mit einem Überfall auf die Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht. Erst nach dem deutschen Einmarsch beschloss die Regierung und das ZK der KPdSU am 27. Juni 1941 eine Verordnung über die „Verlegung und Unterbringung von Bevölkerungsteilen und Kulturgütern“. Die darauf folgenden Evakuierungsmaßnahmen mussten daher unter erschwerten Bedingungen von den zuständigen Museumsbeamten, Archivaren und Bibliothekaren improvisiert werden. Im Juni/Juli 1941 wurden so mehrere 1 000 Kulturgüter vor allem aus den Zarenschlössern bei Petersburg sowie den Museen in Leningrad und Moskau in verschiedene Depots im Ural überführt, im September 1941 wurden auch Bestände des Historischen Museums in Kiev verlagert. Grundsätzlich wurden jedoch die kulturellen Institutionen in Russland selbst anscheinend vorrangig behandelt. Das sowjetische Kulturministerium stellte 1944 fest, dass nur 26 der 174 ukrainischen Museen teilweise evakuiert worden waren. Die Museen, Bibliotheken und Archive im Baltikum wurden noch weniger bei den Evakuierungsmaßnahmen berücksichtigt. So erlitten gerade die ukrainischen Museen aufgrund mangelnder Evakuierungsmaßnahmen, jedoch auch aufgrund der schnellen und langfristigen Besetzung durch die deutsche Wehrmacht qualitativ und quantitativ die größten Kulturgutverluste.

Ein weiterer Beitrag von Grigorij Koslov, dem einzigen russischen Autoren des Sammelbandes, geht auf die Versuche der sowjetischen Seite ein, die Kulturgutverluste zu erfassen und zu bewerten. Bereits

Ende 1942 wurde eine Außerordentliche Staatliche Kommission vom Präsidium des Obersten Sowjet einberufen, die die durch die deutschen Besatzer verursachten Schäden erfassen sollte. Ein Jahr später wurde ein Expertenteam unter der Leitung von Igor Grabar eingerichtet, das Informationen zu den kulturellen Schäden sammelte. Dabei verfolgte das Team vor allem das Ziel, den materiellen Wert der Verluste festzustellen, um diesen als Reparationsforderung nach dem Ende des Krieges einbringen zu können. Besonders die Erfassung der beweglichen Kulturgüter bereitete der Kommission methodische Schwierigkeiten. Grabar setzte durch, dass der Wert der Kulturgüter in Goldrubel zum Kurswert von 1927 umgerechnet wurde, da der zeitgenössische Rubel gar nicht konvertierbar war. In der Folge wurde zusätzlich eine Liste der deutschen Kulturgüter erstellt, die als „Äquivalente“ für die erlittenen Verluste dienen sollten. Im Februar 1945 wurden deshalb Trophäenbrigaden nach Polen und Deutschland entsandt, die einerseits – wenig systematisch – nach verschleppten sowjetischen Kulturgütern fahndeten, andererseits bereits nach „Äquivalenten“ aus deutschem Eigentum suchten und sie abtransportieren ließen. Nach Aussage des Autors überwog jedoch die Suche nach „Trophäen“, also Kulturgut deutschen Eigentums, das als Kompensation für erlittene Schäden verwendet werden sollte.

In einem umfangreichen Beitrag geht Gabriele Freitag der Frage der Restitution von Kulturgut sowjetischer Provenienz durch die westlichen Alliierten nach. Es war gewissermaßen ein historischer Zufall, dass sich die meisten NS-Depots mit Raubkulturgütern in der späteren amerikanisch besetzten Zone Deutschlands befanden. Vorsichtige Schätzungen sprachen von ca. 1400 Depots mit Raubkunst aus ganz Europa. So fiel die Hauptlast der Auffindung und Restitution von Kulturgütern der amerikanischen Kunstschutz-Organisation „Monuments, Fine Arts and Archives“ (MFA+A) zu. Glücklicherweise hinterließ der Kunstschutz in der amerikanischen Zone umfangreiches Aktenmaterial, das sich, wenn auch unterschiedlich geordnet, zum einen im National Archive in Washington, zum anderen als Dublette heute im Bundesarchiv Koblenz befindet. Wenig bekannt ist dagegen weiterhin über die Tätigkeit des Kunstschutzes in der britischen und französischen Zone. Auch der vorliegende Beitrag gibt hierzu keine Auskunft, was man aber mangels Akten der Autorin nicht vorwerfen kann.

Die Kulturgüter aus der Sowjetunion befanden sich relativ konzentriert in mehreren Depots des ERR in Franken, vor allem in Schloss Colmberg und Kloster Buxheim, sowie auf Schloss Höchstädt an der

Donau. Diese Kulturgüter wurden nach München verbracht und dort in einem Central Collecting Point zusammengeführt. Diese Sammelstelle war von den Amerikanern im Juni 1945 im ehemaligen „Führerbau“ eingerichtet worden; Bücher und Archivalien dagegen wurden grundsätzlich in das Offenbach Archival Depot überführt. Nachdem die Kulturgüter aus der Sowjetunion identifiziert und auf so genannten „Property Cards Art“ verzeichnet worden waren, wurden sie für die Restitution vorbereitet und verpackt. Zwischen 1946 und 1949 wurde der größte Teil der sowjetischen Kulturgüter, sofern sie in der amerikanischen Besatzungszone aufgefunden worden waren, an die Sowjetunion restituiert. Es handelte sich dabei um über 500 000 Einzelobjekte. Davon ausgeschlossen blieb jedoch ein Teil der Kulturgüter aus dem Baltikum, die bis in die jüngste Zeit von der Bundesrepublik treuhänderisch verwahrt wurden.

Leider bleibt in dem vorliegenden Beitrag die Frage unberücksichtigt, inwiefern Kulturgüter aus sowjetischem Eigentum von den Nationalsozialisten in Österreich deponiert und nach Kriegsende aufgefunden bzw. restituiert wurden. Gerade der ERR unterhielt mehrere Depots in Österreich, die auch Bücher und Archivalien aus der ehemaligen Sowjetunion enthielten.

Insgesamt ist die Publikation trotz der genannten Kritikpunkte sehr lesenswert, da sie einen ersten umfassenden Überblick zur Frage des Kulturgutraubes in der Sowjetunion, der Reaktionen auf sowjetischer Seite und der Restitutionen nach 1945 gibt und damit viele zentrale Fragen anspricht und beantwortet.

Der Kunstraub der Nationalsozialisten in der Sowjetunion bildet auch einen Schwerpunkt in der Publikation von Natalia Volkert. Die Autorin stellt einen Vergleich zwischen dem Raub von Kulturgütern durch verschiedene nationalsozialistische Dienststellen und dem Raub von Kulturgütern durch die sowjetische Trophäenkommission in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf.

Wie Volkert selbst angibt, wurde ihr der Zugang zu Akten in russischen Archiven vielfach verweigert. Vor allem konnte sie die Akten der Sowjetischen Militäradministration nicht einsehen. Die Arbeit basiert daher – wie man es bei einer Magisterarbeit erwarten kann – vor allem auf Sekundärliteratur, sodass die einzelnen Kapitel den bisherigen Forschungsstand wiedergeben. Neu dagegen ist die Fragestellung, ob es Parallelen im „Beuteverhalten“ der Nationalsozialisten und der Sowjets gegeben hat.

Mit theoretischen Diskussionen zur Vergleichbarkeit der beiden Diktaturen belastet sich die Autorin nicht weiter. Dabei klammert sie

einen wichtigen Aspekt weitgehend aus, an dem man unschwer einen Unterschied hätte erkennen können: der Rassenideologie der Nationalsozialisten, die nicht nur zum Holocaust an den europäischen Juden führte, sondern auch zu deren kultureller Beraubung. Überhaupt sind die beiden Ideologien nur sehr vordergründig skizziert, sodass auch die von der Autorin herausgearbeiteten Parallelen teilweise unklar bleiben.

So zieht Volkert Parallelen zwischen den Beschlagnahmungsaktionen im Zuge der Oktoberrevolution bzw. den Kunstverkäufen Stalins Ende der 20er Jahre und der „Aktion Entartete Kunst“ seitens der Nationalsozialisten. Nun wurden sicherlich in beiden Fällen Personengruppen aus ideologischen Gründen verfolgt; dabei unterschieden sich aber sowohl die Motive als auch die Vorgehensweise: Die „Aktion Entartete Kunst“ richtete sich vor allem gegen die „klassische Moderne“, deren Werke in den öffentlichen Museen beschlagnahmt wurden. Diese Kulturgüter wurden entweder vernichtet oder auf dem freien Markt verwertet. Dagegen wurden infolge der Oktoberrevolution zahlreiche adlige und bürgerliche Privatsammlungen sowie Kirchen beschlagnahmt und zum Teil in Museen umgewandelt, zum Teil ebenfalls vernichtet oder verwertet. Im einen Fall wurde eine Gruppe politisch verfolgt, im anderen Fall eine Stilrichtung bekämpft. Überdies ließ Stalin die beschlagnahmten Kulturgüter zehn Jahre nach der Beschlagnahme verkaufen; seine Motive beim Verkauf waren dabei ganz andere als bei der Beschlagnahme: Er wollte und musste seinen Fünfjahresplan finanzieren und griff dazu nicht nur auf die Sammlungen der ideologischen „Feinde“ zurück, sondern auch auf Altbestände der Eremitage. Dies zeigt, dass ökonomische und ideologische Motive unterschiedlich gewichtet waren.

Die nächste Parallele ist sehr viel überzeugender: beide Diktatoren planten ein „Supermuseum“, das ausschließlich mit Beutekunst ausgestattet werden sollte. Hitler plante sein „Führermuseum“ in Linz, Stalin ein Museum in Moskau. Volkert weist dabei zu Recht auf einen wichtigen Unterschied hin: Der Plan zum „Supermuseum“ in Moskau ging nicht von Stalin aus, sondern von verschiedenen russischen Intellektuellen. Ziel dieses Museums scheint eher die Verherrlichung der Sowjetunion gewesen zu sein, während Hitler selbst die Idee eines „Führermuseums“ entwickelte und damit die Überhöhung seiner eigenen Person beabsichtigte.

Vergleichbar sind auch Struktur und Vorgehensweise der deutschen und sowjetischen Kunstrauborganisationen. Beide Seiten bildeten spezielle Sonderkommandos, die bevorzugt direkt hinter der einmar-

schiehenden Truppe agierten und vorwiegend mit Kunsthistorikern und Museumsbeamten besetzt waren. Der Kulturgutraub auf beiden Seiten wurde von „Experten“ geplant und betrieben. Dabei spielte das Motiv, nationales Kulturgut „heimzuholen“, bei beiden Seiten eine große Rolle – unabhängig von der Frage, ob die andere Seite dieses nationale Kulturgut legal erworben oder selbst geraubt hatte.

Dagegen kann man der Autorin nicht zustimmen, dass die Moskauer Hochhäuser, im so genannten „Zuckerbäckerstil“ erbaut, den Architekturprojekten Albert Speers ähnlich sähen. Zwar versuchten beide Stile, den Eindruck nationaler Größe zu vermitteln. Dabei gingen die Bauten Speers jedoch in die Breite, nicht in die Höhe, und waren neoklassizistisch geprägt.

Trotz aller Suche nach Parallelen weist die Autorin darauf hin, dass es einen wichtigen Unterschied gab. Er bestand darin, „daß die Sowjetunion bei ihren Kunstraubaktionen sich auf das moralische Recht der Entschädigung für die enormen eigenen Kriegsverluste stützen konnte. Das moralische Recht gab ihr aber keine Legitimation für den massenhaften Abtransport deutscher Kulturgüter, der genauso wie der nationalsozialistische Kulturrraub völkerrechtswidrig war“ (S. 166). Im Unterschied liegt somit wiederum die Parallele: Beide Seiten verstießen gegen das Völkerrecht.

In einem Ausblick geht Volkert auf die Restitutionspolitik vom Kriegsende bis zur Gegenwart ein. So schildert sie die Restitution von Kulturgütern seitens der Sowjetunion an die DDR in den 50er Jahren und die Restitutionspolitik in der amerikanischen Besatzungszone, ebenso einige juristische Aspekte sowie die Entwicklung der Gesetzeslage zum Thema „Beutekunst“ in Russland seit 1990.

Zu kritisieren ist der etwas nachlässige Umgang mit den bibliografischen Angaben. Verschiedene Autoren oder deren Titel werden konsequent falsch angegeben. So zitiert die Autorin an einer Stelle die Rezensentin. Der zitierte Text stammt zwar aus dem angegebenen Sammelband, jedoch nicht von der Rezensentin, sondern von dem Moskauer Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung, Eric Gujer (S. 24 f.). Solche Fehler sind ärgerlich für alle Beteiligten.

Die Autorin hat in ihrer Publikation eine interessante Fragestellung entwickelt: Inwiefern war der Kulturgutraub der deutschen und der sowjetischen Besatzungsmacht vergleichbar? Volkert kommt zu dem Schluss, dass die Parallelen bei weitem überwogen. Den Grund sieht sie darin, dass es sich in beiden Fällen um totalitäre Staaten und ihre „Führer“ gehandelt hat, die weder die kulturellen Erzeugnisse des

eigenen Landes achteten noch das Anrecht anderer Völker auf ihr kulturelles Eigentum.

Anja Heuß, Frankfurt a.M.

Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944. Hamburg: Hamburger Edition 1999, 1232 S.; Bernhard Chiari, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944. Düsseldorf: Droste Verlag 1998, 380 S. (Schriften des Bundesarchivs. 53).

Weißrussland gehört zu jenen Regionen Osteuropas, denen die Geschichtsschreibung außerhalb des Landes bisher nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Dies gilt für Einzelstudien genauso wie für Epochen übergreifende Arbeiten und Gesamtdarstellungen. Umso erfreulicher ist das Erscheinen zweier Monografien, die sich beide der Geschichte des Landes im Zweiten Weltkrieg annehmen und zentralen Fragestellungen nachgehen.

Der Berliner Historiker Ch. Gerlach versucht in seiner umfangreichen Studie, die Zusammenhänge zwischen deutschen Wirtschaftsinteressen und der deutschen Vernichtungspolitik im Generalkommissariat Weißruthenien zu untersuchen, wozu er bewusst die Täterperspektive wählt. Es geht ihm vor allem um den Nachweis, dass die deutschen Verbrechen strategisch angelegt und geplant waren, wobei er den Tatbeiträgen und Einstellungen der verantwortlichen Akteure und Institutionen bis ins Detail nachgeht. Als Quellen herangezogen hat er vor allem die Akten zentraler Stellen, unter denen die der unter Wehrmachtshoheit stehenden Wirtschaftsdienststellen sowie Archivalien der bundesdeutschen Nachkriegsverfahren gegen NS-Täter sein wichtigstes Erkenntnisfundament bilden. Dass diese durch eine große Zahl weiterer Aktenbestände aus in- und ausländischen Archiven ergänzt werden, kann auch am umfangreichen Quellenverzeichnis abgelesen werden.

Gegliedert ist Gerlachs Studie in ein breit angelegtes einleitendes Kapitel und zwei vielfach untergliederte Hauptteile. Er beginnt seine Ausführungen mit einem Blick auf die historischen Voraussetzungen, die Weißrussland bis 1941 geprägt hatten, um dann auf die Entstehung der deutschen Vernichtungspläne einzugehen. Er untersucht diese im

Rahmen der allgemeinen NS-Kriegsstrategie, in der der Überfall auf die Sowjetunion auch eine kriegswirtschaftliche Notwendigkeit darstellte. Basierend auf einer Fülle entsprechender Quellenbelege zeigt er, wie in der politischen und militärischen Führung der Hungertod von Millionen Sowjetbürgern ein elementarer Bestandteil der Planung wurde und wie diese in Weißrussland operativ umgesetzt werden sollte. Zwangsumsiedlungen, Zwangsarbeit und „Entjudung“ (Conze) gehörten zu den vorgesehenen Maßnahmen, die zwischen militärischer und ziviler Verwaltung entsprechend abgestimmt wurden, wie Gerlach bis ins Detail ausführt.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist Gegenstand des ersten Hauptteils. Der Verfasser macht in ausholender Darstellung deutlich, wie sehr die Realität des Krieges die ursprünglichen Pläne zunichte machte bzw. nur deren partielle Realisierung zuließ. Dies hieß konkret, dass vor allem in der Anfangsphase die Strategie der „Versorgung aus dem Lande“ in Form von Plünderungen und willkürlichen Requirierungen betrieben wurde, bevor die Ausbeutungspolitik systematischer organisiert werden konnte – auf Kosten vor allem der nicht arbeitenden städtischen Bevölkerung. Stadtflucht und vor allem Hungersnot waren die Folgen, von denen Kriegsgefangene und Juden am härtesten getroffen wurden. Auch die seit Februar 1942 durchgeführte Agrarreform diente ausschließlich dem wirtschaftlichen Vorteil der Deutschen, die allein im Generalkommissariat Weißruthenien aus 1400 Kolchosen 5300 Landbaugenossenschaften bildeten (S. 358), um auch hier die von den Sowjets geschaffenen Strukturen zu zerstören. In diesen Zusammenhang gehören zudem die Entindustrialisierung und die erzwungene Entstädterung des Besatzungsgebietes als Teil einer bewusst verfolgten Bevölkerungspolitik, die Arbeitskräfte mobilisieren und die Ernährungsprobleme der Besatzer mindern sollte.

Zwangsarbeit als ein besonders tragisches Kapitel wird dabei in all ihren Erscheinungsformen untersucht und der immense administrative Aufwand der zahlreich damit befassten militärischen wie zivilen Dienststellen deutlich gemacht. Dass zum Instrumentarium dieser deutschen Arbeitseinsatzpolitik brutalste Zwangsmaßnahmen bis hin zum Gebrauch militärischer Mittel zählten, verliert Gerlach dabei an keiner Stelle aus dem Blick.

„Von Anfang an betrachteten die deutschen Besatzungsorgane die gesamte Bevölkerung als Verfügungsmasse, über deren Zukunft sie frei entscheiden könne, um Weißrussland zum deutschen Nutzen umzuformen“ (S. 503), lautet der Tenor des der deutschen Vernichtungspolitik gewidmeten Hauptteils II der Untersuchung, die mit der

Judenverfolgung beginnt. Diese setzte gleich zu Beginn des Einmarsches im Zuge von Masseninternierungen auch nichtjüdischer Zivilisten ein, die als „unbrauchbare Intelligenz“ und potenzielle Gegner vernichtet werden sollten. Allerdings wurden mit Rücksicht auf den Arbeitskräftebedarf nicht alle Internierten umgebracht, wovon zunächst auch noch jüdische Gefangene profitierten. Gleichzeitig setzte aber bereits die systematische Judenverfolgung im rückwärtigen Heeresgebiet ein, deren Befehlshaber in vorseilendem Gehorsam entsprechende Initiativen einleiteten. Dazu gehörte die Bildung von Judenräten, die Organisation von Zwangsarbeitskommandos und die Einrichtung von Ghettos, wobei Wehrmachtsskommandos, Einsatzgruppen und zivile Behörden auch in enger Kooperation mit weißrussischen Verwaltungen handelten. Gerlach ist sehr vorsichtig in seinen Wertungen, wenn er etwa meint, dass mangels schriftlicher Quellen die Frage unbeantwortet bleiben müsse, ob die Ghettoisierung von Anfang an als Mittel und Weg zur Vernichtung gedacht war. Eine Antwort liefert er selbst, wenn er schließlich ausführt, dass im Sommer 1942 bereits alle Juden im Generalkommissariat getötet worden waren. Hauptverantwortlich dafür waren vor allem SS- und Polizeieinheiten, aber auch Wehrmachtsteile, die „ausgezeichnet“, „befriedigend und reibungslos“ (S. 555) mit jenen zusammenarbeiteten. Auch in der Frage, ob der Erhalt jüdischer Arbeitskräfte Vorrang vor deren Vernichtung haben sollte, waren sich Wehrmacht und Wirtschaft mit Polizei- und NS-Führung einig, wie Gerlach in seiner Analyse der seit Oktober 1941 durchgeführten Vernichtungsaktionen belegen kann. Noch schlimmer: Wie schon andere vor ihr, belegt auch diese Studie wieder, dass Wehrmachtsskommandeure auch ohne direkten Befehl Hitlers oder der Heeresführung die Ermordung von Juden – aber auch von Polen und anderen Bevölkerungsgruppen – durch das Militär befahlen. Ob dies nun zur „Verbesserung der schwierigen Versorgungslage“ geschah oder aus rassistisch-ideologischen Motiven, spielt dabei keine Rolle. Wie vielfältig die Gründe waren, ist allerdings insofern erhellend, als sie den Übergang von Massenmord zur totalen Vernichtung der dortigen Judenheit verdeutlichen, einen Prozess, dessen Entwicklung sich bis ins Detail bei Gerlach nachlesen lässt. Er endete, als die letzten Ghettos aufgelöst und die letzten Juden in polnische Vernichtungslager deportiert bzw. beim Rückzug Ende Juni 1944 ermordet worden waren. Mindestens 500 000 jüdische Menschen waren dann dem Holocaust in Weißrussland zum Opfer gefallen, und nur wenige hatten sich dem durch Flucht entziehen können.

Nur kurz geht Gerlach auf den jüdischen Widerstand ein, da dieser bereits in zahlreichen Darstellungen seinen Niederschlag gefunden hat. Ausführlicher dagegen behandelt er die Deportation ausländischer Juden nach Weißrussland, wo allein im Todeslager bei Trostinez 60000 ermordet wurden. Daneben existierten weitere Arbeits- und Vernichtungslager sowie Gefängnisse, die diese „Infrastruktur des Mordens“ komplettierten. Wie viele Menschen in ihnen den Tod gefunden haben, ist nicht mehr rekonstruierbar.

Gequält und vernichtet wurden auch Kriegsgefangene, deren Schicksal ein ausführliches Kapitel der Untersuchung einnimmt. Schon beim Einmarsch wurden sich ergebende Soldaten der Roten Armee erschossen, was einzelne Wehrmachtskommandeure durchaus als Mord qualifizierten. Dessen ungeachtet entsprangen Gegenbefehle, sich ergebende Soldaten als Kriegsgefangene zu behandeln, weniger kriegs- und völkerrechtlichen oder gar humanen Überlegungen als eher der Befürchtung, dass durch die Mordaktionen die Disziplin der Wehrmacht beeinträchtigt werden bzw. sich der Widerstand der Sowjettruppen verstärken könnte. Dass sich zudem die Vernichtung von Kriegsgefangenen geradezu logisch aus den ideologischen Prämissen und der militärischen Gesamtplanung des Feldzuges ergab, machen auch Gerlachs Untersuchungen auf beklemmende Art deutlich. Er beschreibt den Aufbau des Kriegsgefangenenwesens und setzt sich mit den verbrecherischen Methoden ziviler und militärischer Dienststellen auseinander, in deren Folge im Generalkommissariat innerhalb der ersten fünf Monate über 100000 tote Kriegsgefangene verzeichnet wurden. Insgesamt sollen in Weißrussland 700000 sowjetische Soldaten in Gefangenschaft umgekommen sein – Angaben, die auf umfangreichen Erhebungen und Quellen basieren. „Die Kriegsgefangenen“, so das Fazit Gerlachs, „waren neben den Bewohnern des eingeschlossenen Leningrad die einzige große sowjetische Bevölkerungsgruppe, der gegenüber der Anfang 1941 entwickelte Hungerplan durchgeführt werden konnte“ (S. 858) – als Folge einer „konkrete[n] Strategie zur selektiven Vernichtung durch Unterversorgung“ (S. 859).

Nach einem Überblick über die Geschichte der Partisanenbewegung in Weißrussland geht der Verfasser auf Taktik und Methode ihrer Bekämpfung ein. Während diese in der Anfangszeit vor allem im Vorgehen gegen Widerstand leistende Individuen bestand, weitete sie sich seit Herbst 1942 auf „verdächtige Zivilisten“ aus und führte zu groß angelegten Operationen gegen Partisanenzonen und zur systematischen Vernichtung ganzer Dörfer und deren Bewohner. Auch hier

ist die Quellenlage nicht immer sehr ergiebig, aber die von Gerlach ausgewerteten Archivalien erlauben ihm durchaus, ein differenziertes Bild von Art und Umfang, Planung, Durchführung, Verantwortlichkeiten und den mörderischen Folgen zu zeichnen: Nach seinen Berechnungen fielen der deutschen Partisanenbekämpfung bzw. deren Gewaltexzessen mindestens 345 000 Menschen zum Opfer. Diese Zahl allein genügt, um auch die Partisanenbekämpfung als staatlich organisiertes Massenverbrechen zu werten, als Teil einer übergeordneten Strategie, die zynisch militärische Sicherheitsinteressen mit kriegswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Überlegungen verband und rücksichtslos durchgesetzt wurde.

Es gibt so gut wie keinen Aspekt der deutschen Besatzungspolitik, der in Gerlachs Arbeit nicht zumindest angerissen oder in seinen wesentlichen Elementen dargelegt würde. Dazu gehören das Wehrdorfprojekt von 1944, das allerdings über Anfänge nicht hinauskam, Ansiedlungsversuche von Kosaken und Kaukasiern, die Vernichtungspolitik gegen Kommunisten, städtische Widerständler und „Ostmenschen“ oder die Morde an psychisch Kranken und Kindern, die zudem in größerem Maßstab auch zu Arbeitseinsätzen von der Straße geholt oder einfach ihren Familien entrissen wurden. Auch der Rückzug der Deutschen war begleitet von Gewalt und Verbrechen an der Bevölkerung sowie von der Tatsache, dass „alles, was nicht mitzunehmen war, zerstört und verbrannt wurde“ (S. 1104), wie es etwa in einem Feldpostbrief hieß.

Im vorletzten Kapitel seiner Untersuchung setzt sich Gerlach schließlich peinlich genau und differenzierend mit der Rolle von Angehörigen der Offiziersopposition gegen Hitler im Generalkommissariat auseinander, denen er teilweise massive Verstrickungen in die in Weißrussland begangenen Massenverbrechen nachweist. Er attestiert ihnen nach Abwägung der ihr Handeln möglicherweise bestimmenden Motive wohl zu Recht eine überwiegend selektive Moral, ohne damit jedoch ein endgültiges Urteil über die gesamte Gruppe zu verbinden.

Mit einer ausführlichen Zusammenfassung und dem Resümee, dass Weißrussland im deutschen Hungerplan die „mörderischste Position“ unter den von den Deutschen dauerhaft gehaltenen Besatzungsgebieten zugewiesen war, beendet Gerlach seine materialreiche und höchst informative Studie über Pläne, Operationen und Täter der deutschen Besatzungszeit. Er hat mit ihr ein Standardwerk vorgelegt, das fast Handbuchcharakter besitzt.

Ganz anderen Zielsetzungen als Gerlach folgte B. Chiari in seiner Studie zum Alltag hinter der Front. Wie er einleitend hervorhebt, möchte er „die sozialen und kulturellen Zerstörungen (...) beschreiben und (...) analysieren, welche die Gesellschaft der Weißrussischen Sowjetrepublik (BSSR) während des Zweiten Weltkrieges“ (S. 2 f.) erlitt. Das Neue seines Ansatzes ist der Versuch zu zeigen, wie die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik in ihrer Sprunghaftigkeit und Konzeptionslosigkeit – und mit Hilfe der Beherrschten – funktionierte und dabei die Gesellschaft Weißrusslands schließlich zertrümmerte. Er möchte dabei verdeutlichen, dass die Auswirkungen des Krieges gesellschaftlich noch verheerender waren, als dies aus der vor allem auf materielle Schadenserfassung und Mystifizierung der sowjetischen Leistungen konzentrierten sowjetischen und postsowjetischen Geschichtsschreibung hervorgeht. Daher sucht er seinen methodischen Zugang über Fragestellungen der „Alltagsgeschichte“, mit deren Kritikern er sich kurz auseinandersetzt.

Für Chiari bedeutet Alltagsgeschichte einen bewussten Perspektivenwechsel hin zu den Opfern, also die Abkehr von Systemtheoretisierung und Abstrahierung, wie er sie etwa in der Diskussion um Modernisierungseffekte des nationalsozialistischen Systems beobachtet, als deren Folge er einen Verlust historischer Realität befürchtet. Denn, so das pointierte Urteil Chiaris, die „Analyse der planerischen Grundlagen deutscher Vernichtungspolitik vermittelte kein realistisches Bild der Vorgänge in den besetzten Gebieten“ (S. 8).

Im Weiteren geht der Verfasser auf die Entwicklung der Militärgeschichte in Deutschland ein, erwähnt deren Annäherung an die Sozialgeschichte, skizziert damit verbundene erweiterte Fragestellungen und berührt die aktuelle Diskussion um die Beteiligung der Wehrmacht an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, um sich dann dem Stand der Forschung über das besetzte Weißrussland zuzuwenden. Er weist auf neue Ansätze der vergleichenden Okkupationsforschung seit den 1980er Jahren hin und konstatiert zu Recht, dass Weißrussland lange Zeit für viele Autoren eine unbekannte Region geblieben sei. Zuzustimmen ist ihm auch, wenn er die bisher erschienenen Arbeiten als „Verwaltungsgeschichtsschreibung“ qualifiziert, die über die tatsächlichen Zustände im zivil verwalteten Teil der besetzten UdSSR wenig Aussagekraft besitzt. An der sowjetischen und nachsowjetischen Historiografie bemängelt er zudem eine gewisse Zögerlichkeit, sich mit der Okkupationsphase zu beschäftigen, und Darstellungen der Opferseite attestiert er, sich auch nach dem Ende

der Sowjetunion vor allem auf die Partisanenbewegung zu konzentrieren und klare Analysen zu meiden.

Angesichts dieser Defizite und Monita sucht Chiari methodisch wie inhaltlich einen Neuanatz. Da es innerhalb des sozialen Gefüges des Besetzungssystems in Weißrussland ein äußerst komplexes Geflecht von Abhängigkeiten und Vergünstigungen, von Verwaltungs- und Selbstverwaltungseinrichtungen, von Kollaboration und Widerstand, von Propagandakonzepten, politischen Hoffnungen und vielfältigen Überlebensstrategien gab und sich die NS-Machthaber rücksichtslos aller Individuen, Gruppen, Institutionen oder auch Ideen bedienten, verzichtet er darauf, verallgemeinerbare Ergebnisse zu suchen. Er beschränkt sich daher in seiner Studie auf die Skizzierung unterschiedlicher Milieus und Aktionsfelder, in denen er die destabilisierende und desorganisierende Wirkung der NS-Politik auf die Kriegsgesellschaft deutlich und das breite Spektrum der vielfältigen Überlebensstrategien nachvollziehbar macht – mit all ihren situativen Besonderheiten. Der Verfasser ist sich dabei des Fragmentarischen seiner Untersuchung bewusst, die, wie er hervorhebt, zwar nur ein lückenhaftes Bild der Wirklichkeit bieten kann, dafür aber Typisches aneinanderreicht.

Basierend auf der Auswertung der Bestände deutscher und weißrussischer Behörden in zahlreichen weißrussischen, russischen und deutschen Archiven richtet Chiari den Blick vor allem auf lokale Vorgänge und die diese beeinflussenden Prozesse, Interaktionen, Repressionen, Erfahrungen und Handlungsmuster, die er in sechs Aktionsfeldern behandelt.

Zuvor beschreibt Chiari kurz Weißrussland als periphere Region Polens und der Sowjetunion. Hier skizziert er die Bevölkerungs- und Nationalitätenverhältnisse, die Gleichschaltung der sowjetischen Peripherie und die Zerstörung nationaler Eigenständigkeit seit 1929, beleuchtet die repressive polnische Minderheitenpolitik sowie die durch die sowjetische Besetzung zwischen 1939 und 1941 bedingten sozialökonomischen Umbrüche mit all ihren Kataklysmen bis hin zu Umsiedlungen und Deportationen. Sie bildeten das Ausgangsszenarium einer in ihrem Gefüge schon vielfach zerbrochenen multinationalen Gesellschaft, die kein Widerstandspotenzial gegenüber neuen Herausforderungen mehr entwickeln und mobilisieren konnte. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion wurde sie neuerdings Objekt einer Terrorpolitik, die seit dem 1. August 1941 von der deutschen Zivilverwaltung im Generalkommissariat Weißruthenien ausgeübt wurde.

Chiari zeigt zunächst, wie die Zivilverwaltung als Teil der deutschen „Requirierungsmaschinerie“ in die „Barbarisierung der Kriegfüh-

„ mit einbezogen wurde. Sie rekrutierte sich zu einem erheblichen Teil aus Freiwilligen, von denen nur die wenigsten eine spezielle Schulung erhielten. Viele hatten sich zudem nur gemeldet, um im Osten Karriere zu machen, nachdem sie in Deutschland gescheitert waren. Generalisierende Aussagen über Motive und Interessen lassen sich allerdings kaum machen, sieht man einmal von den Landwirtschaftsführern ab, die in der Regel aus sehr kleinen Verhältnissen stammten und selten den komplizierten Verhältnissen in den besetzten Gebieten gewachsen waren. Auch die Kriegsrealität stand dem entgegen. Fehlende Handlungsanweisungen, Sprachprobleme, Kompetenzüberschneidungen, aber auch Frustration und zunehmende Unsicherheit aufgrund von Partisanenaktivitäten und der sich rasch wandelnden militärischen Situation waren hierfür ausschlaggebend.

Sehr anschaulich arbeitet Chiari vor diesem Hintergrund auch den komplexen Zusammenhang von Kollaboration, nationalen Selbstbestimmungsversuchen und Gewährung rudimentärer Selbstverwaltungsstrukturen heraus. Er schildert Kollaboration als ein sehr facettenreiches Phänomen, das von der situativen Anpassung an die Gegebenheiten im Kampf um das nackte Überleben bis hin zum Versuch reicht, den deutschen Machtapparat zur Austragung interethnischer Auseinandersetzung zu instrumentalisieren bzw. weißrussische Strukturen zu schaffen. Von der deutschen Verwaltung wurde dies auch so lange und so weit toleriert, als es den eigenen Interessen entsprach, aber auch, weil die deutschen Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten gering waren.

Ein aufschlussreiches Kapitel der Studie ist dem Thema „Polizisten als Täter und Opfer“ gewidmet. Einheimische Polizeikräfte, die sich aus Angehörigen aller Nationalitäten zusammensetzten, waren die wichtigsten Erfüllungsgehilfen des Besatzungsregimes und funktionierten in der Regel bis zum Ende der deutschen Okkupation. Sie repräsentierten die Besatzungsmacht vor Ort, waren deren willige Vollstrecker, auf ihren Vorteil bedachte Nutznießer des Elends der ihnen Ausgelieferten, Träger von Terror und Gegenterror, aber auch Ordnungs- und Schutzmacht gegen Partisanen- und Bandenüberfälle, wie Chiari an zahlreichen Beispielen verdeutlicht.

In einem eigenen Abschnitt wird das Los von Kindern und Jugendlichen untersucht. Sie waren vor allem Opfer, Traumatisierte in einer von Gewalt, Orientierungslosigkeit und zunehmender Not zerrissenen Gesellschaft, die keinen Raum für Kindheit bot. Sie litten als Heimkinder in trostlosen Verwahranstalten, und geistig Behinderte wurden wie jüdische Kinder von den Henkern des NS-Regimes er-

mordet. Dass auch das Schulwesen, das nur punktuell und zudem regional sehr unterschiedlich funktionierte, eher zur Spaltung der Gesellschaft beitrug, weil es letztlich auch nur ein Instrument der Herrschaftsausübung der Besatzungsmacht darstellte, belegen Chiaris Ausführungen auf bedrückende Weise. Noch mehr galt dies etwa für das „Weißruthenische Jugendwerk“, das nach dem Muster der HJ als faschistische Avantgarde konzipiert worden war und bei Kriegsende als Basiseinrichtung zur Bildung von Wehrdörfern diente.

Ausführlich geht der Verfasser auf die Ermordung der weißrussischen Juden und auf das Schicksal der Polen im Besatzungsgebiet ein. Die komplexe Wirklichkeit des Holocaust wird mit allen bedrückenden Details bis hin zu typischen Einzelschicksalen untersucht. Chiari zeigt nicht nur, wie der unter Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung virulente Antisemitismus den NS-Mordkommandos das blutige Handwerk erleichterte, sondern auch, wie Nichtjuden bei Rettungsaktionen ihrer verfolgten Nachbarn Zivilcourage bzw. Mut und Menschlichkeit bewiesen.

Äußerst prekär entwickelte sich die Situation der polnischen Bevölkerung. Sie litt sowohl unter massiven Spannungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Weißrussen als auch unter der inkonsistenten deutschen Besatzungspolitik. Die Polen standen zudem zwischen allen Fronten. Im Süden des Besatzungsgebietes waren sie Opfer bewaffneter ukrainischer Nationalisten und in den Reihen der Armia Krajowa wurden sie im Kampf zwischen Wehrmacht und sowjetischen Kräften bzw. als Widerstandskämpfer und Verbündete auf wechselnden Seiten zerrieben. Die situativ bedingte Zufälligkeit und Ausweglosigkeit von Kollaboration als Überlebensstrategie wird hier auf geradezu groteske Weise augenfällig.

Chaos, Leid und Gewalt fanden aber auch nach der Befreiung des Landes durch die Sowjetmacht noch lange kein Ende, wie Chiari in seinem Schlusskapitel deutlich macht. Racheaktionen, Selbstjustiz, neue Requirierungen, Umsiedlungen und sowjetische Befriedungs- und Gleichschaltungsmaßnahmen ließen das Land noch lange nicht zur Ruhe kommen. Und als es dann als Weißrussische SSR restituiert worden war, bedeutete dieser Neubeginn auch die Auslöschung der bisherigen Geschichte.

Chiari ist es auf eindrucksvolle Weise gelungen, den Alltag hinter der Front darzustellen. Die multinationale Gesellschaft Weißrusslands war schon vor dem Einmarsch der Deutschen in ihrem sozialen Gefüge erschüttert worden, das sich unter dem Druck der neuen Besatzungsmacht weiter auflöste. Die Fragmentierung vollzog sich

nicht nur entlang ethnischer Trennlinien, sondern erfasste auch soziale Zusammenhänge bis auf die Ebene von Dorfgemeinschaften und Familien. Terror und Gegenterror, wirtschaftliche Not und menschliche Schwäche warfen Gruppen wie Individuen auf sich selbst zurück. Bar aller Bindungen standen sie in einem Überlebenskampf, der Neutralität nicht zuließ. Es ist das Verdienst der Studie aufzuzeigen, wie unter diesen Besatzungs- und Kriegsbedingungen weder die Entscheidung für Kollaboration oder Widerstand noch der Entschluss, sich der deutschen, polnischen oder sowjetischen Seite anzuschließen, eine Garantie fürs Überleben bot. Und wenn Chiari auch nicht alle Aspekte erfassen und ein flächendeckendes Bild rekonstruieren kann, erlauben die von ihm beleuchteten Milieus und Aktionsfelder doch einen tiefen Einblick in die komplexe Wirklichkeit der Besatzungszeit im Generalkommissariat Weißruthenien.

Während beide Werke neben Quellen- und Literaturverzeichnis ein Personen- und Ortsregister aufweisen, findet man im Anhang von Chiaris Buch auch einige Abbildungen, die interessante Aspekte seiner Ausführungen illustrieren. Die beiden Monografien schließen eine große Lücke in der Historiografie zum Thema und ergänzen sich auf ideale Weise. Ihr Erscheinen ist uneingeschränkt zu begrüßen.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Karl-Heinz Füssl, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges 1945–1955. Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh Verlag 1994, 389 S.; Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München: R. Oldenbourg Verlag 1995, 1074 S. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. 2).

Die unmittelbare Nachkriegszeit steht inzwischen unter neuen historischen Vorzeichen. Vor dem Hintergrund der deutschen Einheit 1990 verändern sich zwangsläufig die Interpretationen der Geschichtswissenschaft. Zugleich ist aus einem Abstand von mehr als einem halben Jahrhundert eine wissenschaftlich-historische Analyse möglich, die in den ersten Jahrzehnten nach 1945 aus vielerlei Gründen (Quellenlage, Kalter Krieg, Teilung Deutschlands) erschwert war.

Entscheidende Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung wurden bereits von den Siegern des Zweiten Weltkrieges getroffen, bevor noch das vollständig und umfassend geschlagene Deutschland in Form zweier deutscher Staaten selbst wieder in die politische Gestaltung eingreifen konnte. Dieser ersten Phase der Besatzungspolitik widmen sich beide Bücher, wenn auch unter völlig unterschiedlichen Fragestellungen und Perspektiven. Während Karl-Heinz Füssl sich einem zentralen Thema zuwendet, nämlich der Umerziehung der jungen Generation, die von einer nationalsozialistisch bestimmten Gesellschaft und Öffentlichkeit geprägt war, beschreibt Klaus-Dietmar Henke den Einmarsch der amerikanischen Sieger und die ersten Monate der Besatzung aus deutscher und amerikanischer Sicht.

Füssl hat in seiner Arbeit, deren erster, ‚amerikanischer‘ Teil auf seine Habilitationsschrift an der Technischen Universität Berlin zurückgeht, seine Darstellung auf den Sonderfall Berlin und die Sowjetische Besatzungszone ausgedehnt. Allerdings kann damit der Anspruch des Buchtitels, die Schulpolitik *aller* Besatzungsmächte zu erörtern, nicht eingelöst werden. Sicherlich ist dem Autor beizupflichten, dass die Konzeptionen der beiden Führungsmächte des bald entstehenden Kalten Krieges vorgestellt werden, die zudem auch bald die Leit- und Vorbildfunktion innerhalb der beiden deutschen Staaten übernahmen (S. 14), doch ist das Fehlen so gut wie jedes Hinweises auf britische und französische Vorstellungen doch ein wichtiges Defizit des Buches, zumal die amerikanische Führung der Westalliierten sich erst im Laufe der Zeit herausbildete und insbesondere Frankreich zunächst eine durchaus eigenständige Besatzungspolitik vertrat. Die sehr umfangreiche Darstellung zur Situation in Berlin kommt mit einer kurzen Erwähnung französischer (S. 313) und britischer (S. 314) Aktivitäten aus, was der Lage sicherlich nicht gerecht wird. Verlag und Autor wären besser beraten gewesen, im Titel zu spezifizieren, welche Siegermächte behandelt werden.

Die ausführliche Darstellung der unterschiedlichen amerikanischen und sowjetischen Konzepte legt es geradezu zwingend nahe, die Ergebnisse in komparatistischer Form zu präsentieren und dem Leser in einem zusammenfassenden Fazit, methodologisch auf der historischen Komparation fußend, prägnant und plastisch Gemeinsamkeiten und Unterschiede vor Augen zu stellen. Füssl verzichtet jedoch komplett auf irgendwelche, seine Ergebnisse und Thesen zusammenfassenden Kapitel: Völlig unverbunden stehen die großen Teile des Buches nebeneinander, der Leser hat das Gefühl, zwei bzw. drei (Berlin)

unterschiedliche Arbeiten zu lesen, die nur zufällig in einem Einband zusammengefasst worden sind.

Das Fehlen der konzeptionellen Durch- und Aufarbeitung des Stoffes ist auch für die einzelnen Themenbereiche zu konstatieren: Die Darstellung der amerikanischen Politik (S. 35-185) beginnt mit ersten Einschätzungen noch während des Krieges (S. 37-57), geht dann zu Erfahrungen in den ersten besetzten deutschen Gebieten über (S. 58-76), um sich schließlich jedoch in vielen, per se durchaus interessanten Einzelheiten wie etwa einer Umfrage unter Jugendlichen in Eschwege (S. 103 f.) zu verlieren. Der fehlende ‚rote Faden‘ macht das Lesen zu einer ermüdenden Angelegenheit, die beiden letzten ‚amerikanischen‘ Kapitel, die sich einem Sonderprogramm der US-Army (S. 148-167) und dem Kulturaustauschprogramm (S. 168-185) widmen, können als selbstständige Aufsätze, losgelöst vom Rest des Buches, betrachtet werden. Dieser Eindruck verstärkt sich bei den Abschnitten über Berlin. So wird völlig überraschend in die Schilderung der Berliner Situation ein Kapitel „Zur Archäologie des ‚Antikommunisten‘. Jugendbiographien im Ost-West-Konflikt“ (S. 271-297) eingeschoben, das auf Interviews des Autors mit Zeitzeugen beruht. Als eigenständige Publikation ist diese Passage interessant und weiterführend, im Zusammenhang des Buches fehlt ihr jegliche Bindung an die übrige Darstellung. Unverständlich bleibt auch, weswegen die Situation in Berlin (S. 189-329) gegenüber der Lage in der sowjetischen Besatzungszone (S. 330-364) ein derartiges quantitatives Übergewicht erhält. Auch ist zu fragen, ob es nicht kompositorisch besser gewesen wäre, zunächst die sowjetische und SED-Schulpolitik in der SBZ darzustellen, denn dort standen den Bildungspolitikern keine ‚Hemmschuhe‘ und Komplikationen gegenüber wie im Vier-Mächte-Berlin. Ausgehend von der dann klar erkenntlichen (bildungs-)politischen Zielsetzung in der SBZ/DDR wäre die Berliner Sondersituation deutlicher zu konturieren gewesen.

So bleibt ein eher negatives Fazit zu ziehen, was umso ärgerlicher ist, da der Autor ausgiebig Quellenbestände eingesehen und ausgewertet hat. Doch ist die Ordnung und Aufbereitung des Stoffes nicht in dem Maße gelungen, wie es zu erwarten (und zu erhoffen) gewesen wäre.

Von anderer Qualität – und zwar in vielerlei Hinsicht – ist die Monographie von Klaus-Dietmar Henke, die in über 1000 Seiten umfassend die amerikanische Besetzung Deutschlands darstellt und gewichtet. Henkes Thema ist zeitlich eng begrenzt: „...ein einziges Jahr, aber es ist ein Jahr wie selten eines in der Geschichte. Es begann im Sommer 1944, und es endete im Sommer 1945“ (S. 25).

Zwölf Monate also, von der alliierten Invasion in der Normandie über die deutsche Kapitulation bis zum Aufbau der amerikanischen Militärverwaltung unter Lucius D. Clay, und doch ist die Zahl der angeschnittenen Themen immens: die militärische Entwicklung, der Untergang des nationalsozialistischen Regimes in einer letzten Orgie der Gewalt, die ersten Erfahrungen der amerikanischen Sieger mit der deutschen Bevölkerung und umgekehrt, die individuelle ‚Stunde Null‘ der West- und Süddeutschen, um nur einige Bereiche zu nennen.

Das Buch besticht, weil es diese Vielfalt meistert, ohne dabei den Überblick zu verlieren. Was Karl-Heinz Füssl bei einem weitaus enger begrenzten Thema nicht gelungen ist, führt Klaus-Dietmar Henke in seiner brillanten Monografie zusammen. Allein die Leistung, sowohl die amerikanische als auch die deutsche Seite adäquat darzustellen, verdient Anerkennung. Hinzu kommt, dass der Autor eben nicht nur ‚Geschichte von oben‘ geschrieben hat, sondern auch versucht, dem Leser die Ereignisse nahe zu bringen: „Dieses Geschehen darf nicht bloß analysiert, es muß auch lebendig gemacht und zur Anschauung gebracht werden. Anschaulichkeit aber erzwingt Ausführlichkeit, Authentizität verlangt Atmosphäre in Zitat und Präsentation, verlangt manchmal nichts weiter als Beschreibung und keinen unmittelbaren wissenschaftlichen ‚Zweck‘ verfolgende Erzählung“ (S. 33). Dieser Aufgabe ist der Autor gerecht geworden, sodass der Leser bald in der Lage ist, sich in jene Tage zumindest teilweise hineinzusetzen, und – was ebenfalls nicht unerwähnt bleiben sollte – die Mühe, mehr als 1000 eng bedruckte Seiten durchzulesen, gerne auf sich nimmt. Die erzählenden Passagen sowie der flüssige Stil, aber auch prägnante Formulierungen und im Urteil differenzierende Interpretationen bieten ein Beispiel dafür, was unter ‚moderner‘ Geschichtsschreibung zu verstehen ist.

Hervorzuheben sind u.a. die Kapitel zur amerikanischen Militärverwaltung und den ersten negativen Erfahrungen in dem bereits Ende 1944 besetzten Gebiet um Aachen (S. 93-122; 205-297) sowie die Darstellung zur berühmten Direktive JCS 1067 (deren Wirkung Henke zu Recht als relativ unbedeutend einstuft) (S. 166 ff.) und das damit zusammenhängende Fraternalisierungsverbot (S. 185-204). Das Verhalten von Industriellen, Arbeiterschaft und Besatzungsmacht im Ruhrgebiet stellt einen weiteren Höhepunkt des Buches dar (S. 449-656). Besonders deutlich wird die Konzeption bei der Schilderung der „Erschöpfungskrise in Wehrmacht und Bevölkerung“ (S. 795-861): Regionale Begebenheiten, Durchhaltebefehle von oben und die sogenannten „Endphase-Verebrechen“ des Regimes verdichten sich zu

einem überzeugenden Gesamtbild, das geprägt ist vom „Massenphänomen“ (S. 831) der Flucht der NSDAP-Funktionäre, der Weigerung der Bevölkerung, den Evakuierungsbefehlen Folge zu leisten, von letzten Morden durch SS und fanatisierte Nationalsozialisten und durch ein so gut wie immer korrektes Verhalten der amerikanischen Sieger, was wichtige Folgen für die Zukunft haben sollte: „...mehr oder weniger dankbar registriert wurde die Erlösung von den Schrecken des Krieges auf heimischem Boden und dem Terror der eigenen Führung durch die Ankunft der Amerikaner freilich überall. Auch wenn solche Empfindungen von dem Bewußtsein der totalen Niederlage Deutschlands und der Vergeblichkeit aller in den zurückliegenden Jahren gebrachter Opfer kräftig überlagert wurde, niemand konnte übersehen, daß es unzweifelhaft der Feind gewesen war, der der ‚Ära des Aufhängens und Totschießens‘ ein Ende gemacht hatte“ (S. 861). Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden nochmals eindringlich deutlich bei der ausführlichen Darstellung der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau (S. 861-930).

Klaus-Dietmar Henkes Buch geht auf eine Initiative des langjährigen Direktors des Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, aus den 80er Jahren zurück und ist Teil einer Publikationsreihe unter dem Titel „Gesellschaftsgeschichte des Umbruchs in Deutschland 1943-1948“.¹ Großteils noch vor der Wiedererlangung der deutschen Einheit geschrieben, steht es doch am Schnittpunkt des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa 1989/91 und bietet ein herausragendes Beispiel westdeutscher Geschichtsschreibung. Welche historische Bedeutung diese zwölf Monate auch für das heutige Selbstverständnis des deutschen Nationalstaates besitzen, hat der Autor treffend formuliert: „Und es war schließlich die Erfahrung mit einer insgesamt nachgerade beschämend fairen, humanen und unmilitärischen Besatzungsarmee, die bei manchem Zweifel darüber aufkommen ließen, ob Fairneß tatsächlich vor allem ein Indiz für Schwäche sei, ob Humanität vornehmlich Dekadenz signalisiere und militärische Schlagkraft wirklich nicht ohne Drill und eine unbarmherzige Standgerichtsbarkeit zu haben sei.

¹ Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*. München 1986; *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, hrsg. v. Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller. München 1988; *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*, hrsg. v. Christoph Weisz. München 1994.

Einsichten wie diese haben die deutsche Wendung zum Westen vielleicht mehr gefördert als manche spätere Reform und manches Umerziehungsprogramm der Militärregierung“ (S. 29).

Joachim Tauber, Lüneburg

Vorlesungsverzeichnisse der Universität Königsberg (1720–1804), hrsg. v. Michael Oberhausen u. Riccardo Pozzo. Stuttgart/Bad Cannstadt: Frommann-Holzboog 1999: Bd. 1.1, LXVII, S. 1-302; Bd. 1.2, S. 303-778 (Forschungen und Materialien zur Universitätsgeschichte: Abt. 1, Quellen zur Universitätsgeschichte. 1).

Michael Oberhausen und Riccardo Pozzo haben mit der Herausgabe der Vorlesungsverzeichnisse der Universität Königsberg (1720–1804) einen Meilenstein in der Forschungsarbeit zur Universitätsgeschichte Königsbergs und Ostpreußens gesetzt. Die beiden großformatigen Bände mit Faksimilenachdrucken der Vorlesungsverzeichnisse sind in dankbarer Verehrung Professor Wilhelm Risse (1931–1998) gewidmet, der sich auf den Gebieten der Kantforschung und der Geschichte der Logik bleibende Verdienste erwarb.

Die Ausgangslage bei der Erstellung dieser Sammlung war alles andere als leicht, sind doch viele Vorlesungsverzeichnisse nur verstreut als Fragmente schwer zugänglich oder bibliografisch unvollständig erfasst. Hinzu kommen Kriegsverluste, die gerade im Fall Königsbergs starke Spuren hinterlassen haben.

Der Wert der Publikation kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, da aus den Lehrveranstaltungen und Ankündigungen Aussagen bezüglich der Universitäts-, Wissenschafts-, Philosophiegeschichte und Aufklärungsforschung ableitbar sind. Kant, als Exponent der Aufklärung, ist durch seine Themenkataloge präsent. Die Kantforschung hat die Verzeichnisse deshalb ausgiebig genutzt, so etwa Rudolf Reicke (1825–1906) für die Bildungs- und Universitätsgeschichte oder Benno Erdmann zu Forschungen über Martin Knutzen sowie Friedrich Paulsen über den gelehrten Unterricht in Königsberg. Weitere Forscher wandelten auf diesen Spuren, sei es, dass sie die Verzeichnisse noch in unversehrtem Zustand vor dem Zweiten Weltkrieg an Ort und Stelle einsehen konnten, sei es, dass die Nachkriegsforschung sich daran machte, die entstandenen Lücken

über Parallelüberlieferungen und Zusammenführung verstreuter Überreste zu schließen.

Natürlich sind die Vorlesungsverzeichnisse nicht einheitlich, vollständig und fehlerfrei. Dadurch konnten sie auch nicht systematisch erschlossen werden. Und außerdem sind Ankündigungen und oft minutiöse Darstellungen zu Themen sicherlich nicht zwingend die Richtlinie, nach der später in den Lehrveranstaltungen verfahren wird; heutige Erfahrungen bilden in dieser Hinsicht ein nützliches *caveat*.

Zweck und Nutzen der Dokumentation lässt sich am besten anhand der Fragen, die die Herausgeber formulieren, darstellen: Welche Zusammensetzung hatte die Königsberger philosophische Fakultät 1720–1740? Welche philosophischen Richtungen waren in ihr zu diesem Zeitpunkt vertreten? Welche Veranstaltungen konnte Kant während seiner Studienzeit belegen? Welche Handbücher konnte er benutzen? Unter welchen von der Fakultät vorgegebenen Bedingungen konnten die Lehrveranstaltungen stattfinden? Welche philosophischen Strömungen gab es während der Anwesenheit Kants an der Universität? Wie ist die Wahl seiner Kompendien zu bewerten? Welchen Einfluss hatte Kants kritische Philosophie auf den Lehrbetrieb der Fakultät?

Schon für den Zeitabschnitt von 1720–1740 wird erkennbar, dass der Aristotelismus in Königsberg eine sehr starke Tradition hatte. Das drückte sich unter anderem auch in der Methodenlehre, Logik, Didaktik und Hermeneutik aus. Neben dem am stärksten spürbaren Aristotelismus wirkten modernere Geistesströmungen wie der Wolffianismus, Pietismus und eklektische Einflüsse im Umfeld der Universität.

Alle diese Strömungen bildeten später auch die Grundlage für Kants Studienjahre. Er bekam eine größtmögliche Übersicht und Freiheit in seinen Studien. Entscheidenden Einfluss übte wohl die Vorlesung von Schultz' „Theologia dogmatica et controversiarum“ auf Kant aus, der die Unterscheidung von „Thetik“ und „Antithetik“ später in seiner Antinomienlehre weiter verwendete.

Während seiner eigenen Wirkungszeit an der Universität las Kant als einer von wenigen die Logik nach Georg Friedrich Meier, Ethik und Metaphysik nach Baumgarten und führte Johann Georg Heinrich Feders „Grundriß der philosophischen Wissenschaften nebst der nöthigen Geschichte“, erschienen in Coburg 1769, als Kompendium für die philosophische Enzyklopädie an der Universität ein.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die beiden Herausgeber in ihrer Einleitung der Verwendung der lateinischen Sprache im Lehr-

betrieb des späten 18. Jahrhundert an der Universität Königsberg. Erst 1713 hatte Christian Wolff mit seiner „Deutschen Logik“ auch deutsche Termini in den Unterricht eingebracht. Dies fand bis zu Kants „Kritik der reinen Vernunft“ 1781 seine Fortsetzung. Gleichzeitig bediente sich Kant aber auch der neulateinischen Terminologie, um die Deutlichkeit und Exaktheit seiner Aussage zu unterstützen und seine Rezeption im Lehrbetrieb zu fördern.

Grundlage aller dieser Bemühungen um die lateinische Sprache bildete das Dekret Friedrichs des Großen von 1779: „Lateinisch müssen die jungen Leute auch absolut lernen, davon gehe ich nicht ab (...) und kommt schon eine Zeit, wo sie es anwenden können“ (Bd. 1.1, S. XXXVI). Hintergrund der Absicht des Königs und seines Staatsministers von Zedlitz war die Umwandlung der Lateinschulen in Bürgerschulen. Die enge Kooperation der Universitätsprofessoren an der Albertina mit der Berliner Zentralverwaltung machte diesen Schritt zur Verwendung der lateinischen Sprache im Unterricht möglich. Durch die Sprachpflege sollten der Wissenschaftsbetrieb und Diskurs aufrechterhalten werden. Da aber die Lateinkenntnisse der Studierenden oft nicht ausreichten, um den Lehrveranstaltungen zu folgen, kamen die in lateinischer Sprache gehaltenen Veranstaltungen mangels Zuhörer nicht zustande. Kurzfristig behelfen sich die Dozenten mit einer Trennung der Lehrveranstaltungen: Die Vorlesungen wurden in deutscher, die Repetitorien in lateinischer Sprache gehalten. Das setzte bei Kant voraus, dass er seine Beiträge für die Repetitorien ins Lateinische übersetzte. Die Folgen dieser Entwicklung erkennt man daran, dass die Berliner Regierung im Jahr 1787 die Einführung einer Abiturprüfung in Latein festlegte.

Ergänzend werden in der Einführung Entstehung und Form der Verzeichnisse dargestellt. Bibliografische Hinweise, Register zu Bibelpstellen, Lehrpersonen, Autoren, Werken und Handbüchern sowie Abkürzungsverzeichnisse, ausgewählte Titelblätter und ein ausführliches Verzeichnis der Sekundärliteratur vervollständigen den bemerkenswerten Katalog.

Michael Lintz, Blieskastel-Bierbach

Insa Mareike Rega, *Die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußen bis 1950 am Beispiel von vier Landkreisen*. Siegen: Herder-Bibliothek Siegerland e.V. 2002, 136 S., Tabellen, 1 Kte. (Schriften der J.G. Herder-Bibliothek Siegerland e.V. 35); Volker Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945–1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Rußlands 1991–2000*. Berlin: Berlin-Verl. Spitz 2001, 297 S.

Ostpreußen ist en vogue. Eine wahre Flut von Publikationen und Artikeln wurde in der letzten Zeit veröffentlicht – und meist beziehen sie sich auf den russischen, praktisch also mittleren, Teil der ehemals deutschen Provinz. Das ist verständlich, denn gerade ihm haftet nach Jahrzehnten eines militärisch hermetisch abgeriegelten Dornröschenschlafes hinter Stacheldraht etwas Besonderes, nachgerade Sagenhaftes an. Ein Problem dabei ist, dass die südlichen, heute polnischen Gebiete (Ermland und Masuren¹) sowie das nördliche, nunmehr litauische Memelland dabei aus dem Blick geraten und Ostpreußen mit der Königsberger Oblast² praktisch gleichgesetzt wird. Die Ursache für diese Gleichsetzung liegt wohl in der geografischen Sonderstellung: Dieser Teil der Russischen Föderation fristet nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sein Dasein als Exklave fern von „Mütterchen“ Russland (im Gegensatz dazu konnten Polen und Litauen „ihr“ Ostpreußen fast vollends integrieren, sodass man dessen „Ursprung“ beinahe vergessen hat). Und angesichts extremer Visa-Hürden ist es noch immer nicht leicht, kurzentschlossen in die Oblast² zu reisen – im Gegensatz zu Polen und Litauen. Mit dem geplanten EU-Beitritt dieser beiden Staaten wird sich die ohnehin schon prekäre Situation für den Raum um Königsberg verschärfen. Gar einen „Korridor“ zwischen der Oblast² und der Föderation wie weiland zwischen dem Deutschen Reich und seiner abgetrennten Provinz Ostpreußen wünscht der Kreml – so als würde sich Geschichte tatsächlich wiederholen; mit dem Unterschied, dass damals dem Verlierer des Ersten Weltkrieges „diktiert“ werden konnte und sich im Falle von Königsberg einer der Sieger des Zweiten Weltkrieges und Hauptleidtragende zu einem vermeintlichen Verlierer gewandelt hat. Das sah Ende der 40er Jahre natürlich ganz anders aus, und um diese Zeit geht es!

¹ Hier sei auf das Standardwerk eines jungen Historikers verwiesen, welches zeigt, wie man sich inhaltlich und stilistisch der Thematik vorbildhaft annehmen kann: Andreas Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*. Berlin 2001.

Denn weit mehr bietet die ungewöhnliche Nachkriegssituation Raum für Spekulationen und Fragen, die sich heute stellen und nach Öffnung der Archive (teils) beantworten lassen: Warum holte sich „Väterchen“ Stalin dieses Stück Deutschland? Welche Rolle spielte es in der Politik der Sowjetunion seit 1945? Wie liefen die „Transformierungsprozesse“ von einem preußischen in ein sowjetisches System ab, wenn man Vertreibung und Neubesiedlung so euphemistisch umschreiben will? Wie wurde in Kaliningrad, so der Name von Königsberg seit 1946, das gigantische realsozialistische Menschenexperiment fern von Nationalität, Religion und Geschichte umgesetzt? Wer waren die sowjetischen „Neusiedler“? Wie gingen bzw. gehen sie mit dem deutschen „Erbe“ um?

Einigen dieser Fragen gehen verschiedene neuere Veröffentlichungen nach – in ebenso unterschiedlicher Qualität wie die Masse von Zeitungsartikeln über das heutige Königsberg. Fast alle Publikationen enttäuschen nicht nur die großen Hoffnungen am Beginn der 90er Jahre, sie bleiben außerdem hinter ihren Möglichkeiten und eigenen Zielstellungen zurück. Zwei von ihnen sind Gegenstand dieser Rezension – eine Magisterarbeit von Insa Mareike Rega sowie eine Dissertation von Volker Frobarth. Beide sind akademische Schriften, die den Eindruck erhärten, dass universitäre Arbeiten in Deutschland offensichtlich noch immer nicht lesbar geschrieben sein müssen, um vor den Augen ihrer wissenschaftlichen Gutachter Bestand zu haben.² Und vorab: Beide Arbeiten bringen wenig Neues. So beschleicht den Leser das Gefühl, sie wären Anfang der 90er Jahre verfasst worden und nicht an deren Ende.

Insa Mareike Regas Studie beschränkt sich von vornherein auf doppelte Weise: auf einen Zeitraum von vier bzw. fünf Jahren (1945/46–1950) und auf vier Landkreise im Osten der Oblast'. Die Arbeit ist also eine Feldstudie über der Autorin „persönlich bekannte[n] Rayons und Städte (...), um durch Detailforschung einen Beitrag zur Erforschung der Gesamtregion zu leisten“ (S. 2). In diese gewissermaßen willkürlich getroffene Auswahl – mehr kann und soll eine Magisterarbeit allerdings auch nicht leisten – haben folgende Landkreise Eingang gefunden: der russische Teil von Tilsit-Ragnit

² Beispielsweise Bert Hoppe, *Auf den Trümmern von Königsberg*. Kaliningrad 1946–1970. München 2000, und hierzu ergänzend: Baldur Köster, *Königsberg. Architektur aus deutscher Zeit*. Husum 2000. Ebenso fehlt Ruth Kibelka, *Ostpreußens Schicksalsjahre 1944–1948*. Berlin 2000; ein an sich wichtiges Werk, dessen reißerischer Untertitel mehr verspricht als er hält (denn der polnische Teil fehlt) und dessen handwerkliche Mängel eklatant sind.

(Sovetsk-Neman), Pillkallen (Schlossberg/Krasnoznamensk), Stalupönen (Ebenrode/Nesterov) und Gumbinnen (Gusev) sowie die entsprechenden Städte. Rega benutzt für ihre deutschen Benennungen die 1938 zwangsweise eingeführten Nazi-Namen (bei ihr verschleiern „neudeutsch“ betitelt) zur „besseren Orientierung auf der beigefügten Karte“ (S. 18). Sie benutzt diese Begriffe allerdings nicht einmal konsequent, und die angehängte Konkordanz wiederum führt als ersten Eintrag die bei ihr „altdeutsch“ genannten bzw. die sowjetischen Ortsnamen auf. Die verwendete Karte hingegen – über deren Qualität sich nicht einmal streiten ließe; es gibt hinlänglich bessere – nutzt die „neudeutschen“ Bezeichnungen lediglich für zwei der wichtigen Städte. Ansonsten finden sich ausschließlich die sowjetischen Begriffe. Kurzum: Ein Hilfsmittel für eine bessere Orientierung sind weder Karte noch Konkordanzen. Aber das mögen Formalia sein.

Zunächst bietet der Text eine Einführung über das Kriegsende in Ostpreußen und die Ein- bzw. Übernahme durch Rote Armee und Sowjetunion, einschließlich der Ansiedlung von Neusiedlern – meist russischer Herkunft. Damit verbunden waren der Aufbau ziviler Verwaltungs- sowie Parteistrukturen in dieser „Militärischen Sonderzone“ und die Sowjetisierung des Territoriums inklusive die Umbenennung von Orten, Straßen und Plätzen.³ Das alles wurde bereits vielfach dargestellt; ein herausragendes Beispiel ist Eckhard Matthes' Kompendium „Als Russe in Ostpreußen“,⁴ in dem diese Vorgänge durch Zeitzeugenberichte illustriert werden. Dieses Buch wie andere – zu großen Teilen bereits veröffentlichte – Quellen bilden die Grundlage von Regas Untersuchung. Die vier erwähnten Landkreise kommen im ersten Teil ihrer Arbeit lediglich am Rande vor. Das ändert sich mit dem vierten und fünften Kapitel, also nach der Hälfte. Nunmehr stehen Aufbau und Entwicklung von Landwirtschaft sowie Handel, Gewerbe und Industrie im Zentrum. Rega ergeht sich beim Thema „Landwirtschaft“ im ermüdenden Aufzählen von Kolchosen wie Sowchosen (ohne deren Unterschied irgendwo zu erklären), Viehbeständen und Hektarerträgen und verbreitet als Zusammenfassungen der jeweiligen Untersuchungsgebiete Gemeinplätze. Wo

³ Regas These, dass man sich hierbei an den damals zunächst gebräuchlichen „alt-deutschen“ Namen orientiert habe, scheint sehr gewagt, die angeführten „Beweise“ wenig glaubhaft. Vgl. hierzu den Anhang S. 114. Als Beleg für die These werden anhand einiger weniger Orte „Übereinstimmungen von Anfangsbuchstaben“ angeführt.

⁴ Als Russe in Ostpreußen. Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945, hrsg. v. Eckhard Matthes. Ostfildern 1999.

bleibt hier die tiefere Analyse der genannten Fakten? Für diese Art der Erfassung hätten die Tabellen im Anhang vollends genügt. Warum wurden, wenn diese Landkreise denn tatsächlich bereist wurden, nicht selbst Leute vor Ort befragt? Und zu guter Letzt: Welche Erkenntnisse bringt die Betrachtung dieser vier Landkreise in ihrer etwaigen Spezifik für das Verständnis der Gesamtsituation im Königsberger Gebiet jener Zeit? Dass der Neuanfang auch dort schwierig war?

Das zweite Buch zu Kaliningrad ist eine Dissertation mit dem vielversprechenden Titel „Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945–1990“. Was für ein Thema! Moskau und Königsberg – Zentrum und (militärischer) Vorposten im Westen! Welche Eigenheiten wies die Entwicklung des sowjetischen Königsberg auf und welche Rolle spielte das Gebiet für den Kremel bis zur Auflösung der UdSSR, da Stalin doch so versessen auf dieses Stück Ostpreußen für sein Reich war? – dem will Frobarth nachgehen. Die „Einführung“ – ein Überblick über die Geschichte der früheren deutschen Provinz, Moskaus Motive für die Annexion und die Lage im Gebiet nach der Eroberung bis 1948 – bringt erst einmal nichts Neues; die ermüdend lang und breit zitierten Passagen aus Originalquellen (allein 13 Seiten zum wirtschaftlichen Aufbau [S. 119 ff.] – wobei eine Quelle seit längerem bereits publiziert ist⁵) stehen verloren im Text, werden weder eingeordnet noch gedeutet.

Der folgende Abschnitt will „signifikante Bereiche der Entwicklung des Kaliningrader Gebiets nach 1948“ (S. 165 ff.), d.h. bis 1990, darstellen. Frobarth präsentiert seitenweise statistische Tabellen, aus denen der Betrachter die Hauptlinien dieser Entwicklung herauslesen soll – denn kommentiert werden sie nicht. Ihr Aussagewert ist nach eigener Einschätzung „generell gering“ (S. 18). Es stellt sich folglich die legitime Frage: Warum nehmen sie dann einen derartigen Raum ein? Sie sind aber insofern interessant, weil sie den von Frobarth gelieferten Thesen widersprechen. Es geht um die sowjetischen Neusiedler, die zum einen in anderen Republiken angeworben wurden und zum anderen auf eigene Faust in das Gebiet kamen. Der Autor befindet, dass die 1946 in Gang gesetzten Siedlungsprogramme „auch nach 1950 *energisch* weitergeführt“ (S. 164; Hervorhebung des Rezensenten) worden seien. Das widerspricht den Realitäten – das Gros der Siedler

⁵ Samaja Zapadnaja. Sbornik dokumentov i materialov o stanovlenii i razvitiu Kaliningradskoj oblasti (Äußerster Westen. Sammlung von Dokumenten und Materialien zur Entstehung und Entwicklung des Kaliningrader Gebiets). Bd. 1, Kaliningrad 1980, S. 55 ff.

war Anfang der 50er Jahre bereits eingetroffen – und noch mehr den abgedruckten Zahlenerhebungen. Ebenso verhält es sich beim Thema Landflucht. Denn nicht wenige der Neusiedler kehrten in dieser Zeit angeblich schon wieder an ihre Herkunftsorte zurück: „zwischen 1955 und 1965 verließen allein vom Lande 245 Tausend Personen das Kaliningrader Gebiet“ (S. 169), so Frobarth. Was er dabei allerdings übersieht, ist der Umstand, dass diese Zahl auch die Migration innerhalb des Territoriums erfasst. Das wiederum hat mit der Politik Moskaus herzlich wenig zu tun; die Ursache liegt in den Gegebenheiten der Oblast' selbst. Die anschließende Darstellung der Wirtschaft endet bereits 1971 (also noch vor der „Vremja sostoja“, der Stagnation der Brežnev-Ära); das Thema Militär wird praktisch als eine (sehr trockene) Zusammenfassung bekannter Fakten abgehandelt. Das gilt gleichfalls für den „Ausblick: Das Kaliningrader Gebiet in der Politik Russlands 1991–2000“, also dem Ende der verordneten Isolation. Im Anhang finden sich die Biografien „leitender Funktionsträger von Partei und Staat des Gebiets und der Stadt Kaliningrad 1947–1991“ sowie Ausführungen zur Problematik der Umbenennungen von Orten. Das ist der wohl innovativste Teil der Arbeit; allein er hat mit dem Thema der Arbeit, „Königsberg in der Politik der Sowjetunion“, eigentlich nichts zu tun.

Am Ende steht für den Leser ein großes Fragezeichen: Welche Rolle hat Kaliningrad nun für Moskau gespielt? Und noch mehr fragt man sich: Welche Rolle hat die Zentrale in Moskau für Kaliningrad gespielt? Eine Antwort steht aus.

Aus Königsberg ist Kaliningrad geworden – das bestätigen beide Arbeiten auf ihre Weise erneut, und wiederholen damit Bekanntes. Somit hat Agnes Miegel („Und daß Du, oh Königsberg, nicht sterblich bist ...“) unrecht und recht zugleich: Das deutsche Königsberg und seine Umgebung existieren nicht mehr; das russische, auf dessen Fundament errichtet, wird uns noch lange beschäftigen – heute mehr denn je. Es bleibt dabei jedoch sehr zu hoffen, dass die entsprechende Forschung sich dieses Gegenstands endlich in angemessener Weise nähert und auf Neuland wagt.

Uwe Neumärker, Berlin

Bert Hoppe, Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970. München: R. Oldenbourg Verlag 2000, 166 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 80).

Wenn eine Magisterarbeit (Humboldt-Universität Berlin; Gutachter: Ludmila Thomas, Heinrich A. Winkler) in die renommierte „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ aufgenommen wird, darf dies wohl als Auszeichnung gelten. Diese rechtfertigt sich im vorliegenden Fall durch die Bearbeitung eines an sich naheliegenden, bislang aber nicht vertieft behandelten Themas durch die Erschließung neuen, vor allem archivalischen Quellenmaterials. Dass letzteres vor allem dem Staatlichen Archiv des Kaliningrader Gebietes (GAKO) entstammt, während die Arbeitsmöglichkeiten im ehemaligen Gebietsparteiarchiv, jetzt „Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der neuesten Geschichte des Kaliningrader Gebietes“ (CChIDNIKO) genannt, immer noch Beschränkungen unterliegen, spricht für sich und dürfte eine Erfahrung sein, die nicht nur der Verfasser dieser Arbeit gemacht hat.

Der Titel des Buches hätte deutlicher zum Ausdruck bringen können, dass es nicht um eine allgemeine Darstellung der Nachkriegsgeschichte Königsbergs geht, sondern vor allem um Baugeschichte. Das Stichwort „Trümmer“ allein führt den Leser noch nicht auf den richtigen Weg; diesen weisen erst das Inhaltsverzeichnis und die Einleitung. Die geschichtlichen Voraussetzungen stellt nur der erste Abschnitt „Von Königsberg nach Kaliningrad“ dar, der – nicht nur auf die Stadt bezogen – „Kriegsende und Annexion“ und „Besiedlung und Vertreibung“ behandelt, dem Kenner aber wenig Neues bietet und das wohl auch nicht beansprucht. Das eigentliche Thema ist jedoch überzeugend in die drei Kapitel „Kampf gegen die Vergangenheit“, „Probleme des Wiederaufbaus“ und „Symbole“ gegliedert.

Das alte Königsberg bzw. das, was von ihm übrig geblieben war, wurde von den sowjetischen Eroberern und Neusiedlern (jedenfalls ihren propagandistischen Wortführern) zunächst aus zweierlei Gründen abgelehnt: als „böse“, weil bislang deutsche Stadt und „Vorposten des Militarismus“ einerseits und als kapitalistisch-bürgerliche, sozialistischen Vorstellungen entgegengesetzte Stadt andererseits. Charakteristisch, dass sie durch Bezüge auf das „Vorbild Moskau“ in beider Hinsicht verändert und vertrauter werden sollte, wurde sie doch auf diese Weise sowohl russischer als auch sowjetischer.

Die ehrgeizigen Pläne der Nachkriegszeit, deren ideologische Aufgeladenheit trotz allem, was man über die Sowjetgesellschaft jener Jahre weiß, erstaunt, übersahen aber, dass sie einer Stadt galten, deren Ruinenlandschaft noch lange kaum die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigte und die schneller praktischer Lösungen, nicht weitreichender Zukunftsentwürfe bedurfte. Die Ideologen unter den Stadtplanern und Architekten flüchteten, wo sie schon die tatsächlichen Lebensverhältnisse nicht ändern konnten, ins Symbolische und gaben der Gestaltung von Denkmälern, Gedenkstätten und repräsentativen Straßenzügen den Vorzug. Die Realisten versuchten nicht nur, durch normierte Neubauten der Wohnungsnot Abhilfe zu schaffen, sondern auch Altbausubstanz zu retten. Die jahrelange Propaganda gegen die Überbleibsel der „deutschen Stadt“ bei anhaltendem Unvermögen, diese nicht nur durch neue, sondern durch bessere Architektur vergessen zu machen, führte umgekehrt gerade dazu, dass viele Neubürger begannen, sich mit eben jenen Charakteristika ihrer Stadt zu identifizieren, die typisch für diese und nicht typisch sowjetisch waren. Den Kampf um die Erhaltung des Schlosses verloren sie allerdings; gegen allerhöchste Ordre Brežnevs waren sie machtlos.

Wie es scheint (dies eine über den Zeitrahmen des Buches hinausführende Betrachtung des Rezensenten), wird das Verhältnis Kaliningrads zu seiner deutschen Vergangenheit und ihren städtebaulichen und architektonischen Hinterlassenschaften in dem Maße „unverkrampfter“, in dem die Einwohner der Stadt und des Gebietes sich – ungeachtet enger Beziehungen zu Russland – ihrer tatsächlichen geografischen Lage bewusst werden, ihre Beziehungen zu den europäischen Nachbarn im Sinne größtmöglicher Offenheit regeln und den tatsächlichen Geschichtsverlauf unvoreingenommen aufarbeiten.

Hoppe bezeichnet den Vergleich mit Wiederaufbau- und Stadtplanungskonzepten anderer sowjetischer Städte als wünschenswert, kann ihn aber über einige Hinweise hinaus verständlicherweise nicht ausführen. Grundsätzlich hätte die Arbeit noch gewinnen können, wenn ihr Problem nicht nur vor einem innersowjetischen, sondern vor einem gesamteuropäischen Vergleichshintergrund gesehen worden wäre. Kahlschlagmentalität und Bruch mit der Tradition war ja kein Privileg „sozialistischer“ Stadtplaner und Architekten, wie u.a. Wolf Jobst Siedler in verschiedenen Veröffentlichungen beklagt hat, und umgekehrt zeigt das Beispiel Polens, welche Anstrengungen zur

Rekonstruktion historischer Stadtzentren und Baudenkmale auch unter gesellschaftlichen Bedingungen unternommen werden konnten, die den sowjetischen prinzipiell ähnelten.¹

Horst-Dieter von Enzberg, Lüneburg

Werner Benecke, Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918–1939. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 1999, VII u. 322 S. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 29).

Werner Benecke verfolgt mit seiner 1997 in Göttingen verteidigten Dissertation über die Ostgebiete Polens das Ziel, „die konkreten Probleme der Integration der Kresy in den staatlichen Gesamtzusammenhang [Polens] aufzuzeigen, wie sie sich aus der Perspektive der vor Ort Betroffenen darbot“ (S. 3). Um es vorweg zu nehmen: Der Ansatz ist zu guten Teilen umgesetzt worden, es bleiben jedoch Fragen unbeantwortet, die mit der Auswertung regionaler Archive einer Beantwortung zugeführt werden könnten. Die benutzten Archivalien sind es nämlich, die Benecke an der Erfüllung eines Teils seiner selbstgestellten Zielsetzung hindern: Die regionalen Zeitschriften und die polnischen Feldforschungen der 1930er Jahre, die Benecke erstmalig der Öffentlichkeit vorstellt, heben den Focus aus Warschau, aus der Zentrale, auf dieses Randgebiet der Rzeczpospolita nicht auf. Akten aus Minsk und Lemberg müssten für lokale und weitergehende Studien herangezogen werden. Hingegen gebührt Benecke das Verdienst, die in diesem Zusammenhang weithin ebenfalls unbekannt und unbenutzten Unterlagen der Quäker und ihrer Hilfsorganisationen in die Thematik eingeführt zu haben – und diese steuern einige wichtige Facetten v.a. für die sozialen und gesellschaftlichen Fragen der Jahre bis 1922 bei.

¹ Am 11. und 12. Januar 2002 veranstaltete das Deutsche Historische Museum in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Polen-Institut Darmstadt und dem Polnischen Institut Leipzig einen Workshop zum Thema „Die Schleifung: Zerstörung und Wiederaufbau historischer Bauten“; eine Dokumentation der Vorträge und Referate ist in der Reihe „Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt“ angekündigt.

Benecke stellt zu Beginn seines Buches die v.a. von dörflicher Bevölkerung besiedelten Kresy ins Zentrum einer ausführlichen Debatte der überwiegend gegenläufigen staatspolitischen Konzepte der Inkorporationisten und der Föderalisten innerhalb der polnischen Nationalbewegung sowie der politisch prägenden Parteien und Persönlichkeiten der frühen Republik. Der Autor kommt hier – und auch im weiteren Verlauf seiner Arbeit – auf den zentralen Punkt polnischer Territorialpolitik nach dem Ersten Weltkrieg zu sprechen: die Frage der Sicherung der territorialen Einheit einer lebensfähigen Rzeczpospolita zwischen den übermächtigen und nicht erst in Rapallo kooperierenden Nachbarn Deutschland und Russland resp. der Sowjetunion. Eingekeilt in diese für Polen bedrohliche Allianz der Nachfolger der ehemaligen Teilungsmächte und damit auch ins Zentrum des sich verhärtenden Konfliktes zwischen kapitalistisch-demokratischen und bolschewistischen Staats- und Gesellschaftsstrukturen gerückt, mussten die Grenzlande für das neue Polen eine existenzielle Bedeutung besitzen. Benecke zieht den Vergleich zwischen den West- und den Ostgebieten der zweiten Republik verschiedentlich, wenn auch durchaus mehr Detailuntersuchungen angebracht wären, um stichhaltige Ergebnisse zur sicherheitspolitischen Bedrohungslage, der vermeintlichen Separationsgefahr zu erhalten.

Die 20er Jahre scheinen geprägt von einer Instabilität des polnischen Staates, die sich insbesondere in den Kresy mit ihrer vielnationalen Bevölkerungsstruktur als kaum zu überwindender Faktor erweisen sollte. Die ca. eine Million sog. Repatrianten aus den ehemals ostpolnischen Gebieten stellten nach Benecke nur eines der Probleme dar (S. 35), hinzu kamen mehrere zehntausend Bürgerkriegsflüchtlinge und (v.a. in Warschau) ein starkes weißrussisches und ukrainisches Exil. Die von Benecke ausführlich geschilderten Folgen der Kriegführung der deutschen und russischen Kontrahenten insbesondere in den Kresy können wohl nur als „verbrannte Erde“ interpretiert werden. Wenn die Schützengräben in Flandern noch heute Menetekel einer entsetzlichen modernen Kriegführung sind, so sollten auch die vergleichbaren Stellungskämpfe in Europas Osten langsam in das Bewusstsein einer breiteren europäischen Öffentlichkeit rücken.

„Die Kresy waren zu Beginn der Zweiten Republik eine zerstörte Notstandsregion; nirgendwo in Polen hatten Krieg und Bürgerkrieg derartige materielle und ideelle Schäden hinterlassen wie in den vier Ostwojewodschaften“ (S. 40). Die von Benecke eindrücklich geschilderten Hilfsmaßnahmen der „Society of Friends“, der Quäker also, stellten in dieser für die betroffene Bevölkerung nahezu aussichtslos

anmutenden Situation eine humanitäre Leistung ersten Ranges dar. Leider fehlt eine Darlegung des religiös-ethischen Moments, die diesen Hilfsaktionen innewohnt.

Viel Raum gibt Benecke der Schilderung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Probleme in der Innenverwaltung der Kresy und kommt zu dem Schluss, dass von einer Durchsetzung effektiver staatlicher Macht nicht gesprochen werden könne und ein latenter Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft in den Kresy für die gesamte Zwischenkriegszeit kennzeichnend sei (S. 55). Dieser Konflikt wurde auch durch die erst mit dem Frieden von Riga einer Lösung nähergebrachte Grenzausensetzung Polens mit Russland und durch das zeitweilige Erstarken einer (weißrussischen) kommunistischen Bewegung verstärkt.

Ein eigenes Kapitel widmet Benecke der Finanzierung der ukrainischen Minderheit in den Kresy durch die Weimarer Republik. Dabei stellt er die unterschiedlichen Positionen der beiden letztlich separatistischen ukrainischen Organisationen (UNDO und OUN) heraus, die sich vornehmlich in der Auseinandersetzung mit dem ungeliebten polnischen Staat äußerten: im Gegensatz zur UNDO griff die OUN früh nach ihrer Gründung zu terroristischen Aktionen und lieferte damit letztlich den Nachfolgern der Inkorporationisten in Warschau den Vorwand zu den militärischen „Pazifikationen“ der Jahre um 1930. In einem irrt Benecke allerdings: Mitnichten „beendete ein kurzes Telegramm des Reichsaußenministers Curtius die unmittelbare Verstrickung Deutschlands in die polnische Kresy-Politik“ (S. 75) im September 1931. Vielmehr wurde die direkte deutsche Unterstützung ukrainischer Organisationen in Polen abgelöst durch verdeckte Finanzierungen über die deutschen Minderheiten in Polen z.B. für die ukrainische Genossenschaftsbank in Lemberg und durch die organisatorische und finanzielle Beteiligung an den Klagen der ukrainischen Minderheit im Rahmen des völkerbundlichen Minderheitenschutzverfahrens in Genf.

Benecke wendet sich auch – und dies ist ein zentraler Teil seines Buches – dem Bündel an legislativen Reformen zu, mit denen Polen die Kresy von einem Entwicklungsgebiet zu einem der Rzeczpospolita nützlichen Territorium an der so sensiblen Ostgrenze zu verwandeln suchte. Dass letztlich eine Vielzahl dieser Reformvorhaben im ökonomischen Bereich, auf dem Schul- und Bildungssektor, in kulturellen und konfessionellen Bereichen scheiterten, sollte anhand von Einzelstudien weiter geklärt werden. Benecke verweist eindrucksvoll auf die Nichtakzeptanz der Agrarreform und zieht dabei den Schluss, dass

insbesondere die kurze Herrschaft der Bol'sheviki im Herbst 1920 ausschlaggebend für die Ablehnung des angestrebten agrarischen Wandels war: „Weit entfernt davon, eine ‚Landreform‘ im eigentlichen Sinne gewesen zu sein, blieb das, was unter der Herrschaft der Roten in den Kresy für kurze Zeit möglich war [z.B. der freie Holzeinschlag etc.; S. B.-S.], der Bevölkerung als eine Idee im Gedächtnis, die sich niemals der Prüfung einer realen Umsetzung hatte unterziehen müssen und somit auf Dauer dem Mythos einer besseren Alternative Nährboden war“ (S. 92). Die Ablösung der Servituten, also die Ablösung adliger Großgrundbesitzerherrschaft über die bäuerliche Bevölkerung, konnte diese Ablehnung offensichtlich nicht aufbrechen. Die Gründe hierfür wären von Interesse. Die Bevölkerung der Kresy fand sich darin – wenn auch aus völlig verschiedenen Motivationen – in Übereinstimmung mit der deutschen Bevölkerung in den „West- und Nordgebieten“ der Rzeczpospolita, die einen erbitterten Kampf gegen die Agrarreform führte. Die von Benecke ausführlich geschilderte Flurbereinigung in den Kresy stand – neben einer wohl eher uneffektiven Militärkolonisation – unter den Stichworten Parzellierung (von Großgrundbesitz) und Überwindung der Zersplitterung bäuerlichen Besitzes. Er gibt dabei auch einen hochinteressanten Hinweis auf die Auswirkungen der Stolypinschen Reformen auf die Kresy und auf die erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführte Zemstvo-Verfassung. Ergänzt werden könnte dieser Bereich um eine Untersuchung zum nationalen Moment der Agrarreform, d.h. der „Sammlung polnischen Landes“ (diese hatte in den ehemals preußischen Provinzen zur Überwindung der „Germanisierung“ von Grund und Boden führen sollen).

Etwas blass bleibt die Darstellung der letztlich gescheiterten Selbstverwaltung der Kresy (S. 165 ff.), wohingegen Benecke mit der Untersuchung des Bildungswesens ein eindrucksvolles Kapitel gelingt, bei dem besonders das Zahlenmaterial wichtige Grundlagen erschließt. Letzteres gilt v.a. auch für das achte Kapitel, in dem Benecke unter der Überschrift „Legitimationskrise und Assimilationsdruck“ die „Kresy unter dem wachsenden Einfluß des Militärs“ ab Mitte der 1930er Jahre beschreibt (S. 267-286). Er rückt dabei die Religionspolitik ins Zentrum, die aufs engste mit der Kultur-, Sprach- und Bildungspolitik verknüpft ist, und stellt eine für die südlichen und nördlichen Kresy gänzlich unterschiedliche Vorgehensweise Warschau dar: Während man im Norden „die traditionelle Rolle des russischen Erbes und rechtgläubigen Kirche dort zu beschränken [suchte], wo dies ohne großen Widerstand möglich war“ und damit die „prinzipiell große Loyalität der orthodoxen Kirche zur Wahrung der

öffentlichen Ordnung“ (S. 269) zu nutzen bestrebt war, verfolgte man im Süden eine Politik der „Revindikation“ im Sinne einer Polonisierung. Während Benecke also für das Jahr der autokratischen Machtübernahme Piłsudskis, 1926, keine Zäsur der Kresy-Politik der Rzeczpospolita konstatiert, sieht er mit dem Tode des Marschalls 1935 und der zunehmenden Machtkonzentration in den Händen des Militärs zumindest im Süden eine strikte Hinwendung zum Prinzip der *polskość* (S. 288 f.). Dass dabei, wie aus einer Anmerkung deutlich wird (S. 271, Anm. 9), auch Vertreter der polnischen Nationalitätenforschung eine zentrale Rolle spielten, sei hier erwähnt und mit dem Hinweis verbunden, dass ein Vergleich der politischen Verstrickung deutscher Ost- und Minderheitenforschung mit jener der polnischen Seite ganz offensichtlich auch an dieser Stelle lohnte.

Sabine Bamberger-Stemmann, Lüneburg

Andreas R. Hofmann, Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945–1948. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2000, 476 S. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 30).

„Diese Arbeit ist die gekürzte Fassung einer Dissertation, die im Dezember 1997 von der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum angenommen wurde“ (S. IX). Gutachter waren Hans Mommsen und Bernd Bonwetsch. Bereits die 1991 vorgelegte Magisterarbeit Hofmanns hatte „Die polnische Aufsiedlung in Schlesien 1945–1949“ zum Thema. Der Verfasser hat demnach, wie auch das Ergebnis belegt, in mehrjähriger Arbeit eine große Vertrautheit mit den einschlägigen Quellen und der wissenschaftlichen Literatur gewinnen können. Begünstigt durch die freieren Forschungsmöglichkeiten seit 1989 meint diese Feststellung vor allem polnische Archivalien und Veröffentlichungen. Bezeichnenden Einschränkungen unterliegt immer noch der Zugang zu Akten der polnischen Sicherheitsbehörden und der Roten Armee, was u.a. im Hinblick auf die spannende Frage des Dualismus von sowjetischer Militär- und polnischer Zivilverwaltung kaum neue Einsichten erlaubt, die über den Eindruck hinausgehen, dass die Neigung zur Rivalität die Bereitschaft zur Kooperation häufig überwog.

Was die Literatur betrifft, wird man dem Verfasser nicht vorwerfen können, dass er nicht von allen Forschungs- und Publikationsvorhaben Kenntnis erlangte, die auf diesem in den letzten Jahren intensiv bearbeiteten Feld parallel zu seinen eigenen Studien entstanden und z.T. gleichzeitig mit dem vorliegenden Buch erschienen sind, wie etwa die in dieser Zeitschrift bereits besprochene Untersuchung von Linek¹ oder die deutsch-polnische Quellenedition zur Vertreibungsproblematik.² Die konzeptionell wichtigen Beiträge der Tagung „Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und ihre Integration“, die im Gedenkjahr 1995 in Lüneburg stattfand, hätte Hofmann allerdings durchaus einbeziehen können.³

Der Gegenstand der Arbeit wird vornehmlich durch den Untertitel definiert, denn sie erhebt „keinen Anspruch, schlesische Regionalgeschichte der Nachkriegszeit darstellen zu wollen, vielmehr liegt der Schwerpunkt auf einer problemorientierten Fragestellung, die lediglich ihr empirisches Material aus einem bestimmten Betrachtungsgebiet schöpft“ (S. 2). Das Stichwort „polnische Siedlungsgebiete“ ist allerdings nicht unbedingt aus sich selbst heraus verständlich. Auch wenn der Verfasser die Möglichkeit des Vergleichs zwischen den einzelnen Landesteilen als reizvoll bezeichnet, erheben sich doch gewisse Zweifel, ob sich die sehr unterschiedlichen Verhältnisse Niederschlesiens, des Oppelner Gebiets und des Teils Oberschlesiens, der schon zwischen den Weltkriegen zu Polen gehörte, hinreichend deutlich in einem Band darstellen lassen, der „Schlesien“ als ganzem gewidmet ist.

Detailliert und mit gründlichen Belegen entfaltet der Verfasser die einzelnen Aspekte des Themas. Nicht immer – etwa im Hinblick auf die Ukrainerfrage – entgeht er der Versuchung, die Voraussetzungen einschlägiger Vorgänge ausführlicher darzustellen, als es für das

¹ Bernard Linek, „Odniemczenie“ województwa śląskiego w latach 1945–1950 (w świetle materiałów wojewódzkich) („Ent-Germanisierung“ der Wojewodschaft Schlesien in den Jahren 1945–1950 [unter Berücksichtigung der Materialien des Wojewodschaftsarchivs]). Opole 1997; vgl. Nordost-Archiv N.F. VIII (1999), H. 1, S. 343–353.

² „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. Bd. 1 u. 2, Marburg a.d.L. 2000; vgl. Nordost-Archiv N.F. IX (2000), H. 2, S. 528–532.

³ Vgl. Deutsche Studien 32 (1995), H. 126/127 und den Tagungsbericht des Rezensenten in: Nordost-Archiv N.F. V (1996), H. 1, S. 115–121.

Verständnis des Zusammenhangs erforderlich wäre – wie es scheint, ein typisches Problem von Dissertationen. Wenn man bedenkt, welche großen Erwartungen lange Zeit der Öffnung der polnischen Archive entgegengebracht wurden, als böten die hier zu findenden Behördenakten endlich die notwendige Ergänzung, wenn nicht gar Korrektur der auf deutscher Seite dominierenden Erlebnisberichte, dann erstaunt doch, wie wenig sich am grundsätzlichen Bild – etwa der Vertreibungsvorgänge vor und nach der Potsdamer Konferenz – ändert. Die Wertung des Gesamtvorgangs jedenfalls wird vom Zugewinn an Detailkenntnis kaum beeinflusst. Letzterer betrifft vor allem Motivationen, organisatorische Strukturen und faktische Abläufe auf polnischer Seite.

Es offenbaren sich mannigfache Widersprüche: zwischen dem großen propagandistischen und geringen praktischen Interesse der polnischen Führung an den angeblich „wiedergewonnenen“ Gebieten; zwischen dem Wunsch, die deutschen Bewohner so schnell wie möglich loszuwerden, und der Notwendigkeit, sie noch als Arbeitskräfte behalten zu müssen; zwischen der Absicht, die „Autochthonen“ zu integrieren, und dem Wunsch, die polnischen Neusiedler zufriedenzustellen; zwischen der schlichten Notwendigkeit, überhaupt genügend Neusiedler zu finden und diese ausreichend auszustatten, und ideologisch motivierten Experimenten wie der Kollektivierung; ganz allgemein zwischen Erwartungen und Realitäten. Der Gesamteindruck ist, dass sich – mag auch die zahlenmäßige „Wiederauffüllung“ recht schnell erfolgt sein – Schlesien in seinen drei Gebietsteilen, die selbst die Verwaltungsreform vom 1. Januar 1999 erneut bestätigt hat, erst in den Jahrzehnten nach dem Untersuchungszeitraum dieser Arbeit unter vielerlei Mühen wirklich aus den Ruinen erhoben hat; die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen scheint jedoch bis heute nicht vollständig gelungen.

Zu den überraschenden Erkenntnissen von Hofmanns Studie zählt, dass es polnischerseits Überlegungen zur Klassifizierung der 1945 vorgefundenen Einwohner Schlesiens gegeben hat (S. 47 f.), die sich – noch dazu mit der Einteilung in vier Gruppen – lesen wie eine Umkehrung der „Deutschen Volksliste“ der Kriegszeit, ein Zeichen für die Verführungskraft nationalistischen Denkens. Verdienstvoll ist, dass der Verfasser das Schicksal der jüdischen Bevölkerung besonders beleuchtet. Dass sich in den ersten Nachkriegsjahren Tausende von Juden aus Zentral- und Ostpolen, die den Holocaust überlebt hatten, in Niederschlesien und in Stettin einfanden, kann kaum als allgemein bekannt gelten. Für die meisten war der Aufenthalt nahe der neuen

polnischen Westgrenze aber nur eine Durchgangsstation auf dem Weg in die Emigration; unter stillschweigender Duldung ließen dies die kommunistischen Machthaber zu – im Pakt mit dem Nationalismus ihre Legitimationsbasis suchend. Bezeichnend ist, dass es auch den deutschen Juden in Schlesien kaum etwas nützte, dass sie eben noch verfolgt worden waren; letztlich wurden sie doch als Teil des Volkes betrachtet, in dem sie gelebt hatten (und dem sie ja auch schon längst angehörten, hätten die Nationalsozialisten sie nicht wieder zum Zerrbild des ganz Anderen stilisiert).

Abschließend sei noch eine Bemerkung zum Titel der Reihe gestattet, in dem das Buch erschienen ist: Durch die Ansiedlung von Polen und Ukrainern aus Galizien und Wolhynien nimmt Schlesien heute sicher auch eine Brückenfunktion nach Osten hin wahr; das andere Ende dieser Brücke aber führt – wie seit einigen Jahren wieder deutlich zu sehen ist – nach Westen, vor allem nach Deutschland und Tschechien. Insofern ist Schlesien auch durch die Nachkriegsentwicklung nicht nach Osteuropa gelangt, sondern immer noch eine Kernlandschaft Mitteleuropas.

Horst-Dieter von Enzberg, Lüneburg

Jüdische Autoren Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hans Henning Jahn u. Jens Stüben. Frankfurt a.M. (u.a.): Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2000, 546 S. (Mitteleuropa – Osteuropa. Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas. 1).

Einen kaum der Originalität zu zeihenden Topos der wissenschaftlichen Gebrauchsprosa stellt es dar, über Sammelbände in einem falschen gestus modestiae zu bemerken, dass es in den engen Grenzen einer Buchbesprechung unmöglich sei, alle Beiträge zu berücksichtigen. Daran schließt sich in der Regel eine kurze Zusammenfassung jener drei oder vier Ausarbeitungen an, die nach Einschätzung des oder der Rezensierenden uneingeschränkt lesenswert erscheinen. Dieses Verfahren ist zweifelsohne vor allem wissenschaftssozialer Bequemlichkeit geschuldet und bietet sich zudem an, wenn, wie im

vorliegenden Fall der Dokumentation zweier Vorlesungsreihen an der Universität Oldenburg, das zu besprechende Werk die magische Grenze der 500 Seiten noch einmal um fast 50 überschreitet und die Zahl der Ausarbeitungen bei 19 liegt. Da stellt sich zunächst die Frage, ob der Gegenstand diesen Umfang rechtfertigt. Dies scheint auf den ersten Blick der Fall zu sein – böte doch das Thema „jüdische Autoren Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert“ wahrlich ein weites Feld für kulturwissenschaftliche oder historische Fragestellungen. Unglücklich ist es jedoch, sich dem außerordentlich breiten Thema „der besonderen Rolle des ostmitteleuropäischen Judentums sowohl für die jüdische als auch die ostmitteleuropäische Geschichte“ (S. 9) nicht mit einer stärker umgrenzten Perspektive, Methode oder Fragestellung zu nähern.

Zwei überaus brillante Darstellungen finden sich in dem besprochenen Band. Johannes G. Pankau vermag die Komplexität jüdischer Existenz in – oder besser: aus – Ostmitteleuropa am Beispiel des Südosteuropäers Elias Canetti souverän vorzuführen. Canetti, in Bulgarien in einer sephardischen Familie in mehrsprachigem Milieu aufgewachsen, reflektierte das Wechselverhältnis dieser vielstimmigen Sozialisation auf der einen und seinem eigenen literarischen Schaffen in deutscher Sprache auf der anderen Seite auf intensive Weise auch noch lange nach der Emigration nach England im Jahr 1911. Die durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts in der Tat existenziellen Abgründe jüdischen literarischen Schaffens aus Europa kommen in Canettis Formulierung von 1944 zum Ausdruck, dass „die Sprache meines Geistes die deutsche bleiben wird, und zwar weil ich Jude bin. Was von dem auf jede Weise verheerten Land übrig bleibt, will ich als Jude in mir behüten“ (S. 353). Pankaus Porträt besticht durch große Präzision und Klarheit des Ausdrucks, Sympathie und Werkkenntnis. Der Rezeptionsgeschichte eines der berühmtesten deutschsprachigen Gedichte des vergangenen Jahrhunderts, der „Todesfuge“ von Paul Celan, ist der Beitrag von Wolfgang Emmerich gewidmet. Er vermag die immer wieder geäußerten Plagiatsvorwürfe vollständig zu entkräften, indem er die komplexen intertextuellen Bezüge, die Celan in der Tat als zentrales schöpferisches Mittel einsetzte, kompetent und umfassend erhellt. Er verfolgt darüber hinaus, wie sich dieser Dichter unter dem Eindruck des großen Erfolgs der „Todesfuge“, die als „Beschwörungsformel in guten Stuben und Vortragssälen gemurmelt wurde“ (so Peter Härtling 1973, S. 364), später von der „schönen“ Sprache dieses Gedichts abwendet. Ihm erscheint nun „eine grauere Sprache“ als einzig legitime.

Die übrigen Beiträge befassen sich in ihrer großen Mehrzahl mit einer kultur- und vor allem literaturwissenschaftlichen Analyse deutschsprachiger belletristischer Werke bekannter und weniger bekannter Autoren und Autorinnen (dem Titel zum Trotz wurden auch die Werke jüdischer Frauen aus Ostmitteleuropa untersucht). Mehrere dieser Ausarbeitungen vermochten den Rezensenten nicht davon zu überzeugen, dass die besprochenen Werke zu Unrecht weit- hin unbekannt waren oder geblieben sind. Detlev Haberland gelingt es ungeachtet großen terminologischen Aufwandes nicht, aus dem „oberschlesischen Orpheus“ Arthur Silbermann den Verfasser lesbarrer Gedichte zu machen. Seine Analyse hätte durch einen Vergleich mit dem „schlesischen Schwan“, Friederike Kempner, einer gleichfalls jüdischen Autorin, zumindest an Originalität gewonnen. Mit geringem Wortgeklingel vermag auch Marek Toman nicht, den Rezensenten von der Bedeutung des Werks von Jiri Daniels zu überzeugen. Die Miniatur von Andreas Herzog zu einer Novelle von Ephraim Frisch besitzt nicht die analytische Schärfe, mit der dieser Germanist bislang das literarische Bild der aus Osteuropa stammenden Juden in der deutschsprachigen Literatur ergründete. Unglücklich erscheint seine Formulierung, dem Untersuchungsgegenstand die „spezifisch jüdischen Charakteristika“ entlocken zu wollen.

Einige wenige Beiträge bieten perspektivisch oder methodisch neue oder aufschlussreiche Einsichten zu bekannteren Autoren. Idis Hartmann stellt das Fragment gebliebene literarische Werk des Expressionisten Ludwig Meidner vor. Karol Sauerland führt auf beeindruckende Weise vor, dass für Arnold Zweig die Judenheiten Osteuropas die Möglichkeit boten, politische und soziale Phantasien zu entwickeln. So schrieb er 1921 an Martin Buber, dass er „von den Dingen in der Ukraine ganz besessen“ sei – „wäre ich sieben oder fünf Jahre jünger, ich versuchte eine jüdische bewaffnete Expedition zusammenzukriegen ... das Diplomatische mit Polen oder Österreich liesse sich erledigen“ (S. 120). Krzysztof Lipiński kontrastiert lakonisch historische und geografische Gegebenheiten Galiziens mit ihrer Reflexion in den Memoiren von Salcia Landmann. Eine vielversprechende Perspektive bietet die Interpretation Burkhard Bittrichs zu einer Novelle Joseph Roths. In seiner anachronistischen Schwärmerei für das Österreich unter Franz Joseph verkörpert Roth in idealtypischer Weise den Angehörigen einer imperialen Minderheit in den multiethnischen Reichen Ost- und Ostmitteleuropas. Auch hier wird jedoch das Exempel lediglich an einer Novelle statuiert, was dem Gegenstand nicht angemessen ist und weitere Ausarbeitung erhoffen

lässt. Hoch willkommen sind die kritischen Thesen Michael Daxners über die gegenwärtige Rezeption der ostmittel- und osteuropäischen jüdischen Lebenswelt im deutschsprachigen Raum. Matthias Freise betrachtet das poetische Werk und die Autobiographie des zunächst zum Kommunismus und später zum Katholizismus konvertierten Aleksander Wat. In einer für die Verständlichkeit seiner Betrachtungen nicht dienlichen pretiosen Ausdrucksweise analysiert Freise die Intensität der Ich-Suche des Autors, gekennzeichnet zunächst durch Auflehnung gegen vorgegebene Muster in einer frühreifen futuristischen Schaffensphase, dann jedoch quasi zwangsläufig durch die Auseinandersetzung mit den konkreten existenziellen Bedrohungen von Krieg und Stalinismus.

Die Überblicksdarstellungen zum Werk jüdischer und weitaus überwiegend in deutscher Sprache schreibender Autoren und Autorinnen aus einzelnen Regionen oder Städten – zu nennen sind hier Litauen (Michael Garleff), Prag (Wilma Iggers), Galizien (Maria Kłńska), Transnistrien (Klaus Werner), Odessa (Rainer Grübel) und Israel (Jens Stüben) – verraten den enzyklopädischen Impetus der in dem besprochenen Band dokumentierten Vorlesungsreihen. Ob es sich jedoch um etwas anderes als puren Zufall in der Verfügbarkeit von Referierenden handelt, dass gerade diese und keine anderen Territorien ausgewählt wurden, blieb dem Rezensenten auch nach Lektüre der lustlosen Einführung Hans Henning Hahns verborgen. Verwundern muss, wie Hahn insistiert, dass die Themen und Fragen der besprochenen Werke „aus fast allen Gesellschaften“ bekannt seien (S. 14 f.). Warum sich dann die Mühe machen? Weil die besprochenen Autoren und Autorinnen Juden und Jüdinnen waren? Die offenkundige Beliebigkeit, mit der auf jede verbindende Fragestellung verzichtet wurde, lässt dieses eine Kriterium zu kaum etwas anderem als einem positiven Diskriminierungsmerkmal gerinnen. Die Herausgeber bedauern, dass der Band keinen Beitrag zur jiddischsprachigen Literatur aufweist (S. 9). Angesichts der starken Entwicklung der Jiddistik in der gegenwärtigen europäischen Forschung ist ihre Abwesenheit dennoch problematisch. Dass keine Beiträge zur hebräischen Literatur Ostmitteleuropas vorliegen, betrachten sie offenkundig noch nicht einmal der Erwähnung wert.

Der besprochene Band verfügt dankenswerter Weise über einen Personenindex. Ausgesprochen irritierend ist die vollständige Wiederholung zitierter Titel in aufeinander folgenden Fußnoten.

François Guesnet, Berlin

Der Deutsche Orden in der Zeit der Kalmarer Union 1397–1521, hrsg. v. Zenon Hubert Nowak unter Mitarbeit v. Roman Czaja. Toruń: Wydawnictwo Uniwersytetu Mikołaja Kopernika 1999, 219 S. (Universitas Nicolai Copernici. Ordines militares. Colloquia Torunensia Historica. X).

Als im Jahr 1997 das 600-jährige Jubiläum der Gründung der Kalmarer Union feierlich begangen wurde, geschah dies nicht nur durch eine große Wanderausstellung in Skandinavien,¹ sondern auch durch eine vom Institut für Geschichte und Archivwissenschaft der Nicolaus-Copernicus-Universität in Toruń (Thorn) veranstaltete Konferenz über den Deutschen Orden in der Zeit der Union, dessen Vorträge nun im Druck vorliegen. Ziel der Konferenz war es u.a., den skandinavischen Raum stärker als bisher in den Themenkreis einzubeziehen. Der von Zenon Hubert Nowak unter Mitarbeit von Roman Czaja redigierte Band ist Hartmut Boockmann gewidmet, der am 15. Juni 1998 unerwartet verstarb. Seine Zusammenfassung der Diskussion schließt den Band. Da Nowak anderthalb Jahr später und nicht weniger unerwartet am 3. Dezember 1999 selbst verstarb, kann der anzuzeigende Band als Vermächtnis zweier herausragender Historiker angesehen werden.

Nach dem Vorwort Nowaks, in dem die Epoche der Kalmarer Union als wichtige Umbruchphase im gesamten Ostseeraum bezeichnet wird, gibt Jens E. Olesen (Greifswald) eine fundierte „Analyse und Charakteristik der Kalmarer Union“ (S. 9-32), in der er den Hintergrund der Entstehung der Union schildert und in Anknüpfung an die berühmte Dissertation Erik Lönnroths von 1934² und die sich daran anschließende Diskussion die Auseinandersetzung zwischen monarchischer und aristokratischer Auffassung (*regimen regale* und *regimen politicum*) erörtert. Der Krönungsbrief (rechtsgültig) und der Unionsbrief (ein Entwurf) spiegeln diese beiden Auffassungen wider. Die nordische Aristokratie hat die Union gewünscht und ihr zugestimmt, musste sich aber in vielem dem starken Willen der Königin Margarethe beugen. So bezeichnete die Unionskrönung ihres Großneffen Erich

¹ Vgl. dazu den Ausstellungskatalog Margarete I. Nordens Frue og Husbond. Kalmarunionen 600 år. Essays og Udstillingskatalog, red. Poul Grønder-Hansen. København 1996.

² Erik Lönnroth, Sverige och Kalmarunionen 1397–1457. Göteborg 1934 (Studia Historica Gothoburgensia. X); Nachdruck 1968. Lönnroth verstarb mit 91 Jahren am 10. März 2002 in Göteborg. Nachruf vom Rezensenten in: Rocznik Instytutu Polsko-Skandynawskiego XVII (2001/02).

von Pommern in Kalmar am 13. Juni 1397 den vorläufigen Schlusspunkt einer längeren Entwicklung zu einer starken Königsmacht und bildete die Grundlage für die zukünftige Regierung der nordischen Reiche (S. 19). Olesen geht auch, wenn auch viel kürzer, auf die Probleme des Unionskönigtums nach dem schwedischen Aufstand 1434 und während der Unionskriege ab Mitte des 15. Jahrhunderts ein. Der Sieg des schwedischen Reichsverwesers Sten Sture d.Ä. über König Christian I. in der Schlacht auf dem Brunkeberg 1471 hätte dabei wegen seiner großen Bedeutung eine kurze Erwähnung verdient.³ Wie von Olesen mit Recht bemerkt, bedeutete das vom letzten Unionskönig Christian II. veranstaltete „Stockholmer Blutbad“ im November 1520 das Ende dieser Ära (S. 29).⁴ Wenn er die Union von 1397 als ein *universitas nobilium* charakterisiert (ebenda), trifft dieses gewiss für die ersten Jahrzehnte zu, jedoch nicht uneingeschränkt für die spätere Zeit, als der Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit immer krasser wurde.

Der anschließende Beitrag von Zenon Hubert Nowak „Die politischen Verhältnisse zwischen dem Deutschen Orden und den Staaten der Kalmarer Union“ (S. 33-45) beschränkt sich auf die Zeit bis zum Zweiten Thorner Frieden (1466), als das Königreich Polen im Ostseeraum die Machtposition des Deutschen Ordens endgültig übernommen hatte. Nowak bewertet die Schlacht bei Tannenberg als wichtige Zäsur für die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden und den Staaten der Kalmarer Union, denn das Bestreben des Ordens vor 1410, die politische und militärische Machtstellung im Ostseeraum zu befestigen, führte zum Konflikt mit der Union, während Preußen nach der Niederlage von 1410 zu einem Objekt der Politik geworden war und nur noch die Staaten der polnisch-litauischen Union als Machtfaktor zählten (S. 34). Eine zweite große Zäsur bildete dann der Zweite Thorner Frieden.

Die These Nowaks vom Jahr 1410 als Entscheidungsdatum nicht nur für die Geschichte des Ordens, sondern für den gesamten Ostseeraum stößt in der Zusammenfassung Hartmut Boockmanns (S. 209-215, hier S. 209 ff.) auf starken Widerspruch. Boockmann fragt sich,

³ Vgl. Sven Ekdahl, Die Schlacht auf dem Brunkeberg bei Stockholm 1471 zwischen Anhängern und Gegnern der Kalmarer Union. Ihre Auswirkungen auf das politische und kulturelle Leben, in: Warfare in the Middle Ages, red. Witold Świątosławski. Łódź 2001 (Acta Archaeologica Lodziensia. 47), S. 19-36.

⁴ Vgl. Sven Ekdahl, Das Stockholmer Blutbad 1520. Ein skandinavisches Renaissancedrama, in: Macht und Recht. Große Prozesse in der Geschichte, hrsg. v. Alexander Demandt. München 1990, S. 166-192 (mehrere Auflagen und Übersetzungen).

„ob diese traditionelle Heraushebung des Jahrs der Tannenbergschlacht heute tatsächlich angebracht ist“. Seiner Ansicht nach wird einerseits der polnisch-litauische Sieg bei Tannenberg überschätzt, andererseits die Erfolglosigkeit der Belagerung der Marienburg unterschätzt. Auch sei die finanzielle Lage des Ordens nach der Niederlage gar nicht so schlecht gewesen, wie bisher behauptet; das gehe u.a. aus bisher unveröffentlichten Forschungsergebnisse von Arnd Reitemeier und Astrid Reinecke hervor. Auf diese schon seit langem von Boockmann vertretene These soll hier nicht eingegangen werden, es sei aber betont, dass der Rezensent in dieser Diskussion auf Grund seiner eigenen Forschungen voll und ganz den Standpunkt von Nowak vertritt. Die Behauptungen Boockmanns sind m.E. nicht tragfähig.

In dem Aufsatz von Detlef Kattinger (Greifswald/Visby) zum Thema „Die Verhandlungen zwischen König Albrecht von Mecklenburg, dem Deutschen Orden, dem Unionskönigtum und den Hansestädten um die Gotlandfrage. Eine Studie zum Kräfteverhältnis im Ostseeraum am Beginn des Unionszeitalters“ (S. 47-68) wird der Blick auf die Ostseepolitik der genannten Mächte, mit Gotland im Mittelpunkt, fokussiert und die Ausführungen von Olesen und Nowak, was die Zeit um 1400 betrifft, tiefeschürfend ergänzt. (Der ausführliche Anmerkungsapparat umfasst 121 Fußnoten.) Nach seiner Untersuchung des komplizierten Kräftemessens deutet Kattinger das diplomatische und militärische Vorgehen des Ordens als einen Versuch, durch den strategisch interessanten Besitz Gotlands eine Einflussmöglichkeit auf die Politik der Nordischen Union zu bekommen. Allem Anschein nach richtete er sich mehr als von der bisherigen Forschung angenommen auf einen längerfristigen Besitz der Insel ein, um auf diese Art ein Druckmittel gegenüber dem Unionskönigtum und den Hansestädten in der Hand zu halten. Es sollten aber auch die Seeräuber, die Vitalienbrüder, im Interesse des Ordens und der preußischen Hansestädte vertrieben werden. Der Preis für die zweimalige Kriegführung und die Administration der eroberten Insel war jedoch durch die „ungeheuren finanziellen Aufwendungen“ (S. 59) sehr hoch.

Henryk Samsonowicz (Warszawa) erörtert anschließend in dem Beitrag „Der Deutsche Orden als Faktor des nordeuropäischen Wirtschaftssystems in der Zeit der Kalmarer Union“ (S. 69-74) die Wirtschaft des Ordens – in einem breiteren Kontext der Produktion und des Austausches im damaligen Europa – und die Wandlungen, die zu wesentlichen Änderungen in der Bedeutung der Deutschordenswirtschaft gegen Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts geführt haben. Während Westeuropa in der zweiten Hälfte des 14. (Druck-

fehler auf S. 69: „15.“) Jahrhunderts durch Krisen erschüttert wurde, erwies sich gerade diese Zeit für Preußen als besonders vorteilhaft (S. 70). Die „Litauerreisen“ brachten durch die Kreuzfahrer viel Geld ins Land und auch sonst profitierte der Orden auf vielerlei Weise von den Kreuzzügen.⁵ Samsonowicz geht auf die wesentlichsten Unterschiede im Vergleich mit dem hansischen Handel ein (abweichende organisatorische Formen, geographische Reichweite, gesellschaftlicher Kreis, Herkunft der Waren) und kommt zu dem Schluss, dass die Rolle des Deutschen Ordens im Wirtschaftssystem Europas gegen Ende des 14. Jahrhunderts ungewöhnlich groß war (S. 72). Verschiedene Faktoren legten jedoch nun den Grund für eine Krise der Ordenswirtschaft, u.a. der „Zusammenbruch der Konzeption der ‚Kreuzzüge‘ gegen Litauen“, die Niederlage bei Tannenberg, der verminderte Zustrom von Geld aus dem Westen und ungünstige politische Erscheinungen. Allmählich begann auch der Handel des Ordens eine immer geringere Rolle zu spielen und trat hinter dem der Hanse, der Holländer und der Engländer zurück.

„Das Verhältnis der führenden Schichten der preußischen Großstädte zur Landesherrschaft in vergleichender Sicht im 14. und 15. Jahrhundert“ (S. 75-89) lautet das Thema von Roman Czaja (Toruń). Parallelen und Unterschiede in den Beziehungen der städtischen Oberschicht zum jeweiligen Landesherrn in anderen hansischen Regionen des Ostseeraumes (Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Livland) werden dabei beachtet. Nach Czaja bedeutete die Niederlage des Ordens 1410 „einen Wendepunkt im Verhältnis zwischen Landesherrn und Oberschicht der preußischen Großstädte“ (S. 80). Danach zeigte sich ein verstärktes Streben der Führungsschicht nach politischer Autonomie und nach Erweiterung der Selbstständigkeit der Städte. Vor 1410 gab es in den Räten keine Partei, die die Oberhoheit des Ordens in Frage stellte. Auch die preußischen Städte haben vor jenem Jahr im Bereich der Gerichtsbarkeit und des Stadtrechts eine bedeutende Selbstständigkeit erreicht, und den Spannungen danach lagen vor allem die wachsenden Ansprüche der städtischen Führungsschicht zugrunde. Mit Ausnahme der Hochmeisterzeit Heinrichs von Plauen hielten sich die Eingriffe des Landesherrn in die städtische Selbstständigkeit in Grenzen. Deshalb sollte man nicht die Frage stellen, warum das Patriziat der preußischen Großstädte gegen seinen Landesherrn auftrat, sondern warum es erst so spät dazu kam.

⁵ Vgl. dazu demnächst auch Sven Ekdahl, Christianisierung – Siedlung – Litauerreise. Die Christianisierung Litauens als Dilemma des Deutschen Ordens, in: Christianisierung Litauens im mitteleuropäischen Kontext. Vilnius (im Druck).

„Ich würde demgemäß diese Verspätung in der Emanzipation der Städte von der Landesherrschaft – im Vergleich zu anderen hansischen Regionen – als die wesentliche preußische Besonderheit ansehen“, so Czaja (S. 84).

Der dänische Numismatiker Jørgen Steen Jensen (København) stellt und beantwortet in seinem Beitrag „Die Münzen des Deutschen Ordens und der Norden“ (S. 91-98, mit Münzkarten auf S. 92, 94 u. 96) die Frage, warum nordische Funde von Ordensmünzen so selten sind. In Finnland sind gar keine Ordensmünzen gefunden worden, und in dem größten Schatzfund Dänemarks (Kirial) mit mehr als 80000 Münzen befanden sich beispielsweise nur 13 Ordensmünzen. Ähnlich sieht es in Norwegen und Schweden aus. Dabei erscheint es besonders bemerkenswert, dass so wenige Ordensmünzen auf Gotland gefunden worden sind, obwohl die Insel etwa zehn Jahre lang im Besitz des Ordens war. Die Ursache hierfür sieht Steen Jensen darin, dass sich die Deutschordensmünzen nicht den einheimischen anpassen ließen. Er vermutet, dass die preußischen Münzen eher im Osten – in Litauen und in den russischen Fürstentümern – Verwendung fanden, „denn im Spätmittelalter ging der große Strom von Edelmetallen von Westen nach Osten“ (S. 97).

In dem umfangreichsten Aufsatz des Tagungsbandes behandelt Marian Biskup (Toruń) „Livland als politischer Faktor im Ostseeraum zur Zeit der Kalmarer Union (1397–1521)“ (S. 99-133). Als ausgewiesener Kenner der Geschichte des preußisch-livländischen Ordensstaates gibt er eine zuverlässige chronologische Übersicht über die politische Geschichte und die politische Bedeutung des spätmittelalterlichen Livland im Wechselspiel mit den Nachbarländern. Dabei werden auch viele andere Aspekte mit berücksichtigt, sodass dem Leser eine nützliche Zusammenfassung der teilweise recht komplizierten Vorgänge zur Verfügung steht. Livland befand sich aufgrund seiner geografischen Lage im Schnittpunkt der Interessen Dänemarks und Schweden-Finnlands sowie Litauens und der beiden Stadtrepubliken Pleskau und Novgorod, später auch des expandierenden Moskau. Die Bedeutung Livlands wurde zeitweise durch das Übergewicht des preußischen Ordensstaates überdeckt, in einigen Zeitabschnitten trat es jedoch als Machtfaktor ersten Ranges auf. Dabei gewann das wirtschaftliche, soziale und militärische Potenzial zunehmend an Bedeutung, trotz der andauernden Zersplitterung in fünf geistliche Territorien mit Ständesystem. Das war vor allem nach dem Zweiten Thorner Frieden (1466) der Fall, als Preußen sehr geschwächt war (S. 128 f.). Das Verhältnis zur Nordischen Union war gespalten,

vor allem wegen der Furcht vor den dänischen Ansprüchen auf die nordestnischen Gebiete Harrien und Wierland, und Bündnisse mit Dänemark-Schweden schienen bis zum Ende der Nordischen Union ausgeschlossen. So wurde Livland im Gegensatz zum Ordensstaat in Preußen zur Zeit der Kalmarer Union „schrittweise zu einem selbstständigen Subjekt der europäischen Politik im Ostseeraum und in den russischen Gebieten am oberen Dnjepr und an der Düna“ (S. 130). Biskup ist in seiner Forderung zuzustimmen, dass über diese Stellung und Bedeutung Livlands im ausgehenden Mittelalter „endlich vermehrt gesprochen und geschrieben“ werden sollte (ebenda).

Die anschließende Untersuchung von Ilgvars Misāns (Rīga) über „Die skandinavische und preußische Politik der livländischen Städte vor der Kalmarer Union“ (S. 135-150) ist Teil eines von der Alexander von Humboldt-Stiftung geförderten Forschungsvorhabens und gehört chronologisch gesehen vor den Beitrag Biskups. Es geht darin um die Außenpolitik der politisch aktiven Städte Altlivlands vor dem Ende des 14. Jahrhunderts (damals waren dies Riga, Dorpat, Reval und vielleicht noch Pernau) in Richtung Skandinavien und Preußen. Was die nordischen Länder betrifft, stellten die Beziehungen zu Visby ein Hauptproblem dar, vor allem nach der Eroberung der Stadt durch die Dänen 1361. Die Livländer versuchten nun, Visby von seiner Spitzenposition in den hansischen Kontoren in Brügge und Novgorod zu verdrängen, und strebten dort nach einer mindestens ebenbürtigen Stellung. Die Beziehungen zu den preußischen Städten waren weniger von direkter politischer oder handelspolitischer Konkurrenz geprägt. Die schwierigste Aufgabe der livländischen Städte bestand darin, „in kontroversen Situationen eine Position zu finden, die ihr Verhältnis zum Orden und zu Lübeck nicht problematisch machte“ (S. 146). Nach Misāns handelte es sich in keinem der Fälle um Beziehungen auf nur bilateraler Basis, denn als dritte Faktoren in dem Beziehungsgeflecht übten Lübeck bzw. „der gemeine Kaufmann“ und der Deutsche Orden einen starken und manchmal sogar entscheidenden Einfluss aus. „In den meisten Fällen ist jedoch zweifellos eine einheitliche preußische und skandinavische Politik der drei größten livländischen Städte erkennbar“ (ebenda).

Eine tiefeschürfende Analyse von „Kirche und Geistlichkeit im Ordensstaat in Preußen um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert“ (S. 151-167) bietet Andrzej Radzimiński (Toruń) dem Leser. Für die Kirche in Preußen war die Zeit um die Jahrhundertwende eine Krisenzeit, deren Ursachen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Ordensstaates zu suchen sind: Es handelte sich um Folgen der politischen und

wirtschaftlichen Ereignisse und der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, um negative Einwirkungen des von Konflikten zerrissenen Apostolischen Stuhles und um deutliche Säkularisierungstendenzen. Radziwiński zeichnet die Entwicklung im Einzelnen nach und zieht „eine Art territorial-organisatorisch-juristischer Bilanz der vier preußischen Bistümer in dieser Umbruchzeit“ (S. 154), wobei er ebenfalls auf die Domkapitel, Klöster und Pfarreien eingeht. Auch er hebt die Bedeutung des Jahres 1410 für die weitere Entwicklung hervor und erwähnt u.a. unter Hinweis auf einen Bericht des Generalprokurators an der Kurie den deutlichen Mangel an Priestern im Deutschen Orden nach dem „Großen Krieg“ (S. 162). Die leider seit dem Zweiten Weltkrieg verschollenen Schadensbücher des Deutschen Ordens hätten hier wohl weitere Aufschlüsse geben können.⁶ Die Ausführungen enden mit einem Zitat des Bischofs von Kulm von 1427, in dem die Situation der Kirche in Preußen wie folgt charakterisiert wird: *Nihil est salubrius terrae Prusiae nisi eam reformare.*

Der wohl beste Kenner des Ordens der heiligen Birgitta, Tore Nyberg (Odense), befasst sich in dem Aufsatz „Der Deutsche Orden und der Birgittenorden“ (S. 169-181) mit der Gründung des Birgittenklosters Marienbrunn in der Danziger Altstadt um 1400, einer der eindrucksvollsten Erneuerungen des Ordenslebens in Preußen zu jener Zeit. Dabei wird nicht nur die Gründungsgeschichte im engeren Sinn, sondern auch das ganze Umfeld mit berücksichtigt, weshalb u.a. auch die anderen religiösen und sozialen Einrichtungen in Danzig Beachtung finden. Aus dem Stiftungsbrief des Hochmeisters Konrad von Wallenrode vom 24. Juli 1394 ist ersichtlich, dass er durch die neue Stiftung die Resozialisierung der Prostituierten im Danziger Hafenbezirk bezweckte. Dabei blieben soziale Spannungen zwischen dem Birgittenkloster und den Büsserinnen nicht aus, denn der Birgittenorden „war für ‚ehrbare‘ Frauen gestiftet worden und war aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, von den Eintretenden eine Mitgift zu erwarten“, wozu die Büsserinnen jedoch nicht immer in der Lage waren, wie eine Quelle von 1427 eindrucksvoll belegt (S. 179). Während zweier Generationen haben die Birgittiner und der Deutsche Orden in gutem Einverständnis versucht, eine religiöse und soziale Aufgabe der Danziger Altstadt zu lösen. Die birgittinische Ordens-tradition war übrigens auch an das 1412 von dem polnischen König

⁶ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. HA Hist. StA Königsberg, OF 5a (1411-1414), 5b (1411-1419), 11a (1420-1421). Nur vereinzelte kürzere Schadensmeldungen aus dieser Zeit sind erhalten geblieben.

Jagiello (als Dank für den Sieg bei Tannenberg) gestiftete Birgittenkloster außerhalb Lublins weitergegeben worden.

Von grundlegender Bedeutung ist der anschließende Beitrag von Marian Arsyński (Toruń) über „Die Deutschordensburgen und der Wehrbau im Ostseeraum“ (S. 183-191). Dabei handelt es sich um eine Zusammenfassung von Gedanken, die Arsyński in einem 1995 erschienenen Buch ausführlicher dargelegt hat.⁷ Nach einer Übersicht über die Eroberung Preußens und den Wehrbau des Deutschen Ordens und dessen Gegner geht der Verfasser auf die berühmten Konventsburgen des Ordens ein und stellt die Frage: „Welche Quellen haben die Ausbildung der Grundform der typischen Ordensburg gespeist?“ (S. 184). Seine vorsichtig formulierte, aber doch einleuchtende These lautet, dass man die bislang in der Forschung wenig beachteten Abhängigkeiten von Burgbauten in Skandinavien und Livland berücksichtigen sollte. So waren die livländischen Steinbauten in Holme und Üxküll vom Ende des 12. Jahrhunderts bereits von einem geometrisch geordneten, streng rechteckigen Grundriss gekennzeichnet. Es wäre auch verwunderlich, wenn das Erbe des Schwertbrüderordens keine Spuren in Preußen hinterlassen hätte. Arsyński schildert ferner die weitere Entwicklung des Burgenbaus im Ostseeraum. Während dieser im Laufe des 15. Jahrhunderts in Preußen stagnierte, erfolgte in Livland eine Anpassung an die veränderte Kriegführung (mit Artillerie und Söldnertruppen). Der allmählich veraltete Konventsburgtypus wurde dort von Bauten mit großen Innenhöfen und kräftigen Ecktürmen zur Aufnahme der Artillerie abgelöst. Livland wurde nun anstelle von Preußen Impulsgeber beim Burgenbau im Ostseeraum.⁸

Der abschließende, in englischer Sprache abgefasste Beitrag des Tagungsbandes von Alvydas Nikžentaitis (Vilnius) befasst sich mit „Prisoners of War in Lithuania and the Teutonic Order State (1283–1409)“ (S. 193-208). Dieses Thema ist für den Rezensenten von besonderem Interesse, weil er selbst in einem kürzeren Aufsatz den Blick

⁷ Marian Arsyński, *Budownictwo warowne zakonu krzyżackiego w Prusach (1230–1454)* (Der Wehrbau des Deutschen Ordens in Preußen 1230–1454). Toruń 1995.

⁸ Die Thesen Arsyńskis sind vom Rezensenten aufgegriffen und durch einige Abbildungen verdeutlicht worden. Vgl. Sven Ekdahl, *The Strategic Organization of the Commanderies of the Teutonic Order in Prussia and Livonia*, in: *La Commanderie, institution des ordres militaires dans l'Occident médiéval*, hrsg. v. Anthony Luttrell u. Léon Pressouyre. Paris 2002 (CTHS. Archéologie et d'histoire de l'art. 14), S. 219-242.

darauf gerichtet hat.⁹ Nikžentaitis geht in seiner Untersuchung ausführlicher auf die Problematik ein und systematisiert das Ganze durch eine Analyse der Entwicklung während verschiedener Zeitabschnitte („Changes in the way prisoners were regarded in Lithuania and the Ordensstaat“, S. 194-197) und durch eine Darstellung der unterschiedlichen Umstände der Gefangennahme („Circumstances in which prisoners came to be taken“, S. 198-202). Angefügt sind zwei Tabellen, von denen die erste 170 Ordensritter aufführt (nicht namentlich), die während der behandelten Zeit in Litauen oder im Kampf mit Litauern in Preußen oder Livland gefallen sind (S. 202 ff.). Die zweite Tabelle verzeichnet 110 Ordensritter, die von den Litauern gefangengenommen wurden (S. 204 f.). Quellen- und Literaturhinweise verdeutlichen die Aussagen. Das sehr interessante und vor allem in der deutschen Forschung weitgehend gemiedene Thema der Kriegsgefangenen ist damit allerdings nicht erschöpft. Ein wichtiges Desiderat wäre eine gründliche Untersuchung der Bedeutung der vielen Kriegsgefangenen für die Entwicklung und Besiedlung des Ordenslandes Preußen im 14. Jahrhundert, als weite Teile Europas von einer Krise (der vieldiskutierten „Krise des Spätmittelalters“) heimgesucht wurde. Einen Anfang hat der Rezensent gemacht.¹⁰ Boockmanns Zusammenfassung von Nikžentaitis' Vortrag (S. 214) trifft m.E. nicht die grundlegenden Aspekte des Themas.¹¹

Der Wert dieses Tagungsbandes kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Selten findet man so viele wertvolle und zum Teil grundlegende Untersuchungen unter „einem Dach“ vereint. Wer sich mit dem Ostseeraum zur Zeit der Kalmarer Union, vor allem mit dessen politischer Geschichte befasst, kommt an dieser Veröffentlichung nicht vorbei. Dem Institut für Geschichte und Archivwissenschaft an der Universität in Toruń und den beiden Herausgebern Zenon Hubert Nowak und Roman Czaja ist dafür zu danken.

Sven Ekdahl, Berlin/Kopenhagen

⁹ Sven Ekdahl, *The Treatment of Prisoners of War during the Fighting between the Teutonic Order and Lithuania*, in: *The Military Orders*. Bd. 1: *Fighting for the Faith and Caring for the Sick*, hrsg. v. Malcolm Barber. Aldershot 1994, S. 263-269.

¹⁰ Vgl. die Ausführungen der in Anm. 5 genannten Abhandlung.

¹¹ In der Zusammenfassung auf S. 209-215 fehlt der Beitrag Olesens, aber der Leser kann sich über die Diskussion nach den Vorträgen, die Ansichten Boockmanns und über verschiedene Richtungen in der modernen Forschung zu den abgehandelten Themen orientieren. Dass der Rezensent in einigen Fällen – vor allem was die Bewertung des Jahres 1410 für die Entwicklung in Preußen und im ganzen Ostseeraum betrifft – eine abweichende, sozusagen „konservative“ Ansicht vertritt, ist bereits gesagt worden. Hier ist weitere Forschung vonnöten.

Karin Friedrich, *The Other Prussia. Royal Prussia, Poland and Liberty, 1569–1772*. Cambridge: University Press 2000, XXI, 280 S. (Cambridge Studies in Early Modern History).

Das königlich-polnische Preußen, die Region an der unteren Weichsel zwischen 1466 und 1772, ist seit den 1920er Jahren Gegenstand einer intensiven historischen Debatte, deren Movers die neuzeitlichen Nationalismen waren, die die Region entweder als deutsch oder polnisch vereinnahmen wollten. Auch diejenigen Historiker, bei denen eine solche politische Absicht nicht oder nicht mehr vorhanden war, vermochten lange Zeit kaum anders als in den Kategorien von deutsch oder polnisch zu denken. Während in der deutschen Historiografie, geprägt durch ein Diktum des Danziger Historikers Paul Simson, die These vorherrschte, die Zeit seit dem Lubliner Sejm von 1569 stelle einen einzigen Niedergang des Landes dar, haben polnische Historiker mit größerem Recht auf die Treue der Region zur Adelsrepublik in den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts hingewiesen, ohne freilich der politischen Identität der städtischen Eliten größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die jüngere Forschung hat dagegen herausgearbeitet, dass die zeitgenössischen nationalen Kategorien nicht auf das politische Selbstverständnis in der Frühen Neuzeit zu übertragen sind und dass gerade für das 16. und 17. Jahrhundert konfessionellen Fragen eine zentrale Bedeutung zukommt. Während Michael G. Müller sich mit der Konfessionspolitik der städtischen Eliten befasst hat, wendet sich Karin Friedrich in ihrer bei Andrzej Kamiński an der Georgetown University erstellten Dissertation deren politischen Diskursen zu. Beide Verfasser weisen eindrücklich nach, dass sich die frühneuzeitliche Regionalgeschichte nur dann zur Gänze erschließen lässt, wenn neben den intellektuellen Beziehungen zu Deutschland und den Niederlanden der politische Kontext der polnisch-litauischen Adelsrepublik berücksichtigt wird.

Friedrichs Untersuchung bringt die angelsächsisch geprägten Fragen nach „nation-building“ und „invention of traditions“ in die Diskussion über das Königliche Preußen ein und zeigt, dass diese auch für die frühneuzeitliche Gesellschaft anzuwenden und mithin keineswegs auf westliche Industriegesellschaften oder das 19. und 20. Jahrhundert beschränkt sind. Damit greift sie eine alte, aber für die Geschichtsforschung nach wie vor produktive Fragestellung des polnischen Historikers Stanisław Herbst auf, inwieweit sich die Region an

der unteren Weichsel auf dem Weg zur Ausbildung einer eigenständigen preußischen Nation, etwa vergleichbar den Niederlanden, befunden habe. Zugleich setzt sich Friedrich – wenn auch eher implizit denn explizit – kritisch mit dem Nestor der deutschen Nationalismus-Forschung, Theodor Schieder, auseinander. Wie er setzt sie in ihrer Untersuchung bei den drei großen Städten Königlich Preußens – Danzig, Elbing und Thorn – an, kommt aber zu diametral entgegengesetzten Interpretationen.

Die Autorin untersucht detailliert die politischen Diskurse vorrangig der Stadtbürger von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zur Ersten Teilung Polens und stellt sie mit sicherem Urteil in den europäischen Kontext. Plastisch herausgearbeitet wird insbesondere die fundamentale Bedeutung der Zäsur von 1454. Die als Aufstand gegen die Tyrannei verstandene Lösung aus dem Deutschordensstaat und die Anerkennung des polnischen Königs als Herrscher stellte ein in Anknüpfung an Erik Ringmar als „formatives Moment“ bezeichnetes Ereignis dar, das während des gesamten Untersuchungszeitraums für das politische Selbstverständnis Königlich Preußens prägend war. Wenn so Freiheit zum zentralen Diskurs der städtischen Eliten wurde, dann war das eng verbunden mit der singulären Stellung der drei großen Städte innerhalb der Adelsrepublik, denn sie waren zur Wahrung ihrer Rechte auch nach der Inkorporation von 1569 an der Aufrechterhaltung des preußischen Landtags interessiert, der so als einziger bikameralistischer Landtag auch nach der Union von Lublin fortbestand. Diese verfassungsstrukturelle Tatsache geht einher mit dem sozialgeschichtlichen Befund, dass sich in der Region erst um 1700 eine Magnatenstruktur entwickelte und die Städte somit lange Zeit dominant blieben. Wenn man den Freiheitsdiskurs der städtischen Repräsentanten mit dem der „goldenen Freiheit“ des polnischen Adels in Beziehung setzt, dann ließe sich die Politik der Städte als eine magnatische beschreiben. Eine solche Überlegung korrespondiert mit dem Befund, dass das Stadtpatriziat durchaus adlige Verhaltensformen an den Tag legte und auf diese Weise seine Ebenbürtigkeit demonstrierte.

Friedrich geht dann der Frage nach, warum die Städte trotz ihrer prekären verfassungspolitischen Lage an der Bindung an die Adelsrepublik festhielten, und sieht den Hauptgrund in der Existenz eines ausgeprägten politischen Selbstverständnisses des Königlichen Preußens, in dem die frühneuzeitliche Produktion historischer Mythen eine zentrale Rolle spielte. In Preußen überlagerten sich Goten-, Germanen- und Sarmatenmythen, die seit dem 15. Jahrhundert eine Nationen präformierende Funktion entfalteten. Im Schnittpunkt dieser

drei großen Mythen, die auf der Erfindung und Umdeutung von Traditionen beruhten, entwickelte sich in Preußen ein lokaler Mythos, der sich auch in den westlichen Landesteilen auf die preußische Geschichte bezog. Trotz der Dominanz Danzigs hat sich ein eigener pommerellischer Ursprungsmythos nur in Ansätzen etwa bei Reinhold Curicke entwickelt. Der Höhepunkt der Mythenproduktion wurde bei Christoph Hartknoch Ende des 17. Jahrhunderts erreicht, der durchaus ein kritischer Historiker war, aber den Bezug auf die mythischen preußischen Herrscher Waidewutus und Brutenus und die ursprüngliche Freiheit der Prußen brauchte, um das Königliche Preußen als Nation parallel zu Polen, Litauen und Livland innerhalb der Adelsrepublik zu konzipieren, und zwar in einem mythischen Kontext von Sarmatien als „gemeinsamer Mutter“.

Im Kapitel über die Loyalität in Kriegszeiten stellt Friedrich einen aufschlussreichen Vergleich zwischen den ruthenisch-kosakischen und preußischen Freiheitsdiskursen her. Ausgehend von der Parallele der nichtadligen Identität von Kosaken und preußischen Stadtbürgern arbeitet sie als zentralen Unterschied das dezidierte Festhalten des Königlichen Preußen an der Loyalität zur Adelsrepublik heraus, während sich die Kosaken unter Bogdan Chmielnicki aus dem Verband der Adelsrepublik lossagten. Sie kann zeigen, dass in Preußen die Kosakenfrage aufmerksam auch vor dem Hintergrund anderer europäischer Konföderationen verfolgt wurde, dass aber der zentrale Unterschied im Festhalten des Königlichen Preußens an seiner auf 1454 zurückgehenden Identität innerhalb der Adelsrepublik beruhte.

Herausgefordert wurde diese königlich-preußische Identität jedoch vor allem seit 1701 durch die Entstehung der preußischen Monarchie im vormals Herzoglichen Preußen. Während die Frage nach dem Verhältnis beider Preußen in politischer Hinsicht seit 1569 zunehmend an Bedeutung verloren hatte, war die Vorstellung einer gemeinsamen Geschichte bestehen geblieben. Allerdings hatte sie nur begrenzt eine politische Implikation, wie etwa in dem Widerstand der ostpreußischen Stände gegen die Durchsetzung des *dominium absolutum* der Hohenzollern. Mit der Krönung 1701 kam es nun auch im östlichen Preußen zu einem Versuch, den Prußenmythos als Grundlage der Monarchie nutzbar zu machen, indem Waidewutus nun als starker Monarch dargestellt wurde. Tatsächlich stützten sich die Hohenzollern weniger auf einen eigenen dynastischen Mythos, sondern versuchten, den regionalen Mythos umzudeuten. Friedrich interpretiert das zu Recht als ein Indiz für die Lebendigkeit der nicht zuletzt von Hartknoch geprägten Erfindung nationaler Traditionen.

Die Umwälzungen des 18. Jahrhunderts werfen freilich in zweifacher Hinsicht die Frage auf, wo die Grenzen dieser Nationsbildung lagen. Neben der hohenzollernschen Vereinnahmung preußischer Identität war vor allem die Erfahrung des Großen Nordischen Kriegs wichtig für die Entstehung eines polnisch-preußischen Partikularismus. Auf die Unifizierungsbestrebungen in der Adelsrepublik reagierte man im polnischen Preußen mit verstärktem Partikularismus, der freilich im Werk des Historikers Gottfried Lengnich explizit den skizzierten Elementen von 1454 verhaftet blieb. Dieses formative Moment der politischen Reorientierung stand in engem Zusammenhang mit dem politischen Abstieg Polen-Litauens und spiegelte sich auch in der Mythenproduktion, in der nun sarmatische Bezüge an Bedeutung verloren, und an der gewandelten Einstellung zum Kosakenproblem.

Daran schließt sich als große Frage an, ob ein Zusammenhang zwischen Modernisierungstendenzen der Aufklärungsepoche und der gescheiterten preußischen Nationsbildung besteht. Friedrich argumentiert, dass die Aufklärung ein engeres Polenverständnis gefördert und damit die Entfremdung des königlich-polnischen Preußen aus dem frühneuzeitlichen sarmatischen Zusammenhang befördert habe. Dazu trug zum einen die Verschlechterung der Rahmenbedingung bei; zum anderen gerieten die städtischen Eliten in ein Dilemma ähnlich dem des Adels in der Rzeczpospolita: Die Aufrechterhaltung der alten Freiheit und die Reform des Republik waren letztlich nicht vereinbar.

Karin Friedrichs Buch ist wegweisend in der Betrachtung der politischen Identität des Königlichen Preußen. Es zeigt, dass die städtischen Eliten Königlich Preußens in die europäischen gebildeten und politischen Diskurse integriert waren und diese für die eigene, gewiss singuläre politische Situation produktiv umzuformen wussten. Friedrich zeigt auch, dass wir von einer frühneuzeitlichen preußischen Nation sprechen können, die freilich nicht für sich allein existierte, sondern als Teil des größeren sarmatischen Zusammenhangs. Als dieser sich auflöste, schwand auch die Grundlage einer preußischen nationalen Identität. Damit gelingt es Friedrich, wenn es denn noch nötig sein sollte, angelsächsische Vorstellungen eines negativen Preußenbildes und die These eines fundamentalen Gegensatzes der politischen Kultur und des Nationsverständnis zwischen westlichem und östlichem Europa aufzuheben. Für die weitere Forschung wäre insbesondere eine Ausdehnung der Fragestellung ihrer Studie auf die Identitätsvorstellungen des preußischen Adels wie des ermländischen Bistums von Interesse.

Jörg Hackmann, Greifswald